Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

13. Oktober 1980
Jg. 8 Nr. 42

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D21060C

Niederlage der offenen Reaktion in den Bundestagswahlen

Gewonnen ist damit noch nicht viel / Schwierige Kämpfe stehen bevor

ges. SPD- und FDP-Führung haben unmittelbar nach den Wahlen mit den Regierungsverhandlungen begonnen und sich grundsätzlich für die Fortsetzung der Koalition ausgesprochen: ,,Das Zusammenwirken von SPD und FDP, aus ihrer Verantwortung für Freiheit und sozialen Fortschritt, hat unserem Volk gut getan. Das wird auch in den kommenden vier Jahren so sein.'' Obwohl in den Bundestagswahlen der offenen Reaktion mit Strauß an der Spitze eine schwere Niederlage bereitet worden ist, stehen die schwierigen Kämpfe erst noch bevor. Die Finanzbourgeoisie ihrerseits hat keinen Grund, mit den Wahlergebnissen unzufrieden zu sein. Auf Schmidt als nächsten Kanzler hatten die großen Banken und Konzerne sowieso gesetzt. Weil die FDP aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen ist, hat die Finanzbourgeoisie immer die Möglichkeit, falls sie es für günstig erachtet, im Verlauf der Legislaturperiode eine Regierungsänderung herbeizuführen, ohne sich auf Neuwahlen einlassen zu müssen. Für die Durchsetzung der Haushaltssanierung – Kürzung der Ausgaben, die der gesellschaftlichen Reproduktion der lohnabhängigen Massen dienen, gezielter Einsatz der Ausgaben, die direkt der Aufhäufung von Kapital dienen – steht eine Regierung bereit, deren reaktionärer Charakter noch nicht offen hervorgetreten ist. Wird sie in ihrer Aufgabe zerschlissen, bleibt der Finanzbourgeoisie immer noch Spielraum.

,,Dramatische Umstellungen in der Wirtschaft'' hat der Präsident des Kapitalistenverbandes Rodenstock Ende der Woche verlangt. Energieknappheit und internationale Konkurrenz verlangten verstärkte Investitionen. Die Regierung solle sich mit den Tarif-und Sozialpartnern ins Benehmen setzen, um diese Aufgaben in Angriff zu nehmen. Die Gewerkschaften werden sich auf ein weiteres Anschwellen der industriellen Reservearmee gefaßt machen müssen, das mit solchen ,,dramatischen Umstellungen'' der Wirtschaft Hand in Hand geht. Schon jetzt, wo sich die Überproduktionskrise erst abzeichnet, ist die Arbeitslosigkeit hoch. ,,Die Einkommenspolitik wird auf breiter Front zum beherrschenden Konfliktthema werden'', schreibt ,,Die Zeit'' in ihrem Leitartikel nach den Wahlen. ,,Wird Schmidt ein Spar-Kanzler?'' fragt der Kommentator scheinheilig, um dann zu antworten: ,,Auf absehbare Zeit ist der Staat an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gestoßen. Im privaten Bereich sieht es nicht viel anders aus. Aufs Ganze gesehen werden die Realeinkommen, wird sich der Lebensstandard auf dem gegenwärtigen Niveau einpendeln müssen. Das werden auch die Steuern und steigenden Sozialabgaben bewirken.'' Das könnte eine Verlautbarung aus dem Kanzleramt selber sein. Die Ausbeutung soll aber weiterhin steigen, wofür die dramatischen Umstellungen in der Wirtschaft gedacht sind. Nicht umsonst hat Lambsdorff, der alte und neue Wirtschaftminister, noch vor den Wahlen eine Kampagne gestartet: es müsse mehr gearbeitet werden. Die Forderung der Gewerkschaften nach Verkürzung der Arbeitszeit entspringt der Überarbeitung großer Teile der Lohnabhängigen. Kampf, um der Ausbeutung Schranken zu ziehen, wird also unvermeidlich sein.

Als nächstes werden wie geplant die indirekten Steuern erhöht werden. Die Erhöhung wird sich nicht auf die Mineralölsteuer und die Branntweinsteuer beschränken, sondern auch die Tabaksteuer betreffen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist bereits im Gespräch. Der Haushalt sei zwar geordnet, meinte Hans Matthöfer, aber er müsse der neuen Situation angepaßt werden. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Günther Hoppe, hatte schon vor den Wahlen für die Zeit nach dem 5. Oktober einen Kassensturz verlangt. Jetzt hat er vorgeschlagen, zu diesem Zweck eine Allparteienkommission zu bilden. Allzu offene Auseinandersetzungen unter den Parlamentsparteien könnte die Lösung dieser Aufgabe, die die Finanzbourgeoisie stellt, nur erschweren.

Nach den Bundestagswahlen 1976 hat die Regierung rasch einige drastische Maßnahmen gegen die Volksmassen durchgesetzt. Unter dem Stichwort ,Rentenbetrug' kam das auch im Wahlkampf noch mal hoch. Insgesamt aber ist es der Regierung gelungen, ein gewisses Klima der politischen Entspannung über die Runden zu retten. Die nächsten sechs Wochen seien entscheidend, meint jetzt Genscher. Da werden die Ausplünderungspläne abgestimmt. Die Arbeiterbewegung wird gut daran tun, jetzt, nach dem Wahlsieg über die Reaktion, sich auf wirkliche politische Kämpfe einzustellen. Die Regierung trifft schon Vorbereitungen. Auf die Opposition kann sie dabei rechnen. Es handelt sich um Auftragsarbeit. *(s. auch S. 14/15)*



Die Deutsche Post Gewerkschaft hat in der letzten Woche mit Warnstreiks ihre Forderungen zur Schichtarbeit bekräftigt, mit dem Schwerpunkt auf der 1½fachen Anrechnung der Nacht- und Schichtarbeit. In den Aktionen in Duisburg, Wuppertal, Kassel, Fulda, Frankfurt, Darmstadt, Mannheim, Stuttgart, Tübingen, Ulm und München wurde das Angebot des Postministeriums, eine Freischicht nur für 240 Nachtarbeitsstunden, scharf zurückgewiesen. *(s. auch S. 7)*

Iran/Irak: Supermächte mischen sich ein

gek. Die Einmischung der beiden Supermächte in den Konflikt zwischen Iran und Irak hat akute Form angenommen, natürlich gedeckt von fortdauernden Bekundungen der Nichteinmischung. Tatsächlich haben beide Supermächte am Fortgang des Krieges höchstes Interesse. Die Sowjetunion beliefert Irak, der weitgehend mit sowjetischen Waffen ausgerüstet ist, auf verschiedenen Umwegen mit Nachschub. Gleichzeitig hat die iranische Regierung bekanntgegeben, daß der Botschafter der UdSSR in Teheran, Winogradow, dem Ministerpräsidenten Rajai ,,Waffen und jede andere Form der Zusammenarbeit'' angeboten hat. Rajai sagte, er habe dieses Angebot abgelehnt; die Unabhängigkeit Irans von beiden Militärblöcken sei ein Prinzip, das gerade für solche Zeiten wie jetzt gelte. Er forderte stattdessen die Sowjetunion auf, aus Afghanistan abzuziehen und ihre Aufklärungsflüge über dem Nordiran einzustellen, die ein feindlicher Akt seien. – Mit dem sofort nach Ankunft Assads in Moskau unterzeichneten ,,Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit'' mit Syrien ist die Sowjetunion beim Aufbau ihrer Kriegspositionen im Nahen Osten einen bedeutenden Schritt weitergekommen. Artikel 10 des Vertrages lautet: ,,Die hohen vertragsschließenden Parteien werden die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet auf der Grundlage zwischen ihnen noch abzuschließender, entsprechender Abkommen im Interesse der Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit entwickeln.'' Artikel 6 verpflichtet beide Seiten, in Spannungssituationen ,,unverzüglich miteinander Kontakt aufzunehmen, um ihre Positionen und die Zusammenarbeit mit dem Ziel der Beseitigung der entstandenen Bedrohung ... zu koordinieren''. Auf Basis eines ähnlich lautenden Artikels sind sowjetische Truppen in Afghanistan. Andrerseits hat die Sowjetunion jede *Verpflichtung* zu Hilfeleistungen an Syrien, etwa im Fall einer zionistischen Aggression, vermieden. Sie hat die Hände frei. – Am selben Tag, an dem der syrische Präsident Assad in Moskau war, veröffentlichte das Zentralorgan der syrischen Baath-Partei erstmals einen direkten Angriff auf den Irak: der irakische Präsident Saddam Hussein sei ein ,,imperialistischer Agent, der danach trachtet, die Rolle des Schahs zu spielen''.

Die USA haben ihren Generalstabschef Jones losgeschickt, um konkrete militärische Abmachungen und Vorbereitungen zu treffen. Jones war in Ägypten und hat sich von Sadat noch einmal ausdrücklich bestätigen lassen, daß die USA hier gegebenenfalls zeitweise Stützpunktrechte erhalten könnten. Anschließend hat Jones mit der Militärführung Israels konferiert. Über Inhalt und Ergebnis der Gespräche wurde bedeutungsvolles Stillschweigen vereinbart. Jones hat sich sodann nach Oman begeben und die Militäranlagen auf der Insel Masirah, einem ehemaligen britischen Stützpunkt, inspiziert. Hier, am Ausgang des Persisch-Arabischen Golfs, werden die USA nach langem Ziehen und Zerren jetzt einen neuen, großen Stützpunkt für Luftwaffe und Flotte erhalten.

Der Krieg zwischen Irak und Iran zieht sich in die Länge und ist weitgehend in einen Stellungskrieg übergegangen. Auf beiden Seiten ist aber das Gros der Armee nicht zum Einsatz gekommen. Der Luftkrieg beschränkt sich auf Angriffe auf einige schwach geschützte, militärisch und logistisch wertvolle Ziele. Dagegen gehen beide Länder einem direkten Luftkrieg gegeneinander, in dem sie sich nur aufreiben könnten, aus dem Weg. Die Luftwaffe wird nicht einmal zur Unterstützung der Bodentruppen eingesetzt. Insofern ist der Krieg bis jetzt ein begrenzter Krieg, wie auch die Kriegsziele begrenzt sind. Dies, und insbesondere die ausdrückliche Zurückweisung des sowjetischen ,,Hilfsangebots'' durch den Iran, läßt hoffen, daß beide Regierungen nicht daran denken, sich in diesem Krieg gegenüber den Supermächten zu entwaffnen und ihnen Vorwände zur Intervention zu liefern. Weitet sich der Krieg allerdings aus, etwa wenn der jordanische König Hussein seine beiden bereit stehenden Panzerdivisionen an der Seite des Irak in den Kampf bringt, und spaltet sich das Lager der arabischen Staaten entlang ihrer Stellung zu den beiden Supermächten, dann wäre ein Damm gerissen. US-Imperialismus und Sozialimperialismus hätten freie Bahn, ihre Rivalität offen auszutragen.



gen Kämpfe erst noch bevor. Die Finanzbourgeoisie ihrerseits hat keinen Grund, mit den Wahlergebnissen unzufrieden zu sein. Auf Schmidt als nächsten Kanzler hatten die großen Banken und Konzerne sowieso gesetzt. Weil die FDP aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen ist, hat die Finanzbourgeoisie immer die Möglichkeit, falls sie es für günstig erachtet, im Verlauf der Legislaturperiode eine Regierungsänderung herbeizuführen, ohne sich auf Neuwahlen einlassen zu müssen. Für die Durchsetzung der Haushaltssanierung – Kürzung der Ausgaben, die der gesellschaftlichen Reproduktion der lohnabhängigen Massen dienen, gezielter Einsatz der Ausgaben, die direkt der Aufhäufung von Kapital dienen – steht eine Regierung bereit, deren reaktionärer Charakter noch nicht offen hervorgetreten ist. Wird sie in ihrer Aufgabe zerschlissen, bleibt der Finanzbourgeoisie immer noch Spielraum.

,,Dramatische Umstellungen in der Wirtschaft'' hat der Präsident des Kapitalistenverbandes Rodenstock Ende der Woche verlangt. Energieknappheit und internationale Konkurrenz verlangten verstärkte Investitionen. Die Regierung solle sich mit den Tarif-und Sozialpartnern ins Benehmen setzen, um diese Aufgaben in Angriff zu nehmen. Die Gewerkschaften werden sich auf ein weiteres Anschwellen der industriellen Reservearmee gefaßt machen müssen, das mit solchen ,,dramati-

nicht viel anders aus. Aufs Ganze gesehen werden die Realeinkommen, wird sich der Lebensstandard auf dem gegenwärtigen Niveau einpendeln müssen. Das werden auch die Steuern und steigenden Sozialabgaben bewirken.'' Das könnte eine Verlautbarung aus dem Kanzleramt selber sein. Die Ausbeutung soll aber weiterhin steigen, wofür die dramatischen Umstellungen in der Wirtschaft gedacht sind. Nicht umsonst hat Lambsdorff, der alte und neue Wirtschaftminister, noch vor den Wahlen eine Kampagne gestartet: es müsse mehr gearbeitet werden. Die Forderung der Gewerkschaften nach Verkürzung der Arbeitszeit entspringt der Überarbeitung großer Teile der Lohnabhängigen. Kampf, um der Ausbeutung Schranken zu ziehen, wird also unvermeidlich sein.

Als nächstes werden wie geplant die indirekten Steuern erhöht werden. Die Erhöhung wird sich nicht auf die Mineralölsteuer und die Branntweinsteuer beschränken, sondern auch die Tabaksteuer betreffen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist bereits im Gespräch. Der Haushalt sei zwar geordnet, meinte Hans Matthöfer, aber er müsse der neuen Situation angepaßt werden. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Günther Hoppe, hatte schon vor den Wahlen für die Zeit nach dem 5. Oktober einen Kassensturz verlangt. Jetzt hat er vorgeschlagen, zu diesem Zweck eine Allparteienkommission zu bilden. Allzu

Die Deutsche Post Gewerkschaft hat in der letzten Woche mit Warnstreiks ihre Forderungen zur Schichtarbeit bekräftigt, mit dem Schwerpunkt auf der 1½fachen Anrechnung der Nacht- und Schichtarbeit. In den Aktionen in Duisburg, Wuppertal, Kassel, Fulda, Frankfurt, Darmstadt, Mannheim, Stuttgart, Tübingen, Ulm und München wurde das Angebot des Postministeriums, eine Freischicht nur für 240 Nachtarbeitsstunden, scharf zurückgewiesen. *(s. auch S. 7)*

offene Auseinandersetzungen unter den Parlamentsparteien könnte die Lösung dieser Aufgabe, die die Finanzbourgeoisie stellt, nur erschweren.

Nach den Bundestagswahlen 1976 hat die Regierung rasch einige drastische Maßnahmen gegen die Volksmassen durchgesetzt. Unter dem Stichwort ,Rentenbetrug' kam das auch im Wahlkampf noch mal hoch. Insgesamt aber ist es der Regierung gelungen, ein gewisses Klima der politischen Entspannung über die Runden zu retten. Die nächsten sechs Wochen seien entscheidend, meint jetzt Genscher. Da werden die Ausplünderungspläne abgestimmt. Die Arbeiterbewegung wird gut daran tun, jetzt, nach dem Wahlsieg über die Reaktion, sich auf wirkliche politische Kämpfe einzustellen. Die Regierung trifft schon Vorbereitungen. Auf die Opposition kann sie dabei rechnen. Es handelt sich um Auftragsarbeit. *(s. auch S. 14/15)*

Iran/Irak: Supermächte mischen sich ein

gek. Die Einmischung der beiden Supermächte in den Konflikt zwischen Iran und Irak hat akute Form angenommen, natürlich gedeckt von fortdauernden Bekundungen der Nichteinmischung. Tatsächlich haben beide Supermächte am Fortgang des Krieges höchstes Interesse. Die Sowjetunion beliefert Irak, der weitgehend mit sowjetischen Waffen ausgerüstet ist, auf verschiedenen Umwegen mit Nachschub. Gleichzeitig hat die iranische Regierung bekanntgegeben, daß der Botschafter der UdSSR in Teheran, Winogradow, dem Ministerpräsidenten Rajai ,,Waffen und jede andere Form der Zusammenarbeit'' angeboten hat. Rajai sagte, er habe dieses Angebot abgelehnt; die Unabhängigkeit Irans von beiden Militärblöcken sei ein Prinzip, das gerade für solche Zeiten

reitungen zu treffen. Jones war in Ägypten und hat sich von Sadat noch einmal ausdrücklich bestätigen lassen, daß die USA hier gegebenenfalls zeitweise Stützpunktrechte erhalten könnten. Anschließend hat Jones mit der Militärführung Israels konferiert. Über Inhalt und Ergebnis der Gespräche wurde bedeutungsvolles Stillschweigen vereinbart. Jones hat sich sodann nach Oman begeben und die Militäranlagen auf der Insel Masirah, einem ehemaligen britischen Stützpunkt, inspiziert. Hier, am Ausgang des Persisch-Arabischen Golfs, werden die USA nach langem Ziehen und Zerren jetzt einen neuen, großen Stützpunkt für Luftwaffe und Flotte erhalten.

Verhandlungen über Mittelstreckenraketen

US-Senat bewilligt Mittel für Neutronenbombe / Europäische Abrüstungskonferenz geplant

gkr. Diese Woche sollen, so hatten es die Außenminister der beiden Supermächte am 26. September am Rande der UNO-Generalversammlung vereinbart, Vertreter der USA und der SU mit Verhandlungen über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa beginnen. Weder wurde bisher die diplomatische Ebene dieser Gespräche noch die Tagesordnung festgelegt. Schon eine wesentliche Vorbedingung, die die Sozialimperialisten für die Gespräche aufgestellt hatten, wird von den USA nicht akzeptiert: Die Einbeziehung der ,,Forward Based Systems'', der Flugzeuge und U-Boote, die selbst bzw. deren Raketen Atomsprengköpfe in die Sowjetunion tragen könnten. Die Absicht ist auf beiden Seiten durchsichtig. Von den Raketen besitzen die Sozialimperialisten gegenwärtig mehr; die amerikanischen Bomber und U-Boote, die die SU erreichen können, mitgerechnet, ergibt sich eine leichte zahlenmäßige Überlegenheit der US-Imperialisten. Wieder anders wäre das Verhältnis unter Einbeziehung der Backfire- und Badger-Bomber der SU.

Carter hofft, durch Kombination von Aufrüstung und Verhandlungsangeboten, wie in dem Beschluß zu den Mittelstreckenraketen selbst schon festgelegt, jetzt in der Lage zu sein, Druck auf die Sozialimperialisten, vor allem aber auf die schwankenden Verbündeten in der NATO, ausüben zu können. Belgien hat schon in einem Brief an Breschnew seine Zustimmung zur Stationierung der Mittelstreckenraketen angekündigt, falls die Verhandlungen scheitern sollten. Entscheidung über MX-Raketen, Steigerung des Militärhaushalts auf 52 Mrd. $, Entscheidung über strategische Bomber waren dem jetzigen Terminvorschlag vorausgegangen. Und schließlich jetzt, vom Senat auf Antrag der Regierung bewilligt, Bereitstellung von Mitteln für die Weiterentwicklung und den Bau von Neutronenbomben, deren Entwicklung Carter im April 1978 ursprünglich gestoppt hatte. Der Senat legte gleich noch 300000 $ zu und bewilligte 4 Mrd. $. Die Mittelstreckenraketen selber, um die jetzt verhandelt werden soll, sind dabei wegen ihrer hohen Treffgenauigkeit notwendiger Bestandteil der neuen Nuklearstrategie der US-Imperialisten.

Geht es bei diesen Verhandlungen um die Nuklearbewaffnung unter dem Kommando der beiden Supermächte, so soll die am 11. November beginnende KSZE neue Abrüstungsinitiativen für die konventionellen Waffen einleiten. In beiden Fällen läßt sich die sozialliberale Koalition, Mitbetreiber des Mittelstreckenraketenbeschlusses, als Initiator und Vermittler feiern. In bezug auf die Mittelstreckenraketen sei der Durchbruch mit dem Besuch von Schmidt und Genscher in Moskau ermöglicht worden, für die KSZE hat Genscher vor dem 2. Weltkongreß für Sowjet- und Osteuropastudien erneut die Einberufung einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz vorgeschlagen. Genscher findet sich damit in guter Gemeinschaft mit der französischen Regierung, die einen entsprechenden Vorschlag schon im Mai 1978 gemacht hatte. Gerade die von der SU bekämpfte Einbeziehung der Gebiete bis zum Ural könnte doch vielleicht neue Möglichkeiten für propagandistische Durckmittel gegenüber den Sozialimperialisten schaffen.

Einstweilen aber gibt es schon in der Vorbereitung der Madrider KSZE-Folgekonferenz kein Weiterkommen. Die Sozialimperialisten wollen die Zeit, die zur Debatte über die bisherige Durchführung bleibt, möglichst kurz halten und Überprüfung der Beschlüsse wie Einbringung neuer Vorschläge bis zum 19. Dezember beendet wissen. Die westlichen Imperialisten sehen sich nach dem Einmarsch der SU in Afghanistan propagandistisch im Vorteil und wollen sich für diese Debatte ausreichend Raum verschaffen. Sie haben in der Frage der Zeiteinteilung die blockfreien Staaten weitgehend auf ihrer Seite. Schließlich sind verschiedene ihrer in Belgrad vorgetragenen Forderungen noch offen, so die Forderung Jugoslawiens nach substantieller Absicherung der Souveränität der Staaten, die damals am Widerstand der Supermächte gescheitert sind.

Aus dem Inhalt:

Zur Erhöhung des Pflichtumtauschs bei Besuchen in der DDR

gek. Am letzten Donnerstag hat die DDR angekündigt, daß sie ab diesen Montag die Sätze für den Mindestumtausch im innerdeutschen Besucherreiseverkehr von 6,50 DM (für Berlin) und 13 DM (in der übrigen DDR) einheitlich auf 25 DM pro Tag heraufsetzen wird. Am härtesten: Rentner, die bisher vom Umtausch befreit waren, müssen jetzt ebenfalls 25 DM umtauschen. Für Jugendliche von 6 bis 15 Jahren sind es 7,50 DM.

Bundesregierung und Westberliner Senat haben sofort „von einer schweren Belastung der Beziehungen zwischen beiden Staaten" gesprochen; es sei quasi Vertragsbruch. Das ist es nicht. Die DDR pocht auf ihre Souveränitätsrechte. Die hat sie. Es ist aber festzustellen, daß die bürgerliche Reaktion in der BRD für ihre Pressionen und Einmischungsversuche sich in der nächsten Zeit sicherlich wieder auf eine berechtigte Empörung der Volksmassen stützen kann. Überhaupt kein Zweifel, die Maßnahme *ist* einschneidend für den Besucherverkehr. Und sie kündigt auch von Seiten der DDR eine neuerliche Verschärfung der Widersprüche zur BRD an.

Was die DDR angeht, hat das innenpolitische Gründe. In einer Rede zum Jahrestag der DDR-Gründung, vor einer großen Militärparade, sagte Honecker u.a.: „Im Interesse von Frieden und Sozialismus, aufgrund unserer politischen, ökonomischen und kulturellen Begegnungen, sind wir an einer stabilen Lage in der Volksrepublik Polen interessiert. Daher werden wir allen Einmischungsversuchen entgegentreten, mit denen ausländische Reaktionäre bestrebt sind, die gegenwärtige schwierige Situation Volkspolens für ihre dunklen Ziele auszunutzen. Die Konterrevolution muß wissen, daß ihrem Machtbereich westlich von Elbe und Werra eine Grenze gesetzt ist." – Der angeblich gegen Polen wirkenden Konterrevolution wird an Elbe und Werra eine Grenze gesetzt! Es ist schwer, keinen Zusammenhang zur jetzt eingeleiteten faktischen Drosselung des Besucherverkehrs zu sehen.

Times-Prozeß: Schadenersatzurteil aufgehoben

Kapitalisten wollen Grundsatzurteil gegen Solidaritätsstreik

anm. Zu 58200 DM Schadenersatz war die IG Druck und Papier im Sommer dieses Jahres durch die 10. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt verurteilt worden. Gegen dieses Urteil, das den Solidaritätsstreik der IG Druck und Papier mit den englischen Times-Arbeitern unter Strafe stellt, ging die IG Druck in Berufung. Am 8.10. hob das Oberlandesgericht Frankfurt das erstinstanzliche Urteil des Landgerichts auf und verwies das Verfahren wegen Unzuständigkeit des Zivilrechtsweges an das Arbeitsgericht. Die Aufhebung des Urteils und seine Überweisung an das Arbeitsgericht geschah zwar aus formaljuristischen Gründen, ist jedoch ein Teilerfolg.

In einem anschließenden Interview erklärten die angeklagten Gewerkschaftsfunktionäre, daß sie das Vorgehen des Gerichts für einen Rückzug halten. Den Kampf für die Verteidigung des Streikrechts gegen den Arbeitgeberverband will die IG Druck und Papier auf den Strafprozeß konzentrieren, sein Beginn wird zum Jahreswechsel erwartet.

Die Kapitalisten haben es nicht bei einer Schadenersatzklage belassen, sondern gegen die Funktionäre Balder, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier, Fritz, 1. Vorsitzender des Bezirks Frankfurt der IG Druck und Papier und Wurstius, Bezirkssekretär Frankfurt der IG Druck und Papier Strafanzeige wegen Nötigung, Körperverletzung usw. erstattet. Diese Strafanzeige wird vertreten durch die TER Druckerei, bei der der Times-Druck verhindert wurde, durch den Verband Hessischer Zeitungsverleger e.V. und den Landesverband Druck Hessen e.V. Durch das Stellen der Strafanzeige durch die Arbeitgeberverbände wird klar dokumentiert, daß die Kapitalisten ein Grundsatzurteil gegen den Solidaritätsstreik wollen. Schon in ihrer Urteilsbegründung im Schadenersatzprozeß führte die Bourgeoisie an, daß gerade die Tatsache, daß es sich bei der Bestreikung der TER-Druckerei „nicht um eine förmliche – nach den Regeln des Arbeitskampfrechtes herbeigeführte Streikmaßnahme handelte", was es nicht erlaube, „das Streikrecht" zur „Rechtfertigung" heranzuziehen. Mit anderen Worten, das Recht auf Solidaritätsstreik gibt es nicht, weil ein Solidaritätsstreik nicht. Richtig ist daher, sich im Kampf um das Streikrecht auf den Kampf gegen diesen Prozeß zu konzentrieren.

Auf der Veranstaltung der IG Druck und Papier, die am 6.10. zur Vorbereitung des Prozesses am 8.10 stattfand, beteiligten sich 250 Arbeiter und Angestellte aus allen Branchen. Auf dieser Veranstaltung wurde von den Rednern Ferlemann (Hauptvorstand der IG Druck und Papier) und Kiesewetter (DGB-Vorsitzender Frankfurt) betont, daß der Kampf der IG Druck und Papier ein Kampf aller Gewerkschaften der BRD ist, daß der Angriff der Arbeitgeberverbände auf die IG Druck und Papier ein Generalangriff auf die Gewerkschaftsbewegung ist und daß der Prozeß zu einem Prozeß der Gewerkschaften werden muß.



120 Druck- und Metallgewerkschafter kamen zum Prozeß

Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der polnischen Parteiführung

hk. Mit der Entfernung des Katowicer Parteichefs Grudzien aus dem Politbüro und dem Ausschluß von sechs ehemaligen Politbüro-Mitgliedern aus dem ZK hat das 6. Plenum des ZK der PVAP die Gruppe um Gierek endgültig entmachtet; Gierek selbst soll sich später für seine politischen Fehler verantworten. Die Vorwürfe lauten: überstürzte Investitionen und übermäßige Verschuldung des Landes, willkürliche Wirtschaftsführung; Machtanhäufung in den Händen weniger, administrativer Führungsstil, beschönigende Propaganda und Unterdrückung aller warnenden und kritischen Stimmen. Stärkster Kritiker war eine Gruppe von Funktionären um Olszowski, Barcikowski, Grabski, Zabinski, die die Zuspitzung der Krise aufgrund der Politik Giereks schon früher gesehen und kritisiert hatten und deswegen in den vergangenen Jahren kaltgestellt worden waren. Sie scheinen Reformen anzustreben, die den Betrieben größere Selbständigkeit und ökonomischen Mechanismen mehr Platz einräumen. „Ungarisches Modell" heißt es manchmal in diesem Zusammenhang. Größeren Einfluß hat auch wieder M. Moczar, der zum Vorsitzenden der in ihren Befugnissen gestärkten Obersten Kontrollkammer des Sejm wiedergewählt worden ist. Moczar leitet seit 1956 den Verband der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die „Partisanen"; er ging 1970/71 mit Gierek gegen Gomulka, wurde dann aber von Gierek ausgeschaltet. Er gilt als integrer „alter Kämpfer"; und als jemand, der für die Unabhängigkeit des Landes eintritt, allerdings mit stark nationalistischen und chauvinistischen Untertönen.

Die personellen Änderungen im ZK und anschließend in der Regierung waren sicher nicht die letzten. Im Volk ist der Ruf nach Bestrafung solch korrupter Funktionäre wie des Rundfunkchefs Szczepanski, der Millionen durch sein Amt an sich gebracht hat, unverändert laut. Unter den Bedingungen des Staatsmonopols, und daß die herrschende Klasse sich in einer Art Geheimgesellschaft organisiert, ist die politische Auseinandersetzung um die günstigste Antwort auf den Ansturm der Arbeiterbewegung zwangsläufig verbunden mit erbitterten Machtkämpfen zwischen verschiedenen Gruppierungen. Nicht umsonst nannte man in Polen die Gierek-Gruppe die „schlesische Mafia".

Dezentralisierung, Belebung der Selbstverwaltung, Kontrollrechte für das Parlament, Rückkehr zu leninistischen Normen der Parteiarbeit: dem Wortlaut nach hatte die Rede Kanias starke Ähnlichkeiten mit der Giereks, als ihn 1971 der Aufstand der Arbeiter an die Macht gebracht hatte. Sicher auch der Absicht nach, der erneuten Fesselung der Arbeiterbewegung durch Abstumpfung der Widersprüche. Nur sind die Erfolgsaussichten heute schlechter. Das zeigt sich auch in der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages der PVAP. Es gebe eine Menge Anträge aus den Parteiorganisationen, hat Kania vor dem ZK erklärt, die *Garantien* für die Rückkehr zu Demokratie in der Partei fordern: Einführung von *geheimer* Wahl aller Parteileitungen, Wahl der Parteikontrollkommissionen, nur einmalige Wiederwahl in hohe Funktionen, Trennung von Partei- und Regierungsämtern.

Gesundheitssicherstellungsgesetz zur Kriegsverhütung?

Dienst- und Ausbildungsverpflichtung / Freiwilligenwerbung

hev. Nach 4jähriger Vorbereitungszeit ist kurz vor der Bundestagswahl der Referentenentwurf zum Gesundheitssicherstellungsgesetz an betroffene Verbände und Organisationen gegangen. Das Gesetz soll gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode beschlossen werden – als das letzte der Notstandsgesetze von 1968.

Zander, Parlamentarischer Staatssekretär beim Gesundheitsminister, hatte am 21. März 1980 auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Prinz von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein mit einem klaren Nein geantwortet: „Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Katastrophen-, Verteidigungs- und Spannungsfällen ausschließlich durch das Prinzip der Freiwilligkeit von Ärzten und Helfern gewährleistet werden kann?" Dazu Zander: „Nein, Herr Kollege. Das ist ja der Grund, warum wir wirklich mit Nachdruck an der Vorbereitung dieses Gesetzes arbeiten …"

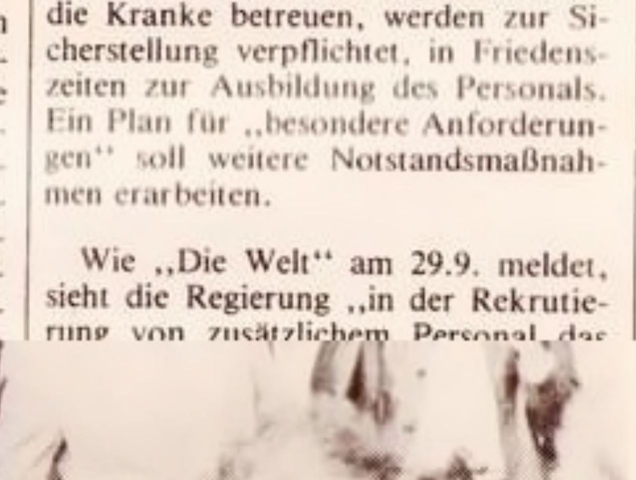
Wie schon bei den anderen Sicherstellungsgesetzen des Notstandspakets geht es 1. um Dienstverpflichtung des notwendigen Personals und 2. um die Deckung des Materialbedarfs in Krisen- und Kriegszeiten. Bisher können nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz Frauen vom 18. bis 55. Lebensjahr „im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden." Nach dem jetzigen Gesetzentwurf sollen Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker verpflichtet werden können, ihre Praxis weiterzuführen. Eine Meldepflicht soll es für alle Personen geben, die in einem Beruf des Gesundheitswesens ausgebildet sind und diesen Beruf *nicht* ausüben. Alle Organisationen, die Kranke betreuen, werden zur Sicherstellung verpflichtet, in Friedenszeiten zur Ausbildung des Personals. Ein Plan für „besondere Anforderungen" soll weitere Notstandsmaßnahmen erarbeiten.

Wie „Die Welt" am 29.9. meldet, sieht die Regierung „in der Rekrutierung von zusätzlichem Personal das Hauptproblem". Ein großer Teil des Krankenhauspersonals würde im Kriegsfall für den Aufbau von Bundeswehrlazaretten abgezogen. Ausländische Ärzte, Pfleger und Schwestern würden Westdeutschland verlassen. Deshalb sei vorgesehen, Schwesternhelferinnen und andere Frauen, die einen Beruf des Gesundheitswesens erlernt haben, bereits in Friedenszeiten als Freiwillige anzuwerben. Ehrenamtliche Mitwirkung sei die „unerläßliche Voraussetzung."

Inzwischen haben bereits die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung gemeinsam ihre Zustimmung zu der Grundkonzeption des Entwurfs geäußert. Sie kritisieren lediglich die Einführung einer speziellen Fortbildungspflicht der akademischen Heilberufe für den Fall des Krieges, und diese auch nur, weil bundeseinheitliche Regelungen vorgesehen sind, während die ärztlichen Standesorganisationen nach Ländern organisiert sind.

Politisch-ideologisch wird das Gesundheitssicherstellungsgesetz von den bürgerlichen Politikern als Maßnahme zur Kriegsverhütungsstrategie behandelt. Dregger (CDU) hat diese Sprachregelung in der Bundestagsdebatte über die Gesamtverteidigung am 27.6.79 am klarsten formuliert: „… die Bundeswehr als Wehrpflichtigenarmee kann nicht kämpfen, wenn die Angehörigen des kämpfenden Soldaten schutzlos der Vernichtung preisgegeben sind. Wenn die Bundeswehr aber nicht kämpfen kann, kann sie auch nicht abschrecken und damit nicht den von ihr erwarteten Beitrag zur Friedenssicherung erbringen."

pier ein Kampf aller Gewerkschaften der BRD ist, daß der Angriff der Arbeitgeberverbände auf die IG Druck und Papier ein Generalangriff auf die Gewerkschaftsbewegung ist und daß der Prozeß zu einem Prozeß der Gewerkschaften werden muß.



120 Druck- und Metallgewerkschafter kamen zum Prozeß

in der polnischen Parteiführung

hk. Mit der Entfernung des Katowicer Parteichefs Grudzien aus dem Politbüro und dem Ausschluß von sechs ehemaligen Politbüro-Mitgliedern aus dem ZK hat das 6. Plenum des ZK der PVAP die Gruppe um Gierek endgültig entmachtet; Gierek selbst soll sich später für seine politischen Fehler verantworten. Die Vorwürfe lauten: überstürzte Investitionen und übermäßige Verschuldung des Landes, willkürliche Wirtschaftsführung; Machtanhäufung in den Händen weniger, administrativer Führungsstil, beschönigende Propaganda und Unterdrückung aller warnenden und kritischen Stimmen. Stärkster Kritiker war eine Gruppe von Funktionären um Olszowski, Barcikowski, Grabski, Zabinski, die die Zuspitzung der Krise aufgrund der Politik Giereks schon früher gesehen und kritisiert hatten und deswegen in den vergangenen Jahren kaltgestellt worden waren. Sie scheinen Reformen anzustreben, die den Betrieben größere Selbständigkeit und ökonomischen Mechanismen mehr Platz einräumen. „Ungarisches Modell" heißt es manchmal in diesem Zusammenhang. Größeren Einfluß hat auch wieder M. Moczar, der zum Vorsitzenden der in ihren Befugnissen gestärkten Obersten Kontrollkammer des Sejm wiedergewählt

Die personellen Änderungen im ZK und anschließend in der Regierung waren sicher nicht die letzten. Im Volk ist der Ruf nach Bestrafung solch korrupter Funktionäre wie des Rundfunkchefs Szczepanski, der Millionen durch sein Amt an sich gebracht hat, unverändert laut. Unter den Bedingungen des Staatsmonopols, und daß die herrschende Klasse sich in einer Art Geheimgesellschaft organisiert, ist die politische Auseinandersetzung um die günstigste Antwort auf den Ansturm der Arbeiterbewegung zwangsläufig verbunden mit erbitterten Machtkämpfen zwischen verschiedenen Gruppierungen. Nicht umsonst nannte man in Polen die Gierek-Gruppe die „schlesische Mafia".

Dezentralisierung, Belebung der Selbstverwaltung, Kontrollrechte für das Parlament, Rückkehr zu leninistischen Normen der Parteiarbeit: dem Wortlaut nach hatte die Rede Kanias starke Ähnlichkeiten mit der Giereks, als ihn 1971 der Aufstand der Arbeiter an die Macht gebracht hatte. Sicher auch der Absicht nach, der erneuten Fesselung der Arbeiterbewegung durch Abstumpfung der Widersprüche. Nur sind die Erfolgsaussichten heute schlechter. Das zeigt sich auch in der Vorbereitung des außerordentlichen

Gesundheitssicherstellungsgesetz zur Kriegsverhütung?

Dienst- und Ausbildungsverpflichtung / Freiwilligenwerbung

hev. Nach 4jähriger Vorbereitungszeit ist kurz vor der Bundestagswahl der Referentenentwurf zum Gesundheitssicherstellungsgesetz an betroffene Verbände und Organisationen gegangen. Das Gesetz soll gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode beschlossen werden – als das letzte der Notstandsgesetze von 1968.

Zander, Parlamentarischer Staatssekretär beim Gesundheitsminister, hatte am 21. März 1980 auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Prinz von Sayn-Wittgenstein-Hohenstein mit einem klaren Nein geantwortet: „Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Katastrophen-, Verteidigungs- und Spannungsfällen ausschließlich durch das Prinzip der Freiwilligkeit von Ärzten und Helfern gewährleistet werden kann?" Dazu Zan-

Frauen vom 18. bis 55. Lebensjahr „im zivilen Sanitäts- oder Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet werden." Nach dem jetzigen Gesetzentwurf sollen Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker verpflichtet werden können, ihre Praxis weiterzuführen. Eine Meldepflicht soll es für alle Personen geben, die in einem Beruf des Gesundheitswesens ausgebildet sind und diesen Beruf nicht ausüben. Alle Organisationen, die Kranke betreuen, werden zur Sicherstellung verpflichtet, in Friedenszeiten zur Ausbildung des Personals. Ein Plan für „besondere Anforderungen" soll weitere Notstandsmaßnahmen erarbeiten.

Wie „Die Welt" am 29.9. meldet, sieht die Regierung „in der Rekrutierung von zusätzlichem Personal das

liche Mitwirkung sei die „unerläßliche Voraussetzung."

Inzwischen haben bereits die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung gemeinsam ihre Zustimmung zu der Grundkonzeption des Entwurfs geäußert. Sie kritisieren lediglich die Einführung einer speziellen Fortbildungspflicht der akademischen Heilberufe für den Fall des Krieges, und diese auch nur, weil bundeseinheitliche Regelungen vorgesehen sind, während die ärztlichen Standesorganisationen nach Ländern organisiert sind.

Politisch-ideologisch wird das Gesundheitssicherstellungsgesetz von den bürgerlichen Politikern als Maßnahme zur Kriegsverhütungsstrategie behandelt. Dregger (CDU) hat diese Sprach-

2500 demonstrieren gegen militärelektronische Ausstellung

nos. 2500 demonstrierten am 7. Oktober in Wiesbaden gegen die militärelektronische Ausstellung M.E.D.E., die in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle durchgeführt wurde. Veranstaltet wird diese größte militärelektronische Ausstellung der Welt von Kiver Communications S.A., einer britischen Gesellschaft, die offiziell mit der NATO nichts zu tun hat. Seit 1976 findet die M.E.D.E. in Wiesbaden statt, nachdem in den USA und den Niederlanden diese Ausstellung verhindert werden konnte. Genutzt wird die M.E.D.E. in der Hauptsache von der US-Supermacht, um ihr genehme Regierungen der Länder der Dritten Welt auszustatten. Die Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen sieht die M.E.D.E. angesichts der Lage der wachsenden Kriegsgefahr als Provokation. Von der Demonstration wurde die sofortige Kündigung des Mietvertrages der Rhein-Main-Hallen GmbH (Stadt Wiesbaden) mit dem britischen Aussteller gefordert, der bis 1985 abgeschlossen ist. Auf der Kundgebung wurde ausdrücklich die Rolle der westdeutschen Imperialisten bei der Aufrüstung des südafrikanischen Kolonialregimes gegen den Kampf des Volkes von Azania angegriffen. Um die Demonstration von der Bevölkerung zu isolieren und mögliche Teilnehmer an der Teilnahme an der Demonstration zu hindern hat die Stadt Wiesbaden ein Bürgerkriegsmanöver unternommen, so wurde ab 14 Uhr die gesamte Innenstadt für Kraftfahrzeuge gesperrt.

Presseerklärung der PLO gegen Hetze der Welt

hew. Am 30.9. schrieb „Die Welt" auf Seite 1 „Fäden der Neonazis zu PLO und SED". Einen Tag darauf wußte Strauß, der Terror komme aus einer ganz anderen Richtung als man denke. Demgegenüber hat der Vertreter der PLO in der BRD am 30.9. eine Presseerklärung veröffentlicht. In der Erklärung betont Abdalla Frangi, bisher habe sich die PLO nicht geäußert, um nicht in den Wahlkampf hineingezogen zu werden. Dennoch sei sie durch diese Meldung jetzt zu einer Stellungnahme gezwungen worden. Es heißt in der Erklärung: „Die PLO weist jedes Gerücht über Verbindungen zur sogenannten ‚Wehrsportgruppe Hoffmann' entschieden zurück." Gleichzeitig verweist sie auf die vom „Stern" aufgedeckten Verbindungen Hoffmanns zu den von Israel unterstützten christlichen Milizen im Libanon.

32. Internationale Frankfurter Buchmesse

bew. Am vergangenen Mittwoch wurde in Frankfurt die 32. Internationale Buchmesse eröffnet. Sie dauert bis Montag, den 13.10. Mit über 5100 Verlagen aus 95 Länder und 72 Ländernationalausstellungen ist die Frankfurter Buchmesse die größte der Welt. Gegenüber dem vergangenen Jahr ist Zahl der teilnehmenden Länder aus der Dritten Welt weiter gestiegen. Unter den acht Ländern, die das erste Mal auf der Buchmesse vertreten sind, ist auch das unabhängige Zimbabwe. Von den insgesamt 300000 ausgestellten Titeln sind 86000 Neuerscheinungen. Vier Fünftel aller Lizenzverträge, die weltweit jährlich über Bücher abgeschlossen werden, werden auf der Frankfurter Buchmesse vereinbart. – Schwerpunkt der diesjährigen Buchmesse ist die Literatur und Kultur Schwarzafrikas. 32 Einzelverlage und 28 Ländergemeinschaftsausstellungen repräsentieren 32 afrikanische Staaten und die Befreiungsbewegungen SWAPO von Namibia und ANC von Azania in einer Sonderausstellung. Am vergangenen Mittwoch hatten Verleger und Schriftsteller afrikanischer Verlage vor dem südafrikanischen Stand gegen die Anwesenheit von Verlagen des südafrikanischen Siedlerstaates auf der Buchmesse protestiert. Mit einem eintägigen Boykott unterstützten am Donnerstag alle afrikanischen Verlage die Forderung nach Schließung des Standes des südafrikanischen Rassistenregimes und drohten einen generellen Boykott für die nächste Buchmesse an.

Vermittlungsausschuß nimmt Arbeit nicht mehr auf

gih. Der Vermittlungsauschuß von Bundestag und Bundesrat wird nicht mehr in dieser Legislaturperiode, die am 3. November endet, zusammentreten. Der neu gewählte Bundestag hat seine erste Sitzung am 4. November. Die für Donnerstag, den 9.10. angesetzte Sitzung wurde abgesagt. Damit können alle noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Vorlagen nicht mehr rechtswirksam werden. Dabei handelt es sich zum einen um Gesetzesvorlagen, bei denen der Einspruch des Bundesrates nur mit absoluter Mehrheit vom Bundestag hätte ausgeräumt werden können. – Gesetz zur Einführung einer Künstlersozialversicherung, – Reform des Staatshaftungsrechts und die Streichung des Straftatbestandes der verfassungsfeindlichen Befürwortung von Gewalt (Paragraph 88a des Strafgesetzbuches). Betroffen sind aber auch Gesetzesvorlagen, die nur noch durch ein erfolgreiches Vermittlungsverfahren zu verabschieden gewesen wären. – Novelle zum Sozialhilfegesetz – das Betäubungsmittelgesetz, das Seeunfallgesetz und vor allem das Jugendhilfegesetz. Das Lärmschutzgesetz war zuvor daran gescheitert, daß die Koalition wegen interner Meinungsverschiedenheiten auf ein zweites Vermittlungsverfahren verzichtet hatte.

Welchen Weg geht die türkische Militärregierung?

Im Regierungsprogramm wird erneut die Agrarreform versprochen





Die Geschichte der Landreform in der Türkei ist eine Geschichte der gebrochenen Versprechungen. Kemal Atatürk (links), der Führer der nationaldemokratischen Revolution der Türkei, gewann nach 1919 die Unterstützung der anatolischen Bauern für den bewaffneten Befreiungskampf gegen griechische, französische und britische Truppen. Die türkische Republik verteilte zwar Staatsland an die Bauern, aber das Land war meist von schlechter Qualität und die Landstücke zu klein. Der private Grundbesitz wurde nie ernstlich angetastet. Seit 1936 währt das ergebnislose Tauziehen um eine Bodenreform.

bep. Seit dem Putsch am 12. September scheint die türkische Militärregierung fest im Sattel zu sitzen. Widerstand ist kaum bekannt geworden. Der individuelle Terror ist vorderhand eingedämmt. Zeitungsberichte, nach denen die Bevölkerung darüber erleichtert ist, viele aber die künftigen Maßnahmen der Regierung mit Sorge abwarten, klingen glaubwürdig. Eine bürgerkriegsähnliche Lage, die in diesem Jahr bereits über 1500 Tote und in den letzten zwei Jahren 5000 Tote gefordert hat, wünscht kaum jemand zurück. Die gegenwärtige Militärregierung ist die dritte in der Nachkriegsgeschichte der Türkei. Der erste Putsch 1960 hatte einen fortschrittlichen, vor allem gegen den US-Imperialismus gerichteten Inhalt. Der zweite Militärputsch von 1971 hatte ganz entgegengesetzte Ziele. Er war die Reaktion auf zunehmende antiimperialistische Massenkämpfe und stand unter Führung von Kräften, die auf Seiten des US-Imperialismus und der rekationärsten Kreise der herrschenden Klassen der Türkei, vor allem der Grundbesitzer, standen. Obwohl damals die politischen Parteien nicht verboten wurden und das Parlament nicht aufgelöst wurde, zog der Putsch eine Welle terroristischer Unterdrückungsmaßnahmen nach sich. Die türkische Armee umfaßt nach Herkunft und Ideologie ganz unterschiedliche Klassenkräfte. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Armee wird jeweils auch von außen beeinflußt, durch die Kräfteverhältnisse innerhalb der herrschenden Klassen, die Entwicklung des Klassenkampfes innerhalb der türkischen Gesellschaft, wie auch durch internationale Entwicklungen. Welche Rolle wird die gegenwärtige Militärjunta spielen?

Unterdrückungsmaßnahmen – nicht nur gegen den Terrorismus

Die Junta hat das Kriegsrecht, das vorher schon in 20 von 67 Provinzen bestand, über das ganze Land ausgedehnt. Die Kriegsrechtskommandaten sind mit sehr weitreichenden Befugnissen ausgestattet; über ihre Handhabung ist wegen der allgemeinen Zensur nicht viel Präzises zu erfahren. Alle politischen Organisationen sind verboten; Streiks sind untersagt, die Gewerkschaftskassen beschlagnahmt, 1700 Bürgermeister und Gemeinderäte ihres Amtes enthoben. Verhaftungen, deren Ausmaß nicht genau bekannt ist, richten sich gegen linke revisionistische und putschistische Gruppen, die der

Türkei, vor allem der Grundbesitzer, standen. Obwohl damals die politischen Parteien nicht verboten wurden und das Parlament nicht aufgelöst wurde, zog der Putsch eine Welle terroristischer Unterdrückungsmaßnahmen nach sich. Die türkische Armee umfaßt nach Herkunft und Ideologie ganz unterschiedliche Klassenkräfte. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Armee wird jeweils auch von außen beeinflußt, durch die Kräfteverhältnisse innerhalb der herrschenden Klassen, die Entwicklung des Klassenkampfes innerhalb der türkischen Gesellschaft, wie auch durch internationale Entwicklungen. Welche Rolle wird die gegenwärtige Militärjunta spielen?

Unterdrückungsmaßnahmen – nicht nur gegen den Terrorismus

Die Junta hat das Kriegsrecht, das vorher schon in 20 von 67 Provinzen bestand, über das ganze Land ausgedehnt. Die Kriegsrechtskommandaten sind mit sehr weitreichenden Befugnissen ausgestattet; über ihre Handhabung ist wegen der allgemeinen Zensur nicht viel Präzises zu erfahren. Alle politischen Organisationen sind verboten; Streiks sind untersagt, die Gewerkschaftskassen beschlagnahmt, 1700 Bürgermeister und Gemeinderäte ihres Amtes enthoben. Verhaftungen, deren Ausmaß nicht genau bekannt ist, richten sich gegen linke revisionistische und putschistische Gruppen, die der
Beteiligung an bewaffneten Provokationen beschuldigt werden; sie richten sich aber auch gegen andere Organisationen, Gewerkschafter und Journalisten. Anders als nach dem Putsch 1971 werden jedoch ebenfalls Maßnahmen gegen die Kräfte der äußersten Rechten, vor allem die Nationale Aktionspartei (MHP) und die faschistische Gewerkschaft MISK ergriffen. Laut Ankündigung der Regierung soll der Führer der MHP, der ehemalige General Türkesch, wegen Beteiligung an terroristischen Aktivitäten vor Gericht gestellt werden.

Ebenfalls angeklagt werden soll der Vorsitzende der Nationalen Heilspartei (MSP), Erbakan. Die MSP beruft sich auf den Islam und wendet sich gegen den Einfluß des Westens ebenso wie gegen den der Sowjetunion. Innerhalb der MSP und vor aliem ihrer Jugendorganisation gibt es Kräfte, die sich an der Islamischen Revolution im Iran orientieren. In der letzten Zeit war die MSP zur Bildung bewaffneter Kommandos übergegangen, die sich schwere Auseinandersetzungen, vor allem mit der faschistischen MHP (die sich ihrerseits zunehmend ein Mäntelchen frommer Rechtgläubigkeit umhängt) geliefert haben. Die nationale Bewegung der Türkei war stets strikt antireligiös; sie hat die Religion bekämpft, ohne ihre sozialen Grundlagen, vor allem auf dem Land, zu beseitigen. Die „Renaissance“ des Islam ist vorwiegend von reaktionären Kräften betrieben worden; nationale und religiöse Gegensätze sind zur Schürung des Bürgerkriegs genutzt worden. Die teilweise antiimperialistisch orientierte MSP findet ihre Massenbasis eher im städtischen Kleinbürgertum. Die Regierung fürchtet offenbar auch das Aufleben revolutionärer Strömungen im Gewand des Islam.

Die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung, vor allem die weitgehende Einschränkung der Organisationsrechte der Arbeiterbewegung, sind durch die Notwendigkeit der Unterdrückung des Terrorismus nicht zu begründen. Für die Zukunft hat die Junta erhebliche Änderungen der fortschrittlichen Verfassung von 1961 angekündigt, in der u.a. zum ersten Mal das Streikrecht verankert wurde.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung

Die Militärregierung hat bereits ausreichend klargemacht, daß sie das vom Internationalen Währungsfonds diktierte, brutale Sanierungsprogramm, mit der Folge emporschnellender Arbeitslosigkeit und rasant steigenden Lebenshaltungskosten bei zurückbleibenden Löhnen, weiter fortsetzen wird. Darüberhinaus hat sie eine Agrarreform angekündigt. Das ist gute Tradition; noch keine Regierung hat ein solches Versprechen bei ihrem Antritt versäumt, keine hat es gehalten. Das letzte Agrargesetz stammt von der Militärrgierung '73, war voller Ausnahmebestimmungen zugunsten der Grundbesitzer und wurde später außer Kraft gesetzt. Dabei entscheidet die Agrarreform ohne Zweifel über die Zukunft der Türkei. „Die im Regierungsprogramm vorgesehene Agrarreform käme der Erfüllung der Forderungen der armen Bevölkerungsschichten in Ost- und Südostanatolien gleich. Tausende von Telegrammen sind seit der Machtübernahme durch das Militär beim Nationalen Sicherheitsrat eingetroffen, in denen die neuen Machthaber ersucht werden, dem Feudalismus das Rückgrat zu brechen, indem Geräte und Land an die Bauern verteilt werden“, berichtet die „Neue Zürcher Zeitung“ (30.9). Ein halbes Jahrhundert lang war die türkische Landwirtschaft die Grundlage einer verhältnismäßig raschen wirtschaftlichen Entwicklung. 1979 ist die landwirtschaftliche Produktion auf den meisten Gebieten gesunken; auch der Export landwirtschaftlicher Güter (die fast zwei Drittel des Gesamtexports ausmachen) ist zurückgegangen, was die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei beträchtlich vergrößert hat. Teilweise ist der Rückgang auf Mangel an Chemi-

benden Löhnen, weiter fortsetzen wird. Darüberhinaus hat sie eine Agrarreform angekündigt. Das ist gute Tradition; noch keine Regierung hat ein solches Versprechen bei ihrem Antritt versäumt, keine hat es gehalten. Das letzte Agrargesetz stammt von der Militärrgierung '73, war voller Ausnahmebestimmungen zugunsten der Grundbesitzer und wurde später außer Kraft gesetzt. Dabei entscheidet die Agrarreform ohne Zweifel über die Zukunft der Türkei. „Die im Regierungsprogramm vorgesehene Agrarreform käme der Erfüllung der Forderungen der armen Bevölkerungsschichten in Ost- und Südostanatolien gleich. Tausende von Telegrammen sind seit der Machtübernahme durch das Militär beim Nationalen Sicherheitsrat eingetroffen, in denen die neuen Machthaber ersucht werden, dem Feudalismus das Rückgrat zu brechen, indem Geräte und Land an die Bauern verteilt werden“, berichtet die „Neue Zürcher Zeitung“ (30.9). Ein halbes Jahrhundert lang war die türkische Landwirtschaft die Grundlage einer verhältnismäßig raschen wirtschaftlichen Entwicklung. 1979 ist die landwirtschaftliche Produktion auf den meisten Gebieten gesunken; auch der Export landwirtschaftlicher Güter (die fast zwei Drittel des Gesamtexports ausmachen) ist zurückgegangen, was die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei beträchtlich vergrößert hat. Teilweise ist der Rückgang auf Mangel an Chemi-
kalien und Düngemitteln zurückzuführen, die wegen fehlender Devisen nicht eingeführt werden konnten. Aber obwohl in diesem Jahr eine erheblich höhere Getreideernte erwartet wird, beginnt sich insgesamt eine strukturelle Krise der türkischen Landwirtschaft abzuzeichnen. Ungleiche Landverteilung, Landzersplitterung und Landarmut der kleinen Bauern und fehlende Unterstützungsmaßnahmen der Regierung behindern die Entwicklung der Produktivität. In den nordwestlichen, westlichen und südlichen Landesteilen ist vorherrschend der Widerspruch zwischen kleinen Bauern und Großbauern, die oft den Zwischenhandel kontrollieren und sich als Wucherer betätigen. Großgrundbesitzer, denen ganze Dörfer gehören und die ihre Untertanen in knechtender Abhängigkeit halten, gibt es vor allem im Osten und Südosten. Armut und Unwissenheit der Bauern (die Mehrzahl sind Analphabeten, kaum die Hälfte der Kinder geht zu Schule), die Isolation der Dörfer (die oft ohne Strom und ohne Straßenanschluß sind), die Macht der reichen Bauern, der Großgrundbesitzer, der Agas, der Provinznotablen und des Klerus sind das große Bollwerk der Reaktion in der Türkei. Wo sich in den letzten Jahren Kämpfe der Bauern entwickelt haben, wurden sie zumeist blutig unterdrückt. Eine Landreform, die an das Grundeigentum rührt, würde das bestehende Gleichgewicht innerhalb der herrschenden Klassen, die trotz aller Gegensätze immer aufrechterhaltene Koalition zwischen den verschiedenen Teilen der Bourgeosie und den Grundeigentümern vollständig erschüttern. Die Chancen, daß sie von der Militärregierung durchgeführt wird, sind deshalb nicht sehr groß. Ohne Organisierung der bäuerlichen Massen, ohne Unterstützung durch die Arbeiterbewegung wird keine grundlegende Landreform durchgesetzt werden können. Ohne Landverteilung, aber auch ohne Ausstattung der armen Bauern mit Betriebsmitteln, verkehrsmäßiger Erschließung des Landes, Regelung der Absatzwege, billige Kredite kann es keine stabile, unabhängige wirtschaftliche Entwicklung der Türkei in der Zukunft geben. An der Lösung dieser Frage hängt die einer weiteren Lebensfrage der Türkei: die Beseitigung der nationalen Unterdrückung, die mit der Herrschaft der Grundbesitzer eng verknüpft ist. Die Gebiete der nationalen Minderheiten, vor allem der Kurden, sind amweitesten zurückgeblieben, von der Zentralregierung am meisten vernachlässigt, am festesten in der Hand der Agas. Aber auch in dieser Frage ist von der Armee schwerlich eine fortschrittliche Politik zu erwarten, denn der Chauvinismus ist in der türkischen Armee traditionell tief verankert.

Ist eine fortschrittliche Wende möglich?

Ob die USA direkt in den Putsch verwickelt waren oder nicht: ohne Zweifel kommt die Politik der Militärs den Interessen der westlichen Imperialisten in wesentlichen Fragen entgegen. Dabei decken sich ihre Maßnahmen in einem Punkt auch mit den Interessen der türkischen Nation: in der Unterdrückung terroristischer Aktivitäten, in der Unterdrückung der Versuche, das Volk durch Schüren von Rassismus, religiösem Fanatismus und nationalem Separatismus zu spalten, die sowohl von der äußersten Rechten wie von Parteigängern der Sowjetunion und linksopportunistischen Kräften ausgehen, und in der Abwehr der Aggressions- und Infiltrationsversuche der Sowjetunion. An einer weiteren Stärkung oder der Machtübernahme faschistischer Bestrebungen, wie sie von der MHP vertreten werden, können auch die USA und die europäischen Imperialisten kein Interesse haben, denn sie würde einen Verzweiflungskampf der Schiiten und Kurden ebenso wie äußerst heftige Reaktionen Griechenlands und der anderen Nachbarländer der Türkei, die sich durch das Programm eines neuen „Großtürkischen Reiches“ bedroht fühlen müßten, hervorrufen und eine Krisenlage schaffen, die nur der Sowjetunion nutzen könnte. Soweit die Regierung eine Stabilisierung der Lage durch weitere Öffnung des Landes gegenüber den westlichen Imperialisten und durch Unterdrückung der Arbeiter- und Volksbewegung erreichen will, schwächt sie den Kampf um die nationale Unabhängigkeit und wird unvermeidlich auf den Widerstand der Massen stoßen. Aber ebenso wie bei den früheren Militärputschen stehen auch diesmal unterschiedliche Kräfte hinter der Militärregierung. Ohne Zweifel gibt es solche, die für eine Wendung weiter nach rechts und eine milde Behandlung der faschistischen Organisationen eintreten; unter Umständen können sich auch entgegengesetzte Bestrebungen entfalten. Das wird auch davon abhängen, wieweit die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte sich wieder Bewegungsfreiheit erkämpfen können.

liche Entwicklung der Türkei in der Zukunft geben. An der Lösung dieser Frage hängt die einer weiteren Lebensfrage der Türkei: die Beseitigung der nationalen Unterdrückung, die mit der Herrschaft der Grundbesitzer eng verknüpft ist. Die Gebiete der nationalen Minderheiten, vor allem der Kurden, sind amweitesten zurückgeblieben, von der Zentralregierung am meisten vernachlässigt, am festesten in der Hand der Agas. Aber auch in dieser Frage ist von der Armee schwerlich eine fortschrittliche Politik zu erwarten, denn der Chauvinismus ist in der türkischen Armee traditionell tief verankert.

terdrückung der Versuche, das Volk durch Schüren von Rassismus, religiösem Fanatismus und nationalem Separatismus zu spalten, die sowohl von der äußersten Rechten wie von Parteigängern der Sowjetunion und linksopportunistischen Kräften ausgehen, und in der Abwehr der Aggressions- und Infiltrationsversuche der Sowjetunion. An einer weiteren Stärkung oder der Machtübernahme faschistischer Bestrebungen, wie sie von der MHP vertreten werden, können auch die USA und die europäischen Imperialisten kein Interesse haben, denn sie würde einen Verzweiflungskampf der Schiiten und Kurden ebenso wie äußerst heftige

schwächt sie den Kampf um die nationale Unabhängigkeit und wird unvermeidlich auf den Widerstand der Massen stoßen. Aber ebenso wie bei den früheren Militärputschen stehen auch diesmal unterschiedliche Kräfte hinter der Militärregierung. Ohne Zweifel gibt es solche, die für eine Wendung weiter nach rechts und eine milde Behandlung der faschistischen Organisationen eintreten; unter Umständen können sich auch entgegengesetzte Bestrebungen entfalten. Das wird auch davon abhängen, wieweit die Arbeiterbewegung und die demokratischen Kräfte sich wieder Bewegungsfreiheit erkämpfen können.

„Memed, mein Falke“

Ein Roman über die Bauern Anatoliens

Yaschar Kemal ist einer der meistgelesenen Schriftsteller der Türkei. Sein Roman „Ince Mehmed“ der 1955 in der Türkei erschien, erzählt die sagenhafte Geschichte eines Bauernjungen, der sich gegen seinen Grundherrn auflehnt und zum Briganten wird. Das Brigantentum war eine jahrhundertealte, verbreitete Reaktion der anatolischen Bauern auf die Unterdrückung durch Grundherren und Zentralstaat. Eine Neuauflage der deutschen Übersetzung des Romans ist soeben erschie-

„Drei Viertel für uns, eines für Döné.“

Döné klammerte sich an seinen Steigbügel:

„Nein, Herr! Bitte nicht! Dann müssen wir diesen Winter verhungern. Bitte, bitte, Aga, Eure Fußsohlen will ich küssen!“

„Laß das Geflenne, Döné! Du kriegst genau, was dir zusteht.“

„Mein Teil ist ein Drittel“, ächzte

schwieg er. Dann sprach er schnell weiter: „Die Felder von diesem Dorf und von den anderen fünf, all die Felder ... Das, was jeder gesät hat, alles für ihn selbst ... Was er gesät hat, soll ihm auch gehören. Was das bedeutet, wißt ihr. Ich halte Wache mit der Waffe in der Hand. Die Distelplatte muß in Flammen aufgehen und ...“

Der Alte unterbrach seinen Redefluß: „Halt, Memed, ich habe nichts von all dem verstanden. Sprich ein biß-

„Memed, mein Falke“

Ein Roman über die Bauern Anatoliens

Yaschar Kemal ist einer der meistgelesenen Schriftsteller der Türkei. Sein Roman „Ince Mehmed“ der 1955 in der Türkei erschien, erzählt die sagenhafte Geschichte eines Bauernjungen, der sich gegen seinen Grundherrn auflehnt und zum Briganten wird. Das Brigantentum war eine jahrhundertealte, verbreitete Reaktion der anatolischen Bauern auf die Unterdrückung durch Grundherren und Zentralstaat. Eine Neuauflage der deutschen Übersetzung des Romans ist soeben erschienen.

Die Ebenen, die sich hinter den Tannen erstrecken, haben kargen Boden, der nichts trägt. Von hier aus sind die Taurushöhen mit ihren Schneegipfeln zum Greifen nahe.

Eine von diesen Ebenen ist die „Distelplatte“. Dort gibt es sogar fünf Dörfer. Aber niemand dort besitzt auch nur einen Fußbreit Land. Alles Land gehört Abdi Aga.

Das größte unter den Dörfern der Distelplatte ist Dejirmenoluk. Hier lebt Abdi Aga, der Grundherr.

•

Zwei Tage später wurde das Korn geworfelt, am Tag darauf fegte man die Spreu weg. Am folgenden Tag dann häuften sich die rötlichgelben Weizenkörner in der Mitte der Dreschplätze. Aber sie konnten den Weizen noch nicht in die Säcke füllen und nach Hause schaffen. Der Körnerhaufen blieb mitten auf dem Dreschplatz liegen, denn erst mußte Abdi Aga kommen und sich seinen Anteil holen. Diese Nacht über hielt Mehmed mit seiner Mutter Wache bei der Ernte, unter fortwährendem Kampf mit den Kornfliegen.

Der Morgen kam, Abdi Aga erschien nicht. Auch mittags noch keine Spur von ihm. Am Nachmittag kam er endlich. Drei seiner Tagelöhner ritten mit Packsätteln hinter ihm.

Abdi Aga befahl Döné mit einem Wink zu sich. Seinen Leuten rief er zu: „Drei Viertel für uns, eines für Döné.“

Döné klammerte sich an seinen Steigbügel:

„Nein, Herr! Bitte nicht! Dann müssen wir diesen Winter verhungern. Bitte, bitte, Aga, Eure Fußsohlen will ich küssen!“

„Laß das Geflenne, Döné! Du kriegst genau, was dir zusteht.“

„Mein Teil ist ein Drittel“, ächzte sie.

Der Aga beugte sich von seinem Pferd herab, schaute Döné in die Augen:

„Wer hat dein Feld geackert, Döné?“

„Ich, Herr.“

„Und meine Leute haben dir nicht geholfen?“ –

„Doch, Herr.“

„Hör mal, Döné?“

„Bitte, Herr?“

„Du hättest lieber deinem Sohn sagen sollen, er solle nicht fortlaufen und Ziegenhirt bei Süleyman spielen!“ Damit trieb er sein Pferd an.

•

Durmusch Ali hielt mit Essen ein und betrachtete die beiden erstaunt. Memed begann unter seinen Blicken hastig zu essen. Die Funken traten in seine Augen. Er fühlte sich wie berauscht: er sah ein berghohes Feuer über die Distelfelder rasen, einen Orkan von Flammen ... Er hob den Kopf: „Ich möchte dir etwas sagen, Onkel Durmusch Ali.“

Der Alte sah ihn fragend an.

Mit zitternder Stimme fuhr Memed fort: „Da der Gavur nun tot ist ...“ Er verstummte.

Der Tisch wurde fortgebracht, das Feuer im Herd neu angefacht. Die Kinder des Hauses starrten mit weit aufgerissenen Augen auf Memed.

„Ich habe da einen Gedanken“, sagte Memed behutsam. „Ich weiß ja nicht, was du dazu meinst ...“ Wieder schwieg er. Dann sprach er schnell weiter: „Die Felder von diesem Dorf und von den anderen fünf, all die Felder ... Das, was jeder gesät hat, alles für ihn selbst ... Was er gesät hat, soll ihm auch gehören. Was das bedeutet, wißt ihr. Ich halte Wache mit der Waffe in der Hand. Die Distelplatte muß in Flammen aufgehen und ...“

Der Alte unterbrach seinen Redefluß: „Halt, Memed, ich habe nichts von all dem verstanden. Sprich ein bißchen langsamer.“

Memed zügelte seine Erregung: „Was ich sagen will, Onkel – der Boden gehört nicht dem Ungläubigen, sondern allen.“

Durmusch Ali kratzte sich nachdenklich an der Stirn.

„Der Gavur hat den Boden nicht erschaffen“, fuhr Memed fort. „Aber fünf Dörfer haben Sklavendienste für ihn geleistet. In der Tschukurowa gibt es keine Agas. Du hättest Korporal Hassan einmal hören müssen!“

„Früher hat auch hier der Boden allen gehört. Bis der Vater von diesem Gavur kam und uns mit List und Tücke um unser Land brachte. Vorher konnte jeder säen, wo und wie er wollte.“

Durmusch Ali neigte gedankenvoll den Kopf.

„Genau wie einst. Was denkst du, Onkel?“

„Genau so wird es wieder sein.“

„Ach, könnte es nur so sein, wie du sagst“, murmelte der Alte, Tränen in den Augen.

Durmusch Alis Frau hatte alles mitangehört, während sie, gegen den Stützbalken gelehnt, mit der Handspindel spann. Jetzt ließ sie das Gerät fallen, stürzte auf Memed zu, küßte ihm die Hände: „Mein Herzensjunge, willst du das wirklich tun? Wir müssen nicht mehr zwei Drittel unserer Ernte abgeben?“ „Solange ich lebe, werde ich über die Felder wachen, mit der Waffe“, sagte Memed mit Entschiedenheit.

Moskaus Mythos von den drei Millionen Der Sitz Kampucheas in der UNO

Am 15. September verlangte ein Nachrichtenkommentator der offiziellen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, daß die UNO Kampucheas Sitz an das Heng-Samrin-Regime ,,zurückgeben" solle. Die Gründe, die er anführte, waren, daß das Regime ,,die tatsächliche Kontrolle über das Land ausübe", daß es ,,mit dem Problem des Hungers fertiggeworden sei" und daß ,,die Stärke der neuen Regierung demonstriert worden sei" ...

Neben den unbegründeten Behauptungen, die er aufstellt, wiederholt der sowjetische Nachrichtenkommentator die alte Lüge von der ,,Ausrottung von drei Millionen Kampucheanern" als ein Grund dagegen, daß das Demokratische Kampuchea den UNO-Sitz beibehält.

Drei Millionen ist eine erschreckende Zahl. Der Schock ist auch von der SU und Vietnam beabsichtigt. Aber die Zahl beruht auf keiner Basis. Als das Lon-Nol-Regime 1975 beseitigt wurde, hatte Kampuchea 7 Mio. Einwohner. Ihre Zahl stieg ein wenig im Jahre 1978. Ein Bericht der (französischen Nachrichtenagentur) AFP aus Phnom Penh im vergangenen Januar sagte, daß nach Aussagen von Beamten und von internationalen Organisationen in Phnom Penh, sowie nach Daten aus verschiedenen Provinzen, die Bevölkerungszahl etwa 6 Mio. beträgt. Hinzu kommen noch 700000 Flüchtlinge im kampucheanisch-thailändischen Grenzgebiet. Es war erst, nachdem Vietnam seinen Krieg gegen das Demokratische Kampuchea begonnen hatte, daß die kampucheanische Bevölkerung zu schrumpfen begann. Das ist das direkte Ergebnis der Völkermordpolitik, die Vietnam gegen das Demokratische Kampuchea betreibt. Das Demokratische Kampuchea hat tatsächlich einige schwerwiegende Fehler in der Vergangenheit begangen, einschließlich der ungerechten Hinrichtung einiger Menschen. Führer des Demokratischen Kampuchea haben bei mehreren Gelegenheiten öffentlich ihre Fehler kritisiert und Schritte unternommen, um sie zu korrigieren. Im vergangenen Jahr hat das Demokratische Kampuchea einen Vorschlag für ein politisches Programm der Patriotischen und Demokratischen Front für die Große Nationale Einheit Kampucheas vorgelegt als Ersatz zur Verfassung von 1976, hat die Regierung umgebildet und eine Reihe von demokratischen Maßnahmen zur Vereinheitlichung aller Schichten des Volkes ergriffen.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea führt jetzt das kampucheanische Volk im Kampf gegen die vietnamesische Aggression. Das ist die wirksamste Macht gegen die vietnamesische Aggression (dort) ... Deshalb ist die Unterstützung des Demokratischen Kampuchea von umfassender Bedeutung im Kampf gegen die sowjetische und vietnamesische Hegemonie ...

aus: Beijing Review, 6.10.80, eigene, gekürzte Übersetzung

Weltgewerkschaftsbund in Moskau: SU läßt gegen Polen einschwören

krk. Vergangene Woche, ab 1.10., fand in Moskau die 31. Tagung des Generalrates des Weltgewerkschaftsbundes in Moskau statt. Diese vor 35 Jahren gegründete Organisation ist inzwischen vollständig unter der Kontrolle und der Vorherrschaft der Sozialimperialisten; das zementiert die tiefgehende Spaltung der Weltgewerkschaftsbewegung. Ganz in diesem Sinne verlief auch die jetzige Tagung: die Vertreter von über 70 Einzelgewerkschaften, die immerhin 190 Mio. Mitglieder vertreten, wurden eingeschworen auf die Außenpolitik der SU und auf die Feindschaft und Ablehnung der polnischen freien Gewerkschaften.

Bereits im einleitenden Referat stellte der stellvertretende Generalsekretär Zakaria (Sudan) zu den Kämpfen der polnischen Arbeiter fest: ,,Sie haben gezeigt, daß die antisozialistischen Kräfte und ihre Propagandazentren jegliche Bemühungen unternahmen und unternehmen, um unter Ausnutzung der Situation die Einheit der Gewerkschaften Polens zu untergraben und folglich ihre Bemühungen beim Aufbau des Sozialismus im Lande zu schwächen." Im selben Sinne äußerte sich der Vorsitzende der französischen, unter Führung der Revisionisten stehenden Gewerkschaft CGT, Seguy, der die polnischen freien Gewerkschaften indirekt über ein geschichtliches Beispiel der Spaltung der Weltgewerkschaftsbewegung bezichtigte.

Prinzipiell zu der Frage der Aufgaben der Gewerkschaften im Sozialismus äußerte sich Harry Tisch, Vorsitzender des FDGB der DDR. ,,Im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung" erklärte er: ,,Wir sind im ersten Arbeiter- und Bauern-Staat wirklich eine staatserhaltende Kraft ... Und wir sagen es deutlich, auch vor dem Forum des Weltgewerkschaftsbundes: Die DDR ist unser Staat! Wir werden immer alles tun und sind bereit, ihn zu jeder Zeit und zu jeder Stunde zu schützen und zu verteidigen! Wir sind in den Händen der Arbeiterklasse eine Organisation, die in freier Entscheidung das tut, was für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen richtig ist!" Selbst wenn in der DDR, der SU und den anderen osteuropäischen Ländern der Kapitalismus nicht längst restauriert worden wäre, wäre eine solche Auffassung für die Arbeiterklasse gefährlich, denn sie bedeutet die Absage an jegliche Interessenvertretung und geht davon aus, im Sozialismus hätten die arbeitenden Menschen unter allen Umständen prinzipiell gleiche Interessen wie der Staat. Unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie in der DDR ist es die Zusicherung, daß die Gewerkschaften, außer in individuellen Rechtshändeln, sich direkt zum Werkzeug der Durchsetzung fremder Klasseninteressen machen werden. Genau das, wogegen sich der Kampf der polnischen Arbeiter richtet.

verschiedenen Provinzen, die Bevölkerungszahl etwa 6 Mio. beträgt. Hinzu kommen noch 700000 Flüchtlinge im kampucheanisch-thailändischen Grenzgebiet. Es war erst, nachdem Vietnam seinen Krieg gegen das Demo-
schen Kampuchea von umfassender Bedeutung im Kampf gegen die sowjetische und vietnamesische Hegemonie ...
aus: Beijing Review, 6.10.80, eigene, gekürzte Übersetzung
Weltgewerkschaftsbund in Moskau: SU läßt gegen Polen einschwören

Gandhi regiert wieder mit Notstandsverordnungen

Zum Nutzen des einheimischen Kapitals und der imperialistischen Monopole

chm. Am 24.9. erließ die Regierung Gandhi die ,,Verordnung über die Sicherheit der Nation", die die Zentralregierung und die Regierungen der einzelnen Unionsstaaten ermächtigt, jeden ohne Gerichtsbeschluß zu verhaften, der die militärische, öffentliche oder wirtschaftliche Sicherheit des Landes gefährdet. Die Begründung für die Verordnung ist die ,,bedenkliche Zunahme von blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems und sonstige sezessionistische oder separatistische Umtriebe". Bei den Demonstrationen, die am 28./29.9. gegen die Vorbeugehaft stattfanden, wurden gleich 50000 festgenommen. Aufgerufen zu den Demonstrationen hatten alle im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der revisionistischen KPI. Anlaß zum erneuten Rückgriff auf die Notstandsgesetze waren die Kämpfe der indischen Bauern, Arbeiter, Studenten zusammen mit anderen unterdrückten Teilen der indischen Gesellschaft gegen die Preistreiberei und die Inflation, die inzwischen die 40%-Marke erreicht hat. Grundnahrungsmittel wie z.B. Zucker und Speiseöl sind rationiert. In einigen Unionsstaaten verbinden sich die aktuellen Kämpfe mit Kämpfen, die die Massen schon länger führen, so z.B. in den Staaten Assam und Uttar Pradesh, die den Vorwand abgaben für die jetzige Notstandsverordnung.

Assam im Osten Indiens (15 Mio. Einwohner), durch Bangla Desh (ehemals Ostpakistan) vom restlichen Indien abgetrennt und nur durch einen schmalen Korridor mit ihm verbunden, war bis 1826 ein selbständiges Königreich. Im Laufe der Absicherung der Grenzgebiete seiner Kolonie Indien haben es sich die britischen Kolonialisten einverleibt. Als die assamischen Kleinbauern sich weigerten, als billige Landarbeiter in die Teeplantagen der englischen Kolonialherren zu gehen, schafften diese billige Arbeitskräfte aus dem benachbarten (muslimischen) Ostbengalen heran, die in der Lohnarbeit eine Rettung vor der Willkür der bengalischen Großgrundbesitzer sahen. Um Assamesen und Ostbengalen in Schach zu halten, ohne sich selber die Hände schmutzig zu machen, setzten die Briten das schon bewährte ,,Bengal system" in Kraft: die oberste Spitze des Verwaltungsapparates bildeten britische Kolonialbeamte. Alle anderen Verwaltungsebenen wurden mit Bengalen – diesmal Westbengalen hinduistischen Glaubens – besetzt. Als ihre direkten Agenten im Handel und in den Manufakturen setzten sie Marwaris aus Rajhastan in Zentralindien ein. Begründet wurde das ganze mit einer rassistischen Propaganda, die bis heute noch von den Westbengalen und den Marwaris gegen die Assamesen eingesetzt wird, sie seien faul und arbeits-

Pradesh, die den Vorwand abgaben für die jetzige Notstandsverordnung.
Assam im Osten Indiens (15 Mio. Einwohner), durch Bangla Desh (ehemals Ostpakistan) vom restlichen Indien abgetrennt und nur durch einen schmalen Korridor mit ihm verbunden, war bis 1826 ein selbständiges Königreich. Im Laufe der Absicherung der Grenzgebiete seiner Kolonie Indien haben es sich die britischen Kolonialisten einverleibt. Als die assamischen Kleinbauern sich weigerten, als billige Landarbeiter in die Teeplantagen der englischen Kolonialherren zu gehen, schafften diese billige Arbeitskräfte aus dem benachbarten (muslimischen) Ostbengalen heran, die in der Lohnarbeit eine Rettung vor der Willkür der bengalischen Großgrundbesitzer sahen. Um Assamesen und Ostbengalen in Schach zu halten, ohne sich selber die Hände schmutzig zu machen, setzten die Briten das schon bewährte ,,Bengal system" in Kraft: die oberste Spitze des Verwaltungsapparates bildeten britische Kolonialbeamte. Alle anderen Verwaltungsebenen wurden mit Bengalen – diesmal Westbengalen hinduistischen Glaubens – besetzt. Als ihre direkten Agenten im Handel und in den Manufakturen setzten sie Marwaris aus Rajhastan in Zentralindien ein. Begründet wurde das ganze mit einer rassistischen Propaganda, die bis heute noch von den Westbengalen und den Marwaris gegen die Assamesen eingesetzt wird, sie seien faul und arbeits-

scheu. Heute sind die Marwaris die Handels- und Bankkapitalisten, eine nicht unwichtige Stellung, da Assam 50% der Teeproduktion und 50% der Erdölproduktion Indiens liefert. Dem Kampf der Assamesen gegen die nationale Unterdrückung und die wirtschaftliche Misere schließen sich die muslimischen Bengalen teilweise an, weil sie seitens der Marwaris und der Westbengalen religiös diskriminiert werden und als Landarbeiter oder Flüchtlinge aus Bangla Desh am stärksten ausgeplündert werden. Seit 11 Monaten toben diese Kämpfe in der Provinz. Die Ölzufuhr ist gestoppt worden, die petrochemischen Industrieanlagen stehen still. Zentrum der Kämpfe ist die Universität Gurjati. Die Studenten sind dabei eine wichtige Kraft.

Uttar Pradesh ist der Grenzstaat zu Nepal und der VR China. Er ist mit ca. 90 Millionen der bevölkerungsreichste Bundesstaat Indiens. Für die hinduistische Religion hat er eine besondere Bedeutung: Buddha lehrte und starb hier. Hier hat die Unabhängigkeitsbewegung gegen den britischen Imperialismus ihren Anfang genommen. 85% der Bewohner sind Hindus und 15% Muslims. Zusammen mit den Harijans, den ,,Unberührbaren", d.i. im hinduistischen Kastensystem die vierte und unterste Kaste, deren Aufgabe es ist, den anderen drei Kasten ,,demütig zu dienen", bilden sie die unterdrücktesten Teile der Volksmassen in Uttar Pradesh. Aus ihnen rekrutieren sich z.B. die Müllarbeiter und Straßenkehrer, und sie weisen die höchste Zahl an Arbeitslosen auf (Uttar Pradesh hat insgesamt 12 Mio. Arbeitslose). Gerade hier tobt die Reaktion in Gestalt des rechten Flügels der Janata (Volks-) Partei, der Bharatiya Janata Party mit ihrer paramilitärischen Organisation RSS, die ihren Terror gleichermaßen gegen Muslime und Unberührbare richtet; sie predigen ein ,,reines Indien, das nur aus Hindus besteht". Als die RSS beim Gebet zum Ende des Fastenmonats Ramadan ein Schwein – ein unreines Tier nach islamischer Lehre – in die Reihen der Moscheebesucher schob, wehrten sie sich. Die Polizei schoß in die Demonstration. Über 100 Demonstranten wurden getötet. Dies war der Beginn des jetzigen Aufstands.

Beifall erhielt Indira Gandhi für die Notstandsverordnung, wie schon 1975, von der indischen Industrie- und Handelskammer. Jetzt können die indischen Kapitalisten die Früchte der Wirtschaftsgesetze vom Juni genießen: 25% Steuerfreiheit für 7 Jahre, 50% Erhöhung der Inflationsentschädigung, Kürzung der Importsteuern um 25%, Lockerung der Monopolbildungs- und Antikartellgesetze, Öffnung des staatlichen Sektors für die Kapitalisten. Diese Lockerungen gelten sowohl für die einheimischen als auch für die ausländischen Monopole. (Ein Vergleich: Das Vermögen des größten indischen Stahlkonzerns Tata macht 1,44% vom Vermögen der US-Steel aus!) Die US-Imperialisten haben schon ihr Wohlwollen kundgetan: 38 Tonnen angereichertes Uran bekommt Indien, allerdings mit gewissen Kontrollrechten seitens der USA. Gegen Waffenlieferungen gebe es auch keine ,,prinzipiellen Einwände". In dieser Hinsicht waren ihnen die Sozialimperialisten einen Schritt voraus: Die sind schon im Mai mit 3 Mrd. $ ins indische Waffengeschäft eingestiegen.

VERWALTUNGSEINTEILUNG

Partei, der Bharatiya Janata Party mit ihrer paramilitärischen Organisation RSS, die ihren Terror gleichermaßen gegen Muslime und Unberührbare richtet; sie predigen ein ,,reines Indien,
,,prinzipiellen Einwände". In dieser Hinsicht waren ihnen die Sozialimperialisten einen Schritt voraus: Die sind schon im Mai mit 3 Mrd. $ ins indische Waffengeschäft eingestiegen.
VERWALTUNGSEINTEILUNG

Statistisches Bundesamt 79 0631

,,Schlacht gegen Inflation und für common sense gewonnen"

chm. Vom 8. – 10.10. fand der Parteitag der Konservativen in Brighton statt. Er brachte eine Bestätigung der Politik der Regierung Thatcher, die Industrieminister Howe als eine gewonnene Schlacht gegen die Inflation und für common sense bezeichnete. Gesunder Menschenverstand sei die Aufhebung aller Preis-, Export- und Investitionskontrollen für die Kapitalisten gewesen. Überlegungen wurden angestellt, wann am besten die Zinsrate gekürzt werden sollte. Wie das Streikrecht einzuschränken und die Gewerkschaften zu spalten seien, wurde ebenfalls diskutiert. (Über den Bergarbeiterstreik von 1974 ist Thatchers Vorgänger Edward Heath aus dem Amt geflogen). Die Arbeitslosenziffer von zwei Millionen sei auf ,,zu hohe Staatsausgaben, zu hohe Besteuerung und zu hohe Beiträge der Arbeitgeber an die Sozialversicherung" zurückzuführen. All das habe die Kapitalisten gezwungen, Arbeitskräfte ,,freizusetzen". Die Arbeitslosigkeit sei eine vorübergehende Erscheinung, aber notwendig. Die Konservativen kritisierten den EG-Beschluß des Labourparteitages. Vor dem Tagungsort fanden Demonstrationen statt unter den Parolen: ,,wir wollen jobs", und ,,Tories raus aus Brighton".

Sioux verlangen Rückgabe der Black Hills

bep. Vertreter der Sioux-Indianer haben sich letzte Woche nach einer Versammlung geweigert, von der amerikanischen Regierung eine Entschädigung in Höhe von 117 Millionen Dollar für die Wegnahme der Black Hills anzunehmen. 68000 Sioux leben in Reservationen in den US-Bundesstaaten North und South Dakota. Das umstrittene Gebiet umfaßt etwa 3 Millionen Hektar. Die Sioux haben 60 Jahre lang um die Rückgabe der Berge prozessiert. Im Juni hat schließlich der Oberste Gerichtshof in Washington einen Beschluß des Kongresses aus dem Jahre 1877 für ungültig erklärt, der entgegen bestehenden Verträgen eine entschädigungslose Enteignung verfügte, nachdem dort Gold gefunden worden war. Später wurden noch andere Erzvorkommen sowie Kohlelager entdeckt. Viele Sioux sind gegen Annahme des Geldes, weil sie den Anspruch auf das Land nicht aufgeben wollen.

Verlegung der Befreiungsstreitkräfte Zimbabwes in die Städte

aml. Die seit einiger Zeit geplante Verlegung der Befreiungstreitkräfte Zimbabwes aus den an den Grenzen gelegenen Sammelpunkten in die Nähe von Bulawayo und Salisbury (s. KVZ 31/80 und 40/80) findet jetzt statt. Ein Ergebnis dieser von den britischen Imperialisten durchgesetzten Sammelpunkte war, daß einige hundert Guerillas die Sammelpunkte verlassen haben und Banden gebildet haben. Das wird jetzt von der imperialistischen Presse genutzt (,,Neues Terrorregime (Newsweek), Terrorakte (Frankfurter Allgemeine Zeitung)"), um Stimmung gegen diese Maßnahme der zimbabwischen Regierung zu machen, die eine Stärkung ihrer militärischen Macht bedeutet. Vorigen Monat nahm Robert Mugabe dazu als Verteidigungsminister im Parlament Stellung: ,,Es wurde die Verlegung von 17000 Soldaten in Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte erwähnt ... Ich kann nicht sehen, daß diese Verlegung ... als unglücklicher Plan betrachtet werden kann. Wo sollen diese Söhne der Erde leben? Dauernd im Busch wie Tiere? Wer ist denn ausersehen, in den Städten zu leben – ihre Gegner, die von ihnen bekämpft worden sind ... und die jetzt die Kasernen mit ihnen teilen sollen? ... Jene Menschen in den Sammelpunkten haben Anspruch auf gleiche Behandlung wie jene, die täglich den Komfort der Kasernen von Cranborne und Inkomo genießen ..."

SU bietet Schweden Teilnahme an Industrieaufbau an

coi. Stockholm. In den Verhandlungen der schwedisch-sowjetischen Regierungskommission Ende September in Tiflis über die Erneuerung des im nächsten Jahr auslaufenden Handelsrahmenabkommens haben die Sozialimperialisten Schweden die Teilnahme am Aufbau des ,,territorialen Industriekomplexes Timano-Petschora" in Aussicht gestellt. ,,Wir sind in der Lage, einen Beitrag zu leisten bei der Gewinnung und der Verarbeitung von Gas, Öl, Papiermasse und der Mineralien in diesem Gebiet sowie beim Häuserbau, Transport usw. bis zur kleinsten Nagelfabrik", begeistern sich die krisengeschüttelten schwedischen Imperialisten. Als Teil der Bezahlung wollen sie einen langfristigen Vertrag über die Lieferung von 15% des schwedischen Erdölverbrauchs.

Initiative für Demokratische Front in Thailand

mat. Sydney. Das Koordinationskomitee der Patriotischen und Demokratischen Kräfte Thailands hat seine Initiative zum Aufbau einer nationalen demokratischen Front verstärkt. Wie Generalsekretär Thirayudh erklärte, sind die USA und die reaktionäre Regierung nach wie vor die Hauptfeinde, aber die militärische Bedrohung durch Vietnam und die Sowjetunion stelle neue Aufgaben, die dem Komitee verstärkt neue Kräfte zuführen. Die Initiative ist Ergebnis eines ideologischen Klärungsprozesses in der Kommunistischen Partei. Der Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, hat aber nach dem mißlungenen Versuch vietnamesischer Agenten, die Nordregion von der Partei abzuspalten, große Fortschritte gemacht.



cht. Sydney. Die nationale Befreiungsarmee der *Karen* (Ein Volk von ca. 1,5 Millionen in Südbirma; KNLA-Kämpfer im Bild) hat die Truppen der *birmesischen Militärregierung* Ende September in heftige Kämpfe verwickelt. Zwei Aufklärungsflugzeuge der Regierung wurden abgeschossen. Der Versuch der Regierung, der Befreiungsarmee durch Zwangsumsiedlung von ganzen Dörfern in Konzentrationslager die Verbindung mit den ländlichen Karen-Massen außerhalb der befreiten Gebiete abzuschneiden, hat der Nationalen Befreiungsarmee KNLA verstärkt Kämpfer zugeführt. Ein Amnestieangebot an die Befreiungsorganisationen der nationalen Minderheiten und die Kommunistische Partei ist am 28.8. nach 90 Tagen ohne Ergebnis ausgelaufen. Die Regierung versucht es jetzt mit einer neuen militärischen Offensive. Bo Mya, Präsident der KNLA, sagte in einem Interview: ,,Das Hauptziel der Karen-Revolution ist nationale Befreiung – die Erreichung eines unabhängigen Karen-Staates . . . (doch) wären wir bereit, uns mit allen Nationalitäten in Birma zusammenzuschließen, um einen neuen Bundesstaat zu errichten, in dem alle Nationalitäten volle Selbstbestimmung haben."

Argentinien von ausländischem Kapital beherrscht

Vier Jahre Militärjunta: nationales Kapital nahezu ruiniert / Viola Nachfolger für Videla

gkr. Im September nominierten die 3 Obersten Befehlshaber der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine endgültig den Generalleutnant a.D. Roberto Eduardo Viola zum nächsten Staatspräsidenten Argentiniens. Er soll am 29. März, fast auf den Tag genau 5 Jahre, nachdem die Militärjunta die Macht an sich gerissen hatte, den derzeitigen Präsidenten Videla ablösen. Teile der nationalen Bourgeoisie verbinden mit ihm die Hoffnung auf geringfügige Rechte, vor allem aber auch auf eine Kursänderung in der Wirtschaftspolitik des Landes. Martinez de Hoz, Wirtschaftsminister, hatte in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt eine Politik des Ausverkaufs des Landes an ausländisches Kapital verfolgt. Von Anfang an war die Politik der Militärs darauf gerichtet, den Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu senken, vor allem durch Rationalisierung und Entlassung den Reallohn zu senken, der inzwischen auf die Hälfte gefallen ist, die Versicherungen der Arbeiterklasse einzuschränken wie ihre Rechte in diesen Versicherungen. Preise, Wohnmieten, Zinsen, Importe und Exporte wurden Schritt für Schritt freigegeben. Der Internationale Währungsfonds honorierte die Politik prompt und bewilligte einen Kredit von 127 Mio. $, der vorher der Regierung I. Perons verweigert worden war.

Über drei Hebel: ausländische Direktinvestitionen, Auslandsverschul-

Obersten Befehlshaber der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine endgültig den Generalleutnant a.D. Roberto Eduardo Viola zum nächsten Staatspräsidenten Argentiniens. Er soll am 29. März, fast auf den Tag genau 5 Jahre, nachdem die Militärjunta die Macht an sich gerissen hatte, den derzeitigen Präsidenten Videla ablösen. Teile der nationalen Bourgeoisie verbinden mit ihm die Hoffnung auf geringfügige Rechte, vor allem aber auch auf eine Kursänderung in der Wirtschaftspolitik des Landes. Martinez de Hoz, Wirtschaftsminister, hatte in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt eine Politik des Ausverkaufs des Landes an ausländisches Kapital verfolgt. Von Anfang an war die Politik der Militärs darauf gerichtet, den Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu senken, vor allem durch Rationalisierung und Entlassung den Reallohn zu senken, der inzwischen auf die Hälfte gefallen ist, die Versicherungen der Arbeiterklasse einzuschränken wie ihre Rechte in diesen Versicherungen. Preise, Wohnmieten, Zinsen, Importe und Exporte wurden Schritt für Schritt freigegeben. Der Internationale Währungsfonds honorierte die Politik prompt und bewilligte einen Kredit von 127 Mio. $, der vorher der Regierung I. Perons verweigert worden war.

Über drei Hebel: ausländische Direktinvestitionen, Auslandsverschul-dung und Außenhandel wurde die Abhängigkeit des Landes von den Imperialisten systematisch verstärkt. Seit der Herrschaft der Militärs in Argentinien stiegen die ausländischen Direktinvestitionen, die zwischen 1972 und 1975 von 2,3 Mrd. $ auf 2,0 Mrd. $ gesunken waren, wieder deutlich an. Seit März 1977, also innerhalb von 3 Jahren, nahmen sie um 1,63 Mrd. $ zu, allein die BRD-Imperialisten konnten ihre Investitionen von 580 Mio. DM um 26% steigern, innerhalb von 3 Jahren. Über 50% der Direktinvestitionen wurden von den US-Imperialisten gemacht. Den Bourgeois der imperialistischen Staaten geht es allerdings zu langsam. Die Erleichterung des Aktienkaufs für ausländisches Kapital ist eine Maßnahme zur Abhilfe, die im August beschlossene Änderung des Bergbaugesetzes eine andere. Ihr Ziel ist ,,die Gewinnung neuer Kapitalgeber für Erforschung und Ausbeutung von Mineralvorkommen". Danach können jetzt Gebiete von 20000 ha (gegenüber bisher 2000 ha) von der Zentralregierung als Konzessionsgebiete für 30 Jahre (bei Ausbeutung der Vorkommen) vergeben werden. Als erstes sollen so die Kupfervorkommen von Sarallón Negro und Bajo de la Alubrera in den Provinzen Tucumán und Catarmarca ausgebeutet werden, von ausländischem, vor allem von US-Kapital, das schon bisher im Bergbau vorherrschend ist.

Über Auslandsverschuldung haben die Imperialisten Argentinien fest im Griff. Gegenüber 1978 sind sie 1979 um 76% auf 19 Mrd. $ gestiegen, nahezu das Dreifache der gesamten Exporte des Landes. Waren bisher vor allem langfristige Kredite ins Land gekommen, so sollen jetzt auch die Schranken für kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit unter einem Jahr fallen, die in der Regel für Zins- und Kreditrückzahlungen dienen.

Schließlich müssen die Militärs auch im Außenhandel das Land den Imperialisten öffnen. In den vergangenen Jahren war zunächst der Export des Landes gestiegen, auf Grund großer Reichtümer der Landes vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten und einer hochentwickelten Industrie. Immerhin hat Argentinien 1977 das höchste Bruttosozialprodukt pro Kopf in ganz Lateinamerika mit Ausnahme von Venezuela, und hinter Mexiko den höchsten Anteil weiterverarbeiteter Produkte am gesamten Export. Der Exportüberschuß war in diesen Jahren von 0,88 Mrd. $ 1976 auf 2,57 Mrd. $ 1978 gestiegen. Für dieses Jahr nun wird erstmals ein Defizit der Handelsbilanz erwartet. Ermöglicht wurde dies durch eine systematische Zollsenkungspolitik für alle Importe, bis 1984 sollen die Zölle auf alle Waren auf 20% gesenkt sein, bei gleichzeitiger Überbewertung des Peso und damit einer Verteuerung der Exporte. Die schärfsten Auswirkungen zeigte dies in der für den Aufbau des Landes entscheidenden Landwirtschaft. Bei einem Großteil der landwirtschaftlichen Produkte ging die Erzeugung im vergangenen Jahr zurück, bei Getreide wird mit einem Rückgang von 23,7%

langfristige Kredite ins Land gekommen, so sollen jetzt auch die Schranken für kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit unter einem Jahr fallen, die in der Regel für Zins- und Kreditrückzahlungen dienen.

Schließlich müssen die Militärs auch im Außenhandel das Land den Imperialisten öffnen. In den vergangenen Jahren war zunächst der Export des Landes gestiegen, auf Grund großer Reichtümer der Landes vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten und einer hochentwickelten Industrie. Immerhin hat Argentinien 1977 das höchste Bruttosozialprodukt pro Kopf in ganz Lateinamerika mit Ausnahme von Venezuela, und hinter Mexiko den höchsten Anteil weiterverarbeiteter Produkte am gesamten Export. Der Exportüberschuß war in diesen Jahren von 0,88 Mrd. $ 1976 auf 2,57 Mrd. $ 1978 gestiegen. Für dieses Jahr nun wird erstmals ein Defizit der Handelsbilanz erwartet. Ermöglicht wurde dies durch eine systematische Zollsenkungspolitik für alle Importe, bis 1984 sollen die Zölle auf alle Waren auf 20% gesenkt sein, bei gleichzeitiger Überbewertung des Peso und damit einer Verteuerung der Exporte. Die schärfsten Auswirkungen zeigte dies in der für den Aufbau des Landes entscheidenden Landwirtschaft. Bei einem Großteil der landwirtschaftlichen Produkte ging die Erzeugung im vergangenen Jahr zurück, bei Getreide wird mit einem Rückgang von 23,7% auf 19,2 Mio. t 1980 gerechnet.

Die BRD-halbamtlichen ,,Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen" stellten im Juli 1980 dazu fest: ,,Die Ursachen des in vielen Bereichen herrschenden Konjunkturabfalls werden vornehmlich in dem unverändert hohen staatlichen Ausgabenanteil am BIP, der übersteigerten Außenwirtschaftsöffnung und dem Wechselkurs-Ungleichgewicht gesehen. Beobachter sehen in der Kritik allerdings eher den Ausdruck des sich in der argentinischen Industrie vollziehenden Strukturwandels und Anpassungsprozesses als Auswirkung der Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien." Die Auswirkung des ,,Strukturwandels" läßt sich z.B. an der Entwicklung der Konkursmasse verfolgen: von 53 Mio. $ 1977 stieg sie auf das Fünffache im darauffolgenden Jahr und verdoppelte sich 1979 noch einmal, obwohl in demselben Jahr die seit Jahren höchste Steigerung des Bruttoinlandsproduktes mit 8,5% zu verzeichnen war. Dabei wurden vor allem die Öl- und Fahrzeugindustrie sowie der Bergbau, die in erster Linie von ausländischem Kapital beherrscht werden, gestärkt, so daß diese Bereiche auch im 1. Halbjahr 1980 höhere Produktion vermelden konnten. David Rockefeller, Präsident der Chase Manhatten Bank, jubelte denn noch vor kurzem: ,,Ich glaube, es gibt keinen besseren Wirtschaftsplan für Argentinien. Das Land hat einen Überschuß in seiner Zahlungsbilanz und damit gute Voraussetzungen für den Handelsaustausch. In sehr kurzer Zeit hat sich die wirtschaftliche Lage Argentiniens stark verbessert." Eines auf jeden Fall hat der Kurs erreicht: Die Inflation wurde gesenkt, von fast 800% Anfang 1976 auf 140% 1979. Gerade auch die Aufblähung des Geldvolumens durch die ausländischen Kredite behindert eine weitere Senkung.

Die Arbeiter und Bauern Argentiniens müssen die Hauptlast dieses Wirtschaftskurses tragen. Zu den Reallohnsenkungen, die schon dazu geführt hatten, daß sich nur etwa ein Zehntel der Arbeiterklasse das leisten kann, was nach offiziellen Angaben das Lebenshaltungsminimum darstellt, kommen jetzt die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 20% und ihre Ausweitung auf fast alle Waren. Daneben aber verschärft der Kurs der Militärjunta auch den Widerspruch zur nationalen Bourgeoisie, die sich zunehmend ihrer Existenzgrundlage beraubt sieht. Die Radikale Bürgerunion, die Partei der nationalen Bourgeoisie, bisher auf seiten Videlas, reagiert mit Kritik. ,,Gewißheit herrscht nur über die Zerstörung", nicht, was danach kommen soll, stellte sie fest. Die Militärjunta reagiert nach wie vor nach bewährtem Muster, mit Unterdrückung. Aber die Spekulationen auf geringfügige Änderungen unter Viola bleiben.

hat der Kurs erreicht: Die Inflation wurde gesenkt, von fast 800% Anfang 1976 auf 140% 1979. Gerade auch die Aufblähung des Geldvolumens durch die ausländischen Kredite behindert eine weitere Senkung.

Die Arbeiter und Bauern Argentiniens müssen die Hauptlast dieses Wirtschaftskurses tragen. Zu den Reallohnsenkungen, die schon dazu geführt hatten, daß sich nur etwa ein Zehntel der Arbeiterklasse das leisten kann, was nach offiziellen Angaben das Lebenshaltungsminimum darstellt, kommen jetzt die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 20% und ihre Ausweitung auf fast alle Waren. Daneben aber verschärft der Kurs der Militärjunta auch den Widerspruch zur nationalen Bourgeoisie, die sich zunehmend ihrer Existenzgrundlage beraubt sieht. Die Radikale Bürgerunion, die Partei der nationalen Bourgeoisie, bisher auf seiten Videlas, reagiert mit Kritik. ,,Gewißheit herrscht nur über die Zerstörung", nicht, was danach kommen soll, stellte sie fest. Die Militärjunta reagiert nach wie vor nach bewährtem Muster, mit Unterdrückung. Aber die Spekulationen auf geringfügige Änderungen unter Viola bleiben.

Parlamentswahlen in Portugal: Sieg Sá Carneiros

hew. Bei den Parlamentswahlen in Portugal konnte die bisherige Regierungskoalition ihre absolute Mehrheit weiter ausbauen. Die Demokratische Allianz hat jetzt 131 von 250 Sitzen im Parlament. Die Sozialdemokraten unter Führung von Mario Soares konnten bei den Wahlen weiter abgeschlagen werden. Auch die Revisionisten mußten Verluste einstecken. Die Regierungskoalition setzt sich aus verschiedenen konservativen Parteien unter Führung der PPD, der auch der Ministerpräsident Sá Carneiro angehört, zusammen.

Sá Carneiro ist ein Mann mit Geschichte: Der Generalsekretär der PPD war vor der Revolution von 1974 Mitglied der faschistischen Einheitspartei ANP und bis März 1973 Mitglied der faschistischen Nationalversammlung. Danach war er Minister ohne Geschäftsbereich in der ersten provisorischen Regierung, wurde aber wegen undurchsichtiger Machenschaften im Zusammenhang mit einem Putschversuch schnell wieder beseitigt. Ein Politiker mit Erfahrung also, der gegen die Arbeiter und Bauern vorzugehen gelernt hat.

Die Stimmenverluste für die Sozialdemokraten und die Revisionisten sind Ausdruck der leeren Versprechungen, die sie vor allem für eine Landreform gemacht haben. Sie gingen in den letzten Jahren auf verschiedene Weise gegen die Landbesetzungen im Alentejo, dem ländlichen Süden, vor. Gleichzeitig ist es der Regierung unter Soares nicht gelungen, Portugals wirtschaftliche Schwierigkeiten auch nur zu verringern, während die Regierung Sá Carneiros mit gesetzlicher Beschränkung der Lohnerhöhungen, gewaltiger Steigerung der Lebenshaltungskosten (25% 1979), Abwertung und Öffnung für den Kapitalexport immerhin das Leistungsbilanzdefizit senken konnte.

Schon während des Wahlkampfes hatte Sá Carneiro angekündigt, er werde nicht bereit sein, weiter die Regierung zu führen, wenn General Eanes Präsident bleibt. Im kommenden Jahr finden die Präsidentschaftswahlen statt. Die Amtszeit des Präsidenten ist fünf Jahre.

Die 1976 verabschiedete Verfassung Portugals räumt dem Präsidenten viele Rechte ein, die das Parlament einschränken. Der Präsident hat ein Vetorecht gegen vom Parlament verabschiedete Gesetze, er kann das Parlament auflösen, und der Ministerpräsident ist ihm, wie auch dem Parlament, verantwortlich. Diese Rechte des Präsidenten stehen dem Regierungsprogramm Sá Carneiros entgegen, denn Eanes hat im Wahlkampf die Sozialdemokraten unterstützt.

Die kommende Legislaturperiode ist die erste, in der es nach der Verfassung erlaubt ist, diese zu ändern – ein Ziel, das Sá Carneiro schon 1976 verfolgt hat. Nur aufgrund der Massenbewegung, die es zu fesseln galt, konnte die PPD damals zur Zustimmung zur Verfassung bewegt werden. Die Verfassung enthält eine Reihe von Rechten, die die Arbeiterklasse erkämpfen konnte. So das Recht auf Streik und Demonstrationen. Die Aussperrung ist in der Verfassung verboten. Als Verfassungsgrundsätze sind die ,,Machtausübung durch die Arbeiter" und die ,,Vergesellschaftung der Produktionsmittel" festgehalten. Gegenüber dem Kapitalexport der imperialistischen Länder nach Portugal gibt es einschränkende Bestimmungen in der Verfassung.

Diesen Rechten will Sá Carneiro zu Leibe. Die Verfassung kann aber nur durch eine ⅔ Mehrheit des Parlaments, die er nicht hat, geändert werden. Das zu umgehen steht der Präsidentschaftskandidat bereit, der schon erklärt hat, er würde ersatzweise eine Volksabstimmung billigen. Hinter dem Schlag gegen die Arbeiter und Bauern Portugals, die mit Streiks und Landbesetzungen für ihre Rechte kämpfen, steht der Druck der westlichen Imperialisten.

Portugal ist mit 75,6 Mrd. Esc. (ca. 2,7 Mrd. DM) bei ausländischen Banken verschuldet. Davon entfallen allein 1,1 Mrd. DM auf die BRD als Gläubiger. Die westdeutschen Direktinvestitionen in Portugal lagen im Juni 1979 bei 456 Mio. DM.

Mit der Verfassungsänderung und der von der Regierung erklärten Absicht, die Enteignungen von 1974 zu entschädigen, sehen die Imperialisten guten Zeiten entgegen. Schon im Juli sondierte Carstens die Möglichkeiten, ein Investitionsschutzabkommen abzuschließen. Nachdem sich die Stabilisierung der Regierung Sá Carneiro gezeigt hat, wird der Abschluß bald erfolgen können, läßt die Presse verlauten. Die EG hat das schon mit einem Überbrückungskredit von 275 Mio. ERE bis zum Beitritt Portugals honoriert.

Der Wahlkampf für die Präsidentenwahlen, die am 7. Dezember ihren ersten Wahlgang durchlaufen, beginnt jetzt. Trotz der Wahl Sá Carneiros und den Beschränkungen der Regierung für die Lohnbewegung, streiken seit dem 8.10. die Lokomotivführer für bessere Arbeitsbedingungen.

Der neue Fünfjahresplan der Regierung Barre

,,Eine international konkurrenzfähige Industrie auf Grundlage der Zukunftstechnologie"

gen die Landbesetzungen im Alentejo, dem ländlichen Süden, vor. Gleichzeitig ist es der Regierung unter Soares nicht gelungen, Portugals wirtschaftliche Schwierigkeiten auch nur zu verringern, während die Regierung Sá Carneiros mit gesetzlicher Beschränkung der Lohnerhöhungen, gewaltiger Steigerung der Lebenshaltungskosten (25% 1979), Abwertung und Öffnung für den Kapitalexport immerhin das Leistungsbilanzdefizit senken konnte.

Schon während des Wahlkampfes hatte Sá Carneiro angekündigt, er werde nicht bereit sein, weiter die Regierung zu führen, wenn General Eanes Präsident bleibt. Im kommenden Jahr finden die Präsidentschaftswahlen statt. Die Amtszeit des Präsidenten ist fünf Jahre.

Die 1976 verabschiedete Verfassung Portugals räumt dem Präsidenten viele Rechte ein, die das Parlament einschränken. Der Präsident hat ein Vetorecht gegen vom Parlament verabschiedete Gesetze, er kann das Parlament auflösen, und der Ministerpräsident ist ihm, wie auch dem Parlament, verantwortlich. Diese Rechte des Präsidenten stehen dem Regierungsprogramm Sá Carneiros entgegen, denn Eanes hat im

rialisten.

Portugal ist mit 75,6 Mrd. Esc. (ca. 2,7 Mrd. DM) bei ausländischen Banken verschuldet. Davon entfallen allein 1,1 Mrd. DM auf die BRD als Gläubiger. Die westdeutschen Direktinvestitionen in Portugal lagen im Juni 1979 bei 456 Mio. DM.

Mit der Verfassungsänderung und der von der Regierung erklärten Absicht, die Enteignungen von 1974 zu entschädigen, sehen die Imperialisten guten Zeiten entgegen. Schon im Juli sondierte Carstens die Möglichkeiten, ein Investitionsschutzabkommen abzuschließen. Nachdem sich die Stabilisierung der Regierung Sá Carneiro gezeigt hat, wird der Abschluß bald erfolgen können, läßt die Presse verlauten. Die EG hat das schon mit einem Überbrückungskredit von 275 Mio. ERE bis zum Beitritt Portugals honoriert.

Der Wahlkampf für die Präsidentenwahlen, die am 7. Dezember ihren ersten Wahlgang durchlaufen, beginnt jetzt. Trotz der Wahl Sá Carneiros und den Beschränkungen der Regierung für die Lohnbewegung, streiken seit dem 8.10. die Lokomotivführer für bessere Arbeitsbedingungen.

Der neue Fünfjahresplan der Regierung Barre

,,Eine international konkurrenzfähige Industrie auf Grundlage der Zukunftstechnologie"

hth.Paris. ,,Zum ersten Mal seit einer Generation glauben viele Franzosen, daß die nächsten Jahre härter werden als die vergangenen. Sie haben recht." So hat der französische Premierminister Barre den ersten Wirtschaftsplan (1981) seiner Regierung vorgestellt.

Er ist darauf abgestellt, Frankreichs Position in der internationalen Konkurrenz einen ,,entscheidenden Durchbruch" zu verschaffen und eine offene Kampfansage an die Arbeiterbewegung. Die wichtigsten Punkte sind:

1. ,,Eine internationale Industrie auf Grundlage der Zukunftstechnologie entwickeln".

Über hundert Milliarden Francs aus Steuergeldern sollen allein in folgenden Schlüsselindustrien als direkte staatliche Investitionen oder Subventionen fließen: Fernmeldewesen, Informatik, Mikroelektronik, Raumforschung, Meeresindustrien und Atomtechnologie. Zusätzlich werden 25 Mrd. Francs als ,,allgemeine Investitionsanreize" zur Verfügung gestellt, um die Umwälzung der technischen Zusammensetzung des Kapitals und die Intensivierung der Arbeit zu fördern.

Gezielt soll dabei der Monopolisierungsprozeß unterstützt werden, der weniger fortgeschritten ist als der der deutschen oder der amerikanischen Konkurrenten: ,,Wir müssen die Stärksten stärken."

2. Die ,,technologische Lücke" gegenüber den Konkurrenten soll geschlossen werden, die staatlichen Forschungsausgaben von derzeit 1,8% auf 2,5% des Bruttosozialprodukts gesteigert werden.

In diesem Zusammenhang hat Barre vorgeschlagen, die französischen Universitäten nach amerikanischem Vorbild zu reprivatisieren, um sie dann unter anderem in der Forschung um staatliche Subventionen konkurrieren zu lassen.

3. Die Mehrwertmasse soll gesteigert werden.

Dazu empfiehlt der Plan, die Löhne zu ,,überprüfen, um das Gleichgewicht zu den Unternehmergewinnen wiederherzustellen". Die Sozialversicherungsbeiträge der Kapitalisten sollen entweder aus erhöhten indirekten Steuern oder einseitiger Anhebung der Arbeiteranteile gedeckt werden. Jede gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit wird strikt abgelehnt. ,,Sie ist unvereinbar mit den großen Anstrengungen, die die Gemeinschaft in den nächsten Jahren aufbringen muß." Den Tarifparteien wird eine Reduzierung von höchstens einer halben Stunde pro Jahr bei gleichbleibendem Urlaub empfohlen, wobei auch hier schon vor ,,schweren volkswirtschaftlichen Gefahren" gewarnt wird. Gleichzeitig soll die Teilzeitarbeit insbesondere von Frauen steuerlich begünstigt werden. Dieser ganze Programmpunkt läuft unter ,,Vollbeschäftigung".

4. ,,Die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten abbauen."

Bis 1969 soll nur noch 30% des Energiebedarfs aus Erdöl gedeckt werden. (Heute sind es 56%) Durch beschleunigten Ausbau der Atomindustrie soll bis 1990 30% des Energiebedarfs daraus gedeckt werden.

5. ,,Das Landwirtschafts- und Lebensmittelpotential entwickeln".

Hierin sieht die französische Regierung ,,das grüne Erdöl Frankreichs". Dabei ,,gilt es, die Grenzen der EWG zu erkennen", sich auf die Eroberung von Weltmarktanteilen außerhalb der EG zu konzentrieren. Zu diesem Zweck soll eine ,,Flurbereinigung" stattfinden, die bis 1985 2,3 Mio. zusätzliche Hektar erfassen soll (gegenüber bisher 1,7 Mio. ha). Zur wesentlich dadurch bewirkten Konzentration des Grundbesitzes sollen zusätzliche Ausbildungsplätze kommen, die die Anwendung kapitalistischer Ausbeutungsmethoden in der Landwirtschaft sichern sollen.

Bei der Durchsetzung dieses Programms setzen Barre und die französische Bourgeoisie auf die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die industrielle Reservearmee. Auf über zwei Millionen soll sie bis 1985 anschwellen. Beide große Gewerkschaften, CGT und CFDT, haben den Plan abgelehnt, nachdem sie – erstmals in der französischen Geschichte – bis zum letzten Augenblick an seiner Ausarbeitung beteiligt waren. Die Sozialistische Partei hat ihn wie auch die Gaullisten als ,,zu allgemein" abgelehnt. Die KPF sieht in ihm ,,eine Verkümmerung der nationalen Industrie" treu ihrer Linie: ,,Laßt uns französisch produzieren."

Schaffleisch gegen Airbus
Ein schmutziges Geschäft

ch Sydney. Die EG-Landwirtschaftskommission hat den Forderungen Australiens bezüglich der Schaffleischregelungen nachgegeben. Mitte August hatte Australien gedroht, die Aufträge über 3 der 4 für die Flugesellschaft TAA vorgesehenen Airbusse zu annullieren, wenn der Export von Schaffleisch in die EG nicht gesichert und die Gefährdung von dritten Märkten durch die EG-Konkurrenz nicht verhindert werde. Wen wundert es, daß die EG-Kommission die Interessen der irischen und französischen Bauern den Geschäften der australischen Siedler opfert, wenn es um die Profite der Airbus-Industrie geht, allen voran Aerospatiale Frankreich und MBB und VFW-Fokker, BRD. Das Abkommen sieht vor, daß Australien 17500 Tonnen Schaffleisch in die EG exportieren darf (ca. 8,[illegible]% seines Gesamtexports an Schaffleisch). Der Importzoll wird von 20 auf [illegible]0% gesenkt. Weiterhin verpflichtet sich die EG, die Märkte Australiens für Schaffleisch zu respektieren und sich bezüglich Umfang und Region auf den bisherigen Schaffleischexport zu beschränken (6000 Tonnen, hauptsächlich nach Nordafrika und Skandinavien). Subventionen an die Bauern müssen entsprechend ausgerichtet werden. Weitere Exporteinschränkungen für die EG sollen in einer Sonderklausel geheim gehalten werden, um die französische Regierung nicht vor den französichen Bauern bloßzustellen.

Neues Kaffeeabkommen geschlossen

hew. Die Staaten der Internationalen Kaffeeorganisation (ICO) haben sich vor einer Woche über die neue Regelung für die Preise geeinigt. Während der Verhandlungen hatten die Imperialisten als Hauptkäufer die Preise gedrückt, um die Produzentenländer zu erpressen. Sie forderten 120 cents als Höchstpreis für ein englisches Pfund. Die produzierenden Länder dagegen Richtpreise legen fest, ab wann, nach einem Stufenplan bei sinkenden Preisen, Kaffee zurückgehalten wird. Pro Stufe werden nach dem neuen Abkommen 1,4 Mio. Sack (je 60 kg) zurückgehalten bzw. zusätzlich auf den Markt gebracht. Die Preise sind auf 115 – 155 cents pro Pfund festgelegt worden.

Lagerung für Atommüll ungeklärt

hew. In den nächsten fünf Jahren werden 100000 Kubikmeter Atommüll anfallen. Pro Jahr etwa 20000 (1979:

werden, um die französische Regierung nicht vor den französichen Bauern bloßzustellen.

Neues Kaffeeabkommen geschlossen

hew. Die Staaten der Internationalen Kaffeeorganisation (ICO) haben sich vor einer Woche über die neue Regelung für die Preise geeinigt. Während der Verhandlungen hatten die Imperialisten als Hauptkäufer die Preise gedrückt, um die Produzentenländer zu erpressen. Sie forderten 120 cents als Höchstpreis für ein englisches Pfund. Die produzierenden Länder dagegen Richtpreise legen fest, ab wann, nach einem Stufenplan bei sinkenden Preisen, Kaffee zurückgehalten wird. Pro Stufe werden nach dem neuen Abkommen 1,4 Mio. Sack (je 60 kg) zurückgehalten bzw. zusätzlich auf den Markt gebracht. Die Preise sind auf 115 – 155 cents pro Pfund festgelegt worden.

Lagerung für Atommüll ungeklärt

hew. In den nächsten fünf Jahren werden 100000 Kubikmeter Atommüll anfallen. Pro Jahr etwa 20000 (1979: 18934 m³) sollen „provisorisch" in überirdischen Lagerhallen untergebracht werden. Etwa 60% der Abfälle sind flüssig. Damit kommt zu den schon bisher ständig in Lagerhallen stehenden hochradioaktiven Abfällen knapp die zehnfache Menge hinzu. Das Salzbergwerk Asse, in dem die Abfälle bisher gelagert wurden, ist voll. Mit dieser Abfallbeseitigung will sich die Bundesregierung im Verein mit den Landessammelstellen die Argumente für die geplanten Wiederaufbereitungsanlagen selbst schaffen.

Nikaragua: Fischerstreik gegen kubanische „Experten"

gek. Die Regierung Nicaraguas hat Anfang Oktober in der Hafenstadt Bluefield Militär eingesetzt und auch schießen lassen, um Streiks und Demonstrationen zu zerschlagen, die sich gegen die Einmischung kubanischer „Fachleute" auf allen Gebieten richteten. Der Auslöser war der Streik der Fischer von Bluefield. Diese wehren sich dagegen, daß unter kubanischer Regie die 4 Fischereigenossenschaften am Ort in Staatsbetriebe und sie selbst in Lohnarbeiter verwandelt werden sollen. Hatten sie bisher, je nach Fangmenge, ihre Fische in der Genossenschaft abgeliefert und waren entsprechend bezahlt worden, sollen sie jetzt zu einem sehr niedrigen Einheitslohn bei ihrer eigenen Genossenschaft angestellt werden. Der Streik der Fischer mündete in einen zweitägigen Generalstreik in der ganzen Stadt. Forderungen nach freien Gewerkschaften und Schutz des kleinen Privateigentums wurden ebenfalls erhoben, sowie nach dem Rückzug der kubanischen Berater bei Armee und Polizei.

Weinlese 1980: Die Aussichten sind nicht günstig

mar. Das Mosel-Saar-Ruwer-Gebiet ist eines der nördlichst gelegenen Weinbaugebiete Europas. Gute Weine können nur an den Hängen des Moseltals, wo die Sonneneinwirkung überdurchschnittlich hoch ist, erzielt werden. In der Quantität bleiben die Erträge, aufgrund der geringen und stark parzellierten Anbaufläche, hinter den anderen europäischen Weinbaugebieten zurück. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt an der Mosel bei 1,5 ha, im Rheingau z.B. schon über 2 ha. Der weitaus größte Teil der Moselwinzer ist zur Lohnarbeit gezwungen. Die Arbeit auf dem Wingert ist äußerst intensiv und mühselig. Maschinen können aufgrund der Steillage kaum eingesetzt werden, die meiste Arbeit muß von Hand gemacht werden.



Am 1. Oktober hat die erste Weinlese begonnen. Mit dem „Müller-Thurgau" wurde eine Weinsorte geerntet, die neben dem Riesling, der erst im November geerntet wird, bestimmend ist für das Mosel-Saar-Ruwer-Gebiet. Die Ernteaussichten sind äußerst ungünstig. Vorausgegangen waren bereits zwei schlechte Jahre, in denen die Winzer Millionenverluste hinehmen mußten. Die Keller mit den Weinbeständen der letzten Jahre sind weitgehend geräumt, einige Restbestände gibt es noch bei den Winzergenossenschaften und den etwa 10 großen Weingütern.

Die schlechte Ernte ist vor allem auf die ungünstige Witterung zurückzuführen, wo es in der Hauptreifezeit (Juli/August) hauptsächlich regnete, was dazu führte, daß sich die Blüte sowie Frucht überhaupt nicht entwickeln konnten, die sich herausbildenden Trauben frühzeitig schimmelten und abfielen. Die nachfolgende Sonnenperiode konnte die Ernte nicht mehr retten, weil nun die Trauben nicht genügend Saft erzeugen konnten. Nach Schätzungen sollen nur etwa 50% der normalen Lese eingebracht werden. Nach Ergebnissen, die nach der ersten Lese vorliegen, sind es aber nur um 20%. Ein Winzer an der Mosel hat z.B. gerade 1300 l Müller-Thurgau gegenüber 9000 l in einem normalen Jahr geerntet.

Gleichzeitig ist in einem Teil der Weinlagen die Qualität der Ernte gleichfalls nicht gut. So haben viele Moste einen zu hohen Säuregehalt und zu geringes Mostgewicht (natürlicher Mindestalkoholgehalt), im Durchschnitt liegt es etwa 10° unter den normalen Werten. Das Mostgewicht entscheidet darüber, welche Qualitätsstufe ein Wein erreichen kann – nach dem Deutschen Weingesetz: Tafelwein, Qualitätswein und Prädikatswein – und damit, welcher Preis erzielt werden kann. Für den Tafelwein erzielt man um 2 DM, für eine guten Prädikatswein um 5 DM je Flasche. Die Kosten für den Arbeitsaufwand im Familienbetrieb belaufen sich demgegenüber im Durchschnitt auf 4,70 DM (Preise von 1976, Quelle: Weinwirtschaft in der BRD) auf den Liter Wein. Aus diesem Grund wollen viele Winzer ihre Weine selbst vermarkten (was die großen Weingüter sowieso machen), weil sie dann den Marktpreis erreichen können, der z.B. bei Prädikatsweinen etwa den Erzeugerpreis deckt. Verkaufen sie dagegen den Most an Weinkellereien bleiben die Preise pro Liter um 1 bis 1,70 DM.

Der rheinland-pfälzische Landwirtschaftsminister Meyer hat sich angesichts der Lage der Winzer für eine Herabsetzung des Mindestmostgewichtes für die verschiedenen Qualitätsstufen ausgesprochen. Nur kurzfristig ist den Winzern damit wenig gedient. Noch diese Woche müssen die Winzer ihre Weine bei der Prüfstelle anmelden, die die Qualitätsstufe prüft, weshalb sie dieses Jahr dann sowieso in schlechterer Qualität verkaufen müssen. Gleichzeitig hat die Landesregierung verschärfte Qualitätskontrolle angekündigt. Notwendig wäre, daß ein Erzeugerpreis durchgesetzt wird, der schon beim Mostverkauf die Erzeugerkosten deckt. Des weiteren hatten im letzten Jahr die Winzer für Ernteausfall bei Frostschäden Ausgleichungen gefordert.

Die Bauern brauchen eine Versicherung wie die Arbeiter

Landwirtschaftliche Sozialversicherung seit Einführung für die „Strukturpolitik" mißbraucht

frb. 1957 wurde die Altershilfe für Landwirte eingeführt mit einem Bargeldzuschuß zum Altenteil, 1972 wurden die Bauern in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen. In der *Landwirtschaftlichen Altershilfe* sind heute alle Landwirte ohne Rücksicht auf Einkommen und Hofgröße versichert; mit Ausnahme einer unteren Grenze, die die Nebenerwerbslandwirte ausnehmen soll. Bauern, die lohnabhängig und damit in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig geworden sind, können aus der Altershilfe ausscheiden. In der *Krankenversicherung* sind land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, die ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft bestreiten, versicherungspflichtig. Sind sie gleichartig privat versichert und übersteigt der Einheitswert ihres Unternehmens 45000 DM,

ziehen. Seine Höhe richtet sich nach dem entsprechenden Zuschuß in der Rentenversicherung.

Mithin, der größte Teil der Bauern ist heute in die gesetzliche Sozialversicherung einbezogen. Es drückt sich darin aus, wie sehr sich die gesellschaftliche Stellung des Bauern der des Arbeiters angeglichen hat, der zuerst eine allgemeine Versicherung für Krankheit und Alter erkämpft hat. Wird der Kapitalist krank oder alt, so fließt ihm unbeeinflußt davon aus seinem Besitz an den Produktionsmitteln weiter Profit zu. Nur formell ist auch der Bauer Besitzer seiner Produktionsmittel; kann er nicht arbeiten, so hat er kein Einkommen. Daher braucht er eine Versicherung.

Drückt sich in der Pflichtversicherung die geänderte Stellung des Bauern

In der *Landwirtschaftlichen Altershilfe* wird in der Regel Altersgeld und vorzeitiges Altersgeld bei Erwerbsunfähigkeit sowie Waisengeld gezahlt. Voraussetzung ist Erreichen der Altersgrenze (bzw. Erwerbsunfähigkeit), Erfüllung der Wartezeit (180 Monate) sowie endgültige Abgabe des Hofes. Der Zwang zur Hofabgabe bestand bislang auch für Witwen und wurde erst in diesem Jahr mit dem Zweiten Agrarsozialen Ergänzungsgesetz etwas abgemildert, ohne daß die Forderungen des Bauernverbandes voll erfüllt wurden. Die Höhe des Altersgeldes unterscheidet sich danach, ob der Bezieher verheiratet ist oder nicht. Der Grundbetrag beträgt 1980 432,70 DM für Verheiratete und 288,70 DM für Unverheiratete. Für jedes Beitragsjahr über die Wartezeit hinaus erhöht sich das Altersgeld um 3%. Dies entspricht einer

175 DM für Verheiratete und 115 DM für Unverheiratete über dem Grundbetrag des Altersgeldes. 1980 beträgt sie 607,70 DM bzw. 403,70 DM. Die Altersgrenze liegt bei 60 Jahren, die Wartezeit ist auf 5 Jahre festgesetzt. Voraussetzung ist ferner, daß der Betrieb nach den EG-Richtlinien von Investitionshilfen ausgeschlossen ist und der Hof verkauft wird.

Seit 1971 schließlich wird Bauern, die ihre Arbeitskraft hinfort an einen Kaptialisten verkaufen, ein *Zuschuß bei der Nachentrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen* gewährt. Er beträgt 70% der nachzuentrichtenden Beiträge. Zuschuß und Landabgaberente schließen sich gegenseitig aus.

Die Bundesregierung rühmt sich im

und den etwa 10 großen Weingütern.

Die schlechte Ernte ist vor allem auf die ungünstige Witterung zurückzuführen, wo es in der Hauptreifezeit (Juli/August) hauptsächlich regnete, was dazu führte, daß sich die Blüte so-

Schätzungen sollen nur etwa 50% der normalen Lese eingebracht werden. Nach Ergebnissen, die nach der ersten Lese vorliegen, sind es aber nur um 20%. Ein Winzer an der Mosel hat z.B. gerade 1300 l Müller-Thurgau ge-

Mindestalkoholgehalt), im Durchschnitt liegt es etwa 10° unter den normalen Werten. Das Mostgewicht entscheidet darüber, welche Qualitätsstufe ein Wein erreichen kann – nach dem Deutschen Weingesetz: Tafel-

Erzeugerpreis durchgesetzt wird, der schon beim Mostverkauf die Erzeugerkosten deckt. Des weiteren hatten im letzten Jahr die Winzer für Ernteausfall bei Frostschäden Ausgleichungen gefordert.

Die Bauern brauchen eine Versicherung wie die Arbeiter

Landwirtschaftliche Sozialversicherung seit Einführung für die „Strukturpolitik" mißbraucht

frb. 1957 wurde die Altershilfe für Landwirte eingeführt mit einem Bargeldzuschuß zum Altenteil, 1972 wurden die Bauern in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen. In der *Landwirtschaftlichen Altershilfe* sind heute alle Landwirte ohne Rücksicht auf Einkommen und Hofgröße versichert; mit Ausnahme einer unteren Grenze, die die Nebenerwerbslandwirte ausnehmen soll. Bauern, die lohnabhängig und damit in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig geworden sind, können aus der Altershilfe ausscheiden. In der *Krankenversicherung* sind land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, die ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft bestreiten, versicherungspflichtig. Sind sie gleichartig privat versichert und übersteigt der Einheitswert ihres Unternehmens 45000 DM, so können sie von dieser Versicherungspflicht befreit werden. Die Altershilfe zählt 1979 660000 Beitragszahler, die Krankenversicherung der Landwirte zählt 877000 Mitglieder, davon ca. 360000 Altenteiler. Landwirte, die privat krankenversichert waren, können bei der zuständigen landwirtschaftlichen Krankenkasse einen Zuschuß zu ihrem Versicherungsbeitrag beantragen, sobald sie Altersgeld be-

ziehen. Seine Höhe richtet sich nach dem entsprechenden Zuschuß in der Rentenversicherung.

Mithin, der größte Teil der Bauern ist heute in die gesetzliche Sozialversicherung einbezogen. Es drückt sich darin aus, wie sehr sich die gesellschaftliche Stellung des Bauern der des Arbeiters angeglichen hat, der zuerst eine allgemeine Versicherung für Krankheit und Alter erkämpft hat. Wird der Kapitalist krank oder alt, so fließt ihm unbeeinflußt davon aus seinem Besitz an den Produktionsmitteln weiter Profit zu. Nur formell ist auch der Bauer Besitzer seiner Produktionsmittel; kann er nicht arbeiten, so hat er kein Einkommen. Daher braucht er eine Versicherung.

Drückt sich in der Pflichtversicherung die geänderte Stellung des Bauern aus, so ging seine Einbeziehung in die Versicherung immer auch einher mit einer Beschleunigung seiner Enteignung. Sie war eine „strukturpolitische Maßnahme". Die Versicherung hat einerseits Funktionen übernommen, die früher von der bäuerlichen Großfamilie wahrgenommen worden waren, wie auch die Versicherungsbeiträge die kleineren Bauern überproportional belasten.

In der *Landwirtschaftlichen Altershilfe* wird in der Regel Altersgeld und vorzeitiges Altersgeld bei Erwerbsunfähigkeit sowie Waisengeld gezahlt. Voraussetzung ist Erreichen der Altersgrenze (bzw. Erwerbsunfähigkeit), Erfüllung der Wartezeit (180 Monate) sowie endgültige Abgabe des Hofes. Der Zwang zur Hofabgabe bestand bislang auch für Witwen und wurde erst in diesem Jahr mit dem Zweiten Agrarsozialen Ergänzungsgesetz etwas abgemildert, ohne daß die Forderungen des Bauernverbandes voll erfüllt wurden. Die Höhe des Altersgeldes unterscheidet sich danach, ob der Bezieher verheiratet ist oder nicht. Der Grundbetrag beträgt 1980 432,70 DM für Verheiratete und 288,70 DM für Unverheiratete. Für jedes Beitragsjahr über die Wartezeit hinaus erhöht sich das Altersgeld um 3%. Dies entspricht einer Steigerung in der Rentenversicherung, wenn der angerechnete Lohn die Hälfte des Durchschnittslohnes erreicht. So beträgt das Altersgeld des Bauern nach 23 Beitragsjahren 536,60 bzw. 358,00 DM. Grundversorgung nennt sich dies. Seit 1972 ist das Altersgeld um 80,3% erhöht worden, das Rentenniveau erhöhte sich in dieser Zeit um 90,7%.

1969 wurde das Altersgeld ergänzt durch die *Landabgaberente.* Sie liegt

175 DM für Verheiratete und 115 DM für Unverheiratete über dem Grundbetrag des Altersgeldes. 1980 beträgt sie 607,70 DM bzw. 403,70 DM. Die Altersgrenze liegt bei 60 Jahren, die Wartezeit ist auf 5 Jahre festgesetzt. Voraussetzung ist ferner, daß der Betrieb nach den EG-Richtlinien von Investitionshilfen ausgeschlossen ist und der Hof verkauft wird.

Seit 1971 schließlich wird Bauern, die ihre Arbeitskraft hinfort an einen Kaptialisten verkaufen, ein *Zuschuß bei der Nachentrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen* gewährt. Er beträgt 70% der nachzuentrichtenden Beiträge. Zuschuß und Landabgaberente schließen sich gegenseitig aus.

Die Bundesregierung rühmt sich im Sozialbericht '80, daß es mit Nachhilfe dieser drei flankierenden Maßnahmen gelungen sei, in der BRD das niedrigste Durchschnittsalter der Bauern zu erreichen. Allesamt erleichtern sie Hofaufgabe und Freisetzung des Landes zur Eingliederung in größere Betriebe. Den 660000 Beitragszahlern in der Altershilfe stehen 559000 Empfänger von Altersgeld gegenüber. Ein Teil der Kosten muß daher aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden. 1979 waren dies 1,9 Mrd. DM oder knapp 80% der Ausgaben. Die Landabgaberente und der Zuschuß für die Beitragsnachentrichtung werden aus Bundesmitteln finanziert, erstere 1979 mit 207 Mio. DM. Der Pflichtbeitrag für die Bauern für die Alterskasse beträgt 70,10 DM im Monat.

Drückender als der Beitrag zur Altershilfe ist der Beitrag zu den landwirtschaftlichen Krankenkassen. Die Kosten müssen vollständig von den versicherten Landwirten aufgebracht werden. Im Durchschnitt waren es 1979 im Monat 177 DM. Der jeweilige Betrag unterscheidet sich stark nach Kasse und nach Beitragsklassen, die nach dem Flächenwert gestaffelt sind. Die Beiträge sind so gestaffelt, daß die relative Belastung mit zunehmender Betriebsgröße stark zurückgeht. Nach einer Erhebung der Agrarsozialen Gesellschaft in Göttingen für das Jahr 1976 zahlen die am höchsten belasteten Betriebe (oberes Viertel) 34% ihres Standardbetriebseinkommens für die gesetzliche Sicherung (Altersgeld, Kranken- und Unfallversicherung), die am wenigsten belasteten 8,2%. Erstere haben eine Durchschnittsfläche von 11,6 ha, letztere von 35,6 ha. Altenteilzahlungen und verfügbares Einkommen werden für kleine Betriebe unerträglich eingeschränkt, die „Strukturpolitik" beschleunigt.





Bauern mit kleinem Betrieb können wegen der Versicherungsbeiträge wenig oder keinen Altenteil zahlen. – Meist noch schwerwiegender als für den Arbeiter ist Krankheit für den Bauern. Die Kasse muß eine Betriebshilfe zahlen, längstens 3 Monate.

Warnstreiks der DPG

Gscheidle zurückgepfiffen / Baums Taktik wird nicht aufgehen

wig. Bei den Aktionen der Deutschen Post Gewerkschaft steht die Forderung nach 1½facher Anrechnung der Arbeitszeit im Nacht- und Schichtdienst im Mittelpunkt, die in den meisten Fällen auf eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 10 Stunden hinausläuft. Der Bundespostminister hatte in einer Untersuchung über die Nacht- und Schichtarbeit bei der Post zugestehen müssen, daß die Schichtarbeitszeit und die -bedingungen die Gesundheit der Beschäftigten ruinieren. Das Ministerium erklärte sich zu einer Lösung in Richtung der Forderung der DPG bereit: 110%ige Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst, was in der Regel eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 2 Stunden bedeuten würde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Nacht- und Schichtarbeiter bei der Post hätte für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst Auswirkungen und würde die Position der übrigen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst z. B. der ÖTV bei den gegenwärtig stattfindenden Manteltarifverhandlungen verbessern. Aus diesen Gründen hat das Bundeskabinett unter Federführung von Baum das Postministerium zurückgepfiffen. Die Verhandlungen wurden hinausgezögert und hinter die Bundestagswahlen verschoben. Nachdem die DPG daraufhin den Vertrag über die Arbeitszeit kündigte, legte Gscheidle zunächst überhaupt kein Angebot mehr vor und bot schließlich einige wenige Freischichten im Jahr, nämlich 1 pro 240 Nachtarbeitsstunden, 3 Freischichten pro Kalenderjahr bei Wechselschichtarbeit einschließlich der Wochenenden. Diese Regelungen bringen für die Masse der Beschäftigten im Schichtdienst, da sie nicht durchgängig an Wochenenden und nachts arbeiten überhaupt nichts. Die Teilzeitarbeiter sind ganz ausgeschlossen. Die DPG hat dieses Angebot abgelehnt und die Warnstreiks eingeleitet. Am 13. Oktober beginnt der Gewerkschaftstag der DPG. Gscheidle und Schmidt haben dort die Möglichkeit auf die Forderungen der DPG einzugehen. Beharren sie auf dem Kabinettsbeschluß, will die DPG weitere Kampfmaßnahmen beschließen. Urabstimmung und Streik werden von vielen Bezirken der DPG gefordert.

Eine Regelung für die Beschäftigten im Schichtdienst sei nur für den öffentlichen Dienst insgesamt möglich, hat das Bundespostministerium zu den Warnstreiks verlauten lassen. Baum will die Verhandlungen über die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen im Schichtdienst in die Lohn- und Gehaltsverhandlungen 1981 ziehen. Er will Lohn und Arbeitszeit gegeneinander ausspielen und zwischen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, insbesondere zwischen die DPG und die ÖTV einen Keil treiben, wobei er den unterschiedlichen Stand der Verhandlungen mit der DPG und ÖTV nutzen will. Sicher betreffen die Forderungen zum Schichtdienst nicht nur die Beschäftigten bei der Post und sicher ist es günstig, wenn DPG, ÖTV und GdED gemeinsam gegen den Dienstherren kämpfen. Das ist aber auch bei unterschiedlichen Verhandlungsterminen möglich. Baum wird sich noch wundern, wenn er meint, er könne die DPG, gestützt auf die Manteltarifverhandlungen mit der ÖTV kleinkriegen, wo der Vertrag noch nicht gekündigt ist und Verhandlungstermine bis ins nächste Jahr hinein vereinbart sind. Die Beschäftigten beim Bund, den Ländern, den Gemeinden und bei der Bahn, die ÖTV und die GdED wissen, daß die Kampfbedingungen sich erheblich verbessern, wenn die DPG eine Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Forderung nach 1½facher Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst durchsetzt.



Grubenunglück im Saarland

Saarberg-AG trifft keine Sicherheitsvorkehrungen gegen hohe Gaskonzentration

chb. Am 16.9.80 ereignete sich in der Grube Warndt bei Völklingen/Saar eine Grubenexplosion. In 850 m Tiefe wurden 29 Bergleute verletzt, fast alle erlitten z.T. erhebliche Verbrennungen, zwei Bergleute starben, einer erst nach 14tägigem Todeskampf. Drei Tage wurde die gesamte Förderung eingestellt, bis der entstandene Brand gelöscht und der Unglücksstreb 8-51 abgedichtet war. Auf absehbare Zeit wird hier keine Förderung mehr möglich sein.

Sind die Ursachen dieses Unglücks, wie der Vorstand der Saarbergwerke und ein Untersuchungsausschuß behauptet, „unerklärlich", oder hat nicht tatsächlich die Saarberg-AG gute Gründe, hier „höhere Gewalt" zu konstatieren? Schließlich berechtigt sie dies nach dem geltenden Tarifvertrag, für die ausgefallenen Schichten keinen Lohn zu zahlen. Großzügig boten die Saarberg-Bonzen der Belegschaft an, die verlorenen Schichten an drei arbeitsfreien Samstagen nachzuholen oder sich diese auf den Jahresurlaub anrechnen zu lassen.

Statt die berechtigte Empörung der Belegschaft aufzugreifen, bedauerte der Betriebsrat, daß es bisher keine tarifliche Regelung für den Ausgleich derartiger Lohnausfälle gibt. Nicht die IG Bergbau, sondern SPD-Landesvorsitzender Lafontaine und Divo, CDU-Landtagsabgeordneter sowie Betriebsratsvorsitzender einer anderen saarländischen Zeche, stellten öffentlich die Forderung nach Beendigung dieses Zustandes. Ihr Ziel ist jedoch in erster Linie, die starke Unzufriedenheit unter den Bergleuten zu kanalisieren bzw. für ihre parteipolitischen Ziele zu benutzen. Wenn die Bergleute aber eine Lösung in ihrem Sinne erzielen wollen, müssen sie ihre Betriebsräte und die IG-Bergbau dazu bringen, ihre berechtigten Forderungen zu vertreten.

Aber noch einmal zur Frage der sogenannten „Höheren Gewalt": In jedem Kohlebergwerk gibt es in den Spalten der Kohlelager Methangas, ein Produkt organischer Zersetzungsprozesse, Ursache von Gasexplosionen, die schon immer eine wesentliche Unglücksursache in Bergwerken darstellten. Allerdings verfügt man heute über Meßgeräte, die mit sehr großer Genauigkeit bereits geringste Konzentration dieses Gases feststellen können. Nach den Sicherheitsbestimmungen im Bergbau ist 1% Methan in der Luft die höchstzulässige Grenze, ab 3% kann bereits eine Verpuffung erfolgen.

Die Grube Warndt ist als besonders methangasreich bekannt. Bis zu dreimal wöchtlich schalteten alle elektrisch betriebenen Geräte im Unglücksstreb als Folge zu hoher Gaskonzentration automatisch ab. Mitunter dauerte es Stunden, bis der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte. Dies führte zur Erteilung einer Sondergenehmigung, nach der der Anteil von Grubengas bis 1,5% betragen darf. Trotzdem schaltete sich die Anlage noch acht Tage vor dem Unglück ab, was bedeutet, daß der Gasgehalt der Luft 1,5% überschritt und gefährliche Werte erreichte. Angeblich zeigten am Unglückstag alle Meßgeräte „normale Werte", obwohl sich die Anlage zum Zeitpunkt des Unglücks selbst abschaltete. Weiterhin ereignete sich kurz nach 15 Uhr nochmals eine Explosion, obwohl nach angaben der Bergwerksleitung die Meßwerte für Methan wieder „normal" gewesen sein sollen.

Aus all dem lassen sich nun drei Schlußfolgerungen ziehen: 1. Das Gas hat sich, entgegen allen Naturgesetzen, früher als nach den Bestimmungen zulässig entzündet. Diese Schlußfolgerung ist absurd, denn es gibt keinen Grund, daß im Warndtschacht andere Naturgesetze als allgemein erwiesen gelten; obwohl die Interpretation des Vergleichs durch Saarberg zu dieser These führt. 2. Die Meßgeräte zeigten fehlerhaft an. Auch dies ist nicht anzunehmen, da sie regelmäßig sowohl von Saarberg und vom Bergamt überprüft werden – zumindest sind Fehler nicht nachweisbar. 3. Die Meßgeräte waren dort angebracht, wo ein zu hoher Methangehalt nicht festgestellt werden konnte. Alle Anzeichen deuten darauf hin. – laut Meßgeräteanzeige hätte ein Gasexplosion nicht stattfinden können, also war das Gas woanders. Diese letzte Möglichkeit bietet tatsächlich die Erklärung, wie Saarberg trotz z.T. zu hoher Gaskonzentration den Abbau aufrecht erhalten konnte.

Diese hohen Methanwerte sind nicht unbedingt ein naturgegebenes Schicksal. Durch eine verbesserte Wetterführung (Frischluftzufuhr) könnte man die Explosiongefahr deutlich senken. Eine Erkenntnis, die auch die Saarberg-AG gemacht hat, denn schon seit einiger Zeit wird ein zusätzlicher Schacht abgeteuft, der die Wetterbedingungen verbessern soll. Weiterhin entstehen, gerade in den Abbaubereichen oft gefährliche Gaskonzentrationen in den bereits abgebauten Sohlen. Da eine Verfüllung der beim Abbau entstehenden Hohlräume sehr kostenaufwendig ist, läßt man diese Hohlräume einfach einstürzen, es bilden sich neue, unzugängliche Hohlräume, in denen sich Gase sammeln können. In der gesamten Grube kann sich so immer mehr Gas sammeln, was überall plötzlich in relativ hoher Konzentration austreten kann.

Um die gesetzten hohen Förderziele (Tagesförderung z.Z. 6700 t, Ziel: 7000 t) zu erreichen, werden die ohnehin schwierigen Arbeitsbedingungen zusammen mit verstärkter Arbeitshetze noch zusätzlich durch bewußt in Kauf genommene Gefährdung der Untertagebelegschaft verschlechtert.

Selbst ein toter oder invalider Bergmann ist von vorneherein in der kaltblütigen Rechnung der Saarbergführung enthalten: täglich mehrere hundert Tonnen Kohle zusätzlich bringen immer noch mehr Profit als die Kosten, die der rapide Anstieg der Arbeitsunfälle verursacht. (1979 - 5 tödliche Unfälle bei Saarberg, bis August 80 bereits zehn Tote.

kein Angebot mehr vor und bot schließlich einige wenige Freischichten im Jahr, nämlich 1 pro 240 Nachtarbeitsstunden, 3 Freischichten pro Kalenderjahr bei Wechselschichtarbeit einschließlich der Wochenenden. Diese Regelungen bringen für die Masse der Beschäftigten im Schichtdienst, da sie nicht durchgängig an Wochenenden und nachts arbeiten überhaupt nichts. Die Teilzeitarbeiter sind ganz ausgeschlossen. Die DPG hat dieses Angebot abgelehnt und die Warnstreiks ein-

handlungen mit der ÖTV kleinkriegen, wo der Vertrag noch nicht gekündigt ist und Verhandlungstermine bis ins nächste Jahr hinein vereinbart sind. Die Beschäftigten beim Bund, den Ländern, den Gemeinden und bei der Bahn, die ÖTV und die GdED wissen, daß die Kampfbedingungen sich erheblich verbessern, wenn die DPG eine Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend der Forderung nach 1½facher Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst durchsetzt.



sitzender Lafontaine und Divo, CDU-Landtagsabgeordneter sowie Betriebsratsvorsitzender einer anderen saarländischen Zeche, stellten öffentlich die Forderung nach Beendigung dieses Zustandes. Ihr Ziel ist jedoch in erster Linie, die starke Unzufriedenheit unter den Bergleuten zu kanalisieren bzw. für ihre parteipolitischen Ziele zu benutzen. Wenn die Bergleute aber eine Lösung in ihrem Sinne erzielen wollen, müssen sie ihre Betriebsräte und die IG-Bergbau dazu bringen, ihre berechtigten Forderungen zu vertreten.

Aber noch einmal zur Frage der sogenannten „Höheren Gewalt": In jedem Kohlebergwerk gibt es in den Spalten der Kohlelager Methangas, ein Produkt organischer Zersetzungsprozesse, Ursache von Gasexplosionen, die schon immer eine wesentliche Unglücksursache in Bergwerken darstellten. Allerdings verfügt man heute über Meßgeräte, die mit sehr großer Genauigkeit bereits geringste Konzentration dieses Gases feststellen können. Nach den Sicherheitsbestimmungen im Bergbau ist 1% Methan in der Luft die höchstzulässige Grenze, ab 3% kann bereits eine Verpuffung erfolgen.

Die Grube Warndt ist als besonders methangasreich bekannt. Bis zu dreimal wöchtlich schalteten alle elektrisch betriebenen Geräte im Unglücksstreb

schritt und gefährliche Werte erreichte. Angeblich zeigten am Unglückstag alle Meßgeräte „normale Werte", obwohl sich die Anlage zum Zeitpunkt des Unglücks selbst abschaltete. Weiterhin ereignete sich kurz nach 15 Uhr nochmals eine Explosion, obwohl nach angaben der Bergwerksleitung die Meßwerte für Methan wieder „normal" gewesen sein sollen.

Aus all dem lassen sich nun drei Schlußfolgerungen ziehen: 1. Das Gas hat sich, entgegen allen Naturgesetzen, früher als nach den Bestimmungen zulässig entzündet. Diese Schlußfolgerung ist absurd, denn es gibt keinen Grund, daß im Warndtschacht andere Naturgesetze als allgemein erwiesen gelten; obwohl die Interpretation des Vergleichs durch Saarberg zu dieser These führt. 2. Die Meßgeräte zeigten fehlerhaft an. Auch dies ist nicht anzunehmen, da sie regelmäßig sowohl von Saarberg und vom Bergamt überprüft werden – zumindest sind Fehler nicht nachweisbar. 3. Die Meßgeräte waren dort angebracht, wo ein zu hoher Methangehalt nicht festgestellt werden konnte. Alle Anzeichen deuten darauf hin. – laut Meßgeräteanzeige hätte ein Gasexplosion nicht stattfinden können, also war das Gas woanders. Diese letzte Möglichkeit bietet tatsächlich die Erklärung, wie Saarberg trotz z.T. zu

Schacht abgeteuft, der die Wetterbedingungen verbessern soll. Weiterhin entstehen, gerade in den Abbaubereichen oft gefährliche Gaskonzentrationen in den bereits abgebauten Sohlen. Da eine Verfüllung der beim Abbau entstehenden Hohlräume sehr kostenaufwendig ist, läßt man diese Hohlräume einfach einstürzen, es bilden sich neue, unzugängliche Hohlräume, in denen sich Gase sammeln können. In der gesamten Grube kann sich so immer mehr Gas sammeln, was überall plötzlich in relativ hoher Konzentration austreten kann.

Um die gesetzten hohen Förderziele (Tagesförderung z.Z. 6700 t, Ziel: 7000 t) zu erreichen, werden die ohnehin schwierigen Arbeitsbedingungen zusammen mit verstärkter Arbeitshetze noch zusätzlich durch bewußt in Kauf genommene Gefährdung der Untertagebelegschaft verschlechtert.

Selbst ein toter oder invalider Bergmann ist von vorneherein in der kaltblütigen Rechnung der Saarbergführung enthalten: täglich mehrere hundert Tonnen Kohle zusätzlich bringen immer noch mehr Profit als die Kosten, die der rapide Anstieg der Arbeitsunfälle verursacht. (1979 - 5 tödliche Unfälle bei Saarberg, bis August 80 bereits zehn Tote.

Harter Tarifkampf 1981 in Dänemark zu erwarten

bag.Aarhus. Die ersten Forderungen für den Tarifkampf in Dänemark im Frühjahr 1981 liegen auf dem Tisch. Der Kapitalistenverband richtete seine Einzelorganisationen auf folgenden Kurs aus: Weg mit den Teuerungszuschlägen (automatische Angleichung des Lohns an die Inflation), Weg mit dem Mindestlohn, Senkung des Anfanglohns für Jugendliche, Einschränkung der Möglichkeiten, in einzelnen Branchen oder Betrieben außertarifliche Lohnerhöhungen zu erkämpfen. – Die Einzelgewerkschaften haben ihre Forderungen ebenfalls beschlossen. Die wichtigsten von ihnen wurden, branchenübergreifend, in einer Resolution von 1300 gewerkschaftlichen Vertrauensleuten auf einer Versammlung in Kopenhagen am 4./5.10. folgendermaßen formuliert: Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden ohne Lohnsenkung und ohne Erhöhung des Arbeitstempos, Garantie und Erhöhung des Mindestlohns (auf 45 Kr./Std.), voller Ausgleich der Preissteigerungen, Erhöhung der Teuerungszuschläge von 0,90 auf 1,80 Kr./Std., im öffentlichen Dienst Inflationsausgleich mit 100 statt wie bisher 75%, Angleichung der besonders stark gefallenen Löhne im öffentlichen Dienst an die Industriearbeiterlöhne, Wiedereinführung des Lohns im ersten Lehrjahr, Anhebung aller Lehrlingslöhne um 5 Kr. pro Stunde, Erweiterung der Möglichkeiten für Lohnerhöhungen zwischen den Tarifverhandlungen, Streikrecht für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, Bewahrung der Tarifautonomie, keine Eingriffe der Regierung in die Lohnkämpfe.

Unterstützung für zimbabwische Gewerkschaften

bag. „Gewerkschaftlich organisierte Metallarbeiter in der ganzen Welt unterstützen nun ihre Kollegen in dem neuen afrikanischen Staat Zimbabwe dabei, ihre Gewerkschaftsarbeit in Gang zu bringen", meldet die letzte Ausgabe der Zeitung des dänischen Metallarbeiterverbandes. Vorläufig wurde ein praktischer Beitrag zur Ausrüstung eines Gewerkschaftsbüros der Metallarbeiter Zimbabwes geleistet. „Wir schickten eine Schreibmaschine und ein Vervielfältigungsgerät. Die Kollegen aus Zimbabwe haben uns mit einem herzlichen Danke geantwortet."

Generalstreik in Italien

ulw. 15 Millionen Arbeiter und Angestellte haben am vergangenen Freitag in Italien die Arbeit für 4 Stunden niedergelegt. Der Generalstreik, zu dem die drei größten Gewerkschaftsverbände aufgerufen hatten, wendete sich gegen die Versuche der Fiat-Kapitalisten, tausende von Beschäftigten auf die Straße zu setzen. Die Auseinandersetzung bei Fiat hatte zum Sturz der Regierung Cossiga geführt. Es ist das erstemal, daß die italienischen Gewerkschaften während einer Regierungskrise einen Generalstreik ausgerufen haben. Vor verschiedenen Fiat-Werken in Turin kam es im Laufe der Woche zu Auseinandersetzungen zwischen den Streikposten und Streikbrechern.

ÖTV gegen Disziplinierung aufgrund des Beamtenrechts

wer. Die Bezirksregierung Hannover hat ihre „Vorermittlungen" gegen fünf Vertrauensleute der Gewerkschaft ÖTV mit Veröffentlichung des „Wesentlichen Ergebnisses" abgeschlossen. Die Vertrauensleute hatten im November des vergangenen Jahres auf einer ÖTV-Vertrauensleuteversammlung beschlossen, in einem Brief an die GEW die Forderung der GEW nach der 40-Stunden-Woche zu unterstützen. In dem Brief wurde der Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Hannover begrüßt, der sich „insbesondere mit der für den 13. November 1979 geplanten zweistündigen demonstrativen Arbeitsniederlegung" der Lehrer in Niedersachsen für die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche solidarisiert. Diese Unterstützung der GEW ist laut Feststellung im „Wesentlichen Ergebnis" ein Dienstvergehen, da es die Treuepflicht gebiete, „nicht in der Öffentlichkeit in dienstlichen Angelegenheiten gegen die öffentlich vertretene Auffassung seines Dienstherrn vorzugehen." Die ÖTV erklärte hierzu, sie werde diesen Angriff mit allen notwendigen gewerkschaftlichen Mitteln beantworten. Am 6. November soll in Hannover eine Veranstaltung der ÖTV mit dem stellvertretenden ÖTV-Vorsitzenden, Siegfried Merten, gegen die Disziplinierungsversuche des Dienstherrn stattfinden.



Nach den faschistischen Terroranschlägen, die in Paris vier Todesopfer gefordert haben: zweistündiger Generalstreik und Demonstrationen, wie hier in Paris, wo sich 150000 beteiligt haben. Gefordert wurde Inhaftierung aller Faschisten und der Rücktritt des Innenministers, der schon seit Jahren die Einstellung von Faschisten in den Polizeiapparat betreibt. Beteiligt haben sich auch Regierungsparteien: „Bonnet, Komplize der Mörder" war dennoch die meistgerufene Parole.

Warnstreik gegen Entlassungen bei Duofrost/AEG

lod. Etwa 1200 Arbeiter der Duofrost Kühl- und Gefriergeräte GmbH in Mainz-Kostheim, das sind ca. 4/5 der Belegschaft der 100%igen AEG-Tochter, legten am Donnerstag für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Sie sperrten die Tore des Betriebes und forderten während der Verhandlungen des Betriebsrates mit dem AEG-Vorstandsvorsitzenden Dürr über die geplanten Entlassungen von 675 Arbeitern in Sprechchören und auf Transparenten die Erhaltung der Arbeitsplätze. Von der AEG-Geschäftsleitung mußte die Beibehaltung des Werks als Produktionsstätte zugestanden werden. Entlassungen sollen in diesem Jahr keine vorgenommen werden, sie wurden im Zuge vorgesehener Rationalisierungsmaßnahmen für unvermeidlich erklärt.





Bild links: Auch im Handwerk wird schon in großem Umfang Maschinerie eingesetzt. *Bild rechts:* Bei der Hamburger Firma Steinway, bekannter Konzertflügelhersteller, wollen die Kapitalisten die Akkordvorgaben kürzen. In einer Wochenendschulung untersuchen die Vertrauensleute, „welche Tücken das Leistungsgradbeurteilen nach den tariflichen Bestimmungen" hat. (HZ, 3/80, S. 9)

35-Stundenwoche trotz Helmut Schmidt

Gewerkschaft Holz und Kunststoff kündigt Manteltarifvertrag (MTN)

ulw. „Wenn wir in diesem Jahrzehnt noch die 35-Stundenwoche erreichen wollen, dann muß der MTN gekündigt werden!" Dieser Auffassung eines Mitgliedes der großen Tarifkommission der GHK für Nordwestdeutschland schloß sich die Mehrheit der Tarifkommission an. Der MTN wurde zum Jahresende gekündigt. Betroffen sind die Arbeiter und Angestellten in der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie und im Tischlerhandwerk in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Zuletzt war der MTN 1974 offen. Damals mußte die GHK einen Streik führen, um ihre Forderungen – hauptsächlich ging es um Verlängerung des Urlaubs und Erhöhung des Urlaubsgeldes – durchzusetzen. Es wurden 108 Betriebe von 7150 Arbeitern und Angestellten bestreikt.

Am 13. September hat die große Tarifkommission für den Manteltarifvertrag die Forderungen beschlossen. Als Schwerpunkte nennt die Holzarbeiter-Zeitung folgende: 1. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich unter 40 Stunden. 2. Schichtzuschläge ab der 2. Schicht und bezahlte Freischichten für Schichtarbeiter. 3. Pflicht des Arbeitgebers zur Erstattung von Mehrarbeitsstunden (einschließlich der Zuschläge) durch bezahlte Freizeit innerhalb von sechs Wochen auf Wunsch des Arbeitnehmers. Beim Urlaub fordert die GHK 30 Tage für alle ab dem 18. Lebensjahr ab 1980, ab 1982 aber 32 Arbeitstage.

Zur Arbeitszeit hatten der großen Tarifkommission 21 Vorschläge vorgelegen. Ein Tarifkommissionsmitglied: „Wir müssen eine Markierung setzen und sollten uns dabei vom Kanzler nicht bange machen lassen. Ich selbst möchte im Betrieb noch die 35-Stundenwoche erleben!" Sowohl Schichtarbeit als auch Überstundenarbeit wurden auf der Sitzung der Tarifkommission angegriffen. Die Forderungen zur Schichtarbeit begründet die Holzarbeiter-Zeitung (HZ) folgendermaßen: „Probleme gibt es in den Betrieben zunehmend mit der (menschenfeindlichen) Schichtarbeit, die aus Profitgründen immer mehr vorangetrieben wird." (HZ, 7/80) Einige Nummern zuvor werden die Forderungen anhand eines Artikels über die gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Schichtarbeit entwickelt.

Zur Stützung der Forderungen gegen die Überstundenarbeit hat die GHK unter organisierten Tischlern in Hamburg eine Umfrage durchgeführt. Danach machen 60% aller Tischler Überstunden. Die Mehrzahl von ihnen regelmäßig drei bis fünf Stunden pro Woche. 80% der Befragten sprachen sich dafür aus, daß die Gewerkschaften eindeutig gegen die Überstundenarbeit Stellung beziehen. 90% forderten Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. (HZ, 8/80, S.21)

Seit der letzten Krise 74/75 wurde die Ausbeutung durch Ausdehnung der Akkordarbeit auf immer mehr Bereiche und Kürzung der Vorgabezeiten immer mehr verschärft. Bei den Angestellten konnten die Kapitalisten die Intensivierung der Arbeit schon durch die bloße Einführung der Bildschirmarbeit enorm vorantreiben, wie die HZ vermerkt. Zwar erhebt die GHK keine Forderungen direkt gegen die Akkordarbeit, aber die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung wird auch als Antwort auf die Intensivierung der Arbeit verstanden. Die GHK betont ihre Entschlossenheit, an dem Punkt jetzt Fortschritte zu erzielen, wenngleich „die Abschlüsse (und Festlegungen) anderer Gewerkschaften die Position der GHK nicht gerade erleichtert" hätten. (HZ, 7/80, S.15)

In einem ersten Gespräch am 7. Oktober haben die Kapitalisten die Forderungen der Gewerkschaft abgelehnt und angekündigt, daß sie bis Mitte Dezember ihrerseits „Gegenforderungen" präsentieren wollen. Kompliziert wird die Lage noch dadurch, daß die Kapitalisten der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie die Tarifgemeinschaft mit dem Tischlerhandwerk aufgekündigt haben.

Manteltarifverhandlungen der IGM in Hessen und Niedersachsen

smm. In den Tarifgebieten Niedersachsen und Hessen der IG Metall finden
Hessen: Für jede Nachtarbeitsstunde zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr
100%; für Arbeit an lohnzahlungspflichtigen Feiertagen, die auf einen betrieblich regelmäßigen Arbeitstag

sind die Arbeiter und Angestellten in der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie und im Tischlerhandwerk in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Zuletzt war der MTN 1974 offen. Damals mußte die GHK einen Streik führen, um ihre Forderungen – hauptsächlich ging es um Verlängerung des Urlaubs und Erhöhung des Urlaubsgeldes – durchzusetzen. Es wurden 108 Betriebe von 7150 Arbeitern und Angestellten bestreikt.

Am 13. September hat die große Tarifkommission für den Manteltarifvertrag die Forderungen beschlossen. Als Schwerpunkte nennt die Holzarbeiter-Zeitung folgende: 1. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich unter 40 Stunden. 2. Schichtzuschläge ab der 2. Schicht und bezahlte Freischichten für Schichtarbeiter. 3. Pflicht des Arbeitgebers zur Erstattung von Mehrarbeitsstunden (einschließlich der Zuschläge) durch bezahlte Freizeit innerhalb von sechs Wochen auf Wunsch des Arbeit-

nicht bange machen lassen. Ich selbst möchte im Betrieb noch die 35-Stundenwoche erleben!" Sowohl Schichtarbeit als auch Überstundenarbeit wurden auf der Sitzung der Tarifkommission angegriffen. Die Forderungen zur Schichtarbeit begründet die Holzarbeiter-Zeitung (HZ) folgendermaßen: „Probleme gibt es in den Betrieben zunehmend mit der (menschenfeindlichen) Schichtarbeit, die aus Profitgründen immer mehr vorangetrieben wird." (HZ, 7/80) Einige Nummern zuvor werden die Forderungen anhand eines Artikels über die gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Schichtarbeit entwickelt.

Zur Stützung der Forderungen gegen die Überstundenarbeit hat die GHK unter organisierten Tischlern in Hamburg eine Umfrage durchgeführt. Danach machen 60% aller Tischler Überstunden. Die Mehrzahl von ihnen regelmäßig drei bis fünf Stunden pro Woche. 80% der Befragten sprachen sich dafür aus, daß die Gewerkschaf-

stellten konnten die Kapitalisten die Intensivierung der Arbeit schon durch die bloße Einführung der Bildschirmarbeit enorm vorantreiben, wie die HZ vermerkt. Zwar erhebt die GHK keine Forderungen direkt gegen die Akkordarbeit, aber die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung wird auch als Antwort auf die Intensivierung der Arbeit verstanden. Die GHK betont ihre Entschlossenheit, an dem Punkt jetzt Fortschritte zu erzielen, wenngleich „die Abschlüsse (und Festlegungen) anderer Gewerkschaften die Position der GHK nicht gerade erleichtert" hätten. (HZ, 7/80, S.15)

In einem ersten Gespräch am 7. Oktober haben die Kapitalisten die Forderungen der Gewerkschaft abgelehnt und angekündigt, daß sie bis Mitte Dezember ihrerseits „Gegenforderungen" präsentieren wollen. Kompliziert wird die Lage noch dadurch, daß die Kapitalisten der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie die Tarifgemeinschaft mit dem Tischlerhandwerk aufgekündigt haben.

Manteltarifverhandlungen der IGM in Hessen und Niedersachsen

smm. In den Tarifgebieten Niedersachsen und Hessen der IG Metall finden seit 1973 Verhandlungen über neue Manteltarifverträge statt. Die IG Metall in Niedersachsen und in Hessen hat jetzt dazu jeweils ein Flugblatt herausgebracht. Im wesentlichen geht es bei den Verhandlungen um folgende Punkte: – Neuregelung der Zuschläge für Nacht- und Spätarbeit, für Sonn- und Feiertagsarbeit sowie für Mehrarbeit; – Zahlung eines Ausgleichs bei Kurzarbeit sowie Regelung der Kurzarbeitsbedingungen und -ankündigungsfristen; Wegfall der Krankheitsbescheinigung für Arbeiter während der ersten drei Tage Krankheit; – Ausgleich zwischen Nettoarbeitsentgelt und Krankengeld nach 6 Wochen Krankheit; – Regelungen für Einstellungsbedingungen. Die einzelnen Forderungen, z.B. über die Höhe der Zuschläge, mit denen die IG Metall in den beiden Tarifgebieten in die Verhandlungen eingetreten ist, sind in den Metallbetrieben bisher noch nicht veröffentlicht worden. Nach 7 Jahren ist in der Metallindustrie Südbaden im Juli dieses Jahres ein Manteltarifvertrag abgeschlossen worden.

Zuschläge für **Spätarbeit.**

Südbaden: Für jede Spätarbeitsstunde zwischen 12.00 Uhr und 19.00 Uhr 20%.

Hessen: Schichtarbeit im Rahmen von Wechselschichten: für die volle Spätschicht: 7,5%, für die volle Nachtschicht 15%.

Niedersachsen: keine Regelung.

Zuschläge für **Nachtarbeit.**

Südbaden: Für jede Nachtarbeitsstunde zwischen 19.00 Uhr und 6.00 Uhr 30%.

Hessen: Für jede Nachtarbeitsstunde zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr 25%.

Niedersachsen: Für jede Nachtarbeitsstunde zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr 12,5%.

Zuschläge für **Mehrarbeit.**

Südbaden: Mehrarbeit während der Tagesarbeitszeit: (6.00 – 19.00 Uhr) für die ersten 10 Mehrarbeitsstunden in der Woche 25%; für die weiteren Mehrarbeitsstunden in der Woche 50%; für die 3. und jede weitere tägliche Mehrarbeitsstunde, die vor oder nach der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit geleistet wird, 50%; für Mehrarbeitsstunden an Samstagen nach 12.00 Uhr 50%; Mehrarbeit während der Nachtarbeitszeit von 19.00 Uhr bis 6.00 Uhr 50%.

Hessen: Mehrarbeit für die 1. bis 6. Mehrarbeitsstunde pro Woche 25%; soweit sie in der Zeit von 20.00 bis 6.00 Uhr geleistet wird, 30%; ab der 7. Mehrarbeitsstunde pro Woche 40%; soweit sie in der Zeit von 20.00 bis 6.00 Uhr geleistet wird, 45%.

Niedersachsen: Für die 1. und 2. Mehrarbeitsstunde täglich 25%; für jede weitere Mehrarbeitsstunde täglich 40%.

Zuschläge für **Sonn- und Feiertagsarbeit.**

Südbaden: Für Arbeit an Sonntagen sowie am 24. und 31.12., soweit diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen, ab 12.00 Uhr 50%; für Arbeit an lohnzahlungspflichtigen Feiertagen, die auf einen betrieblich regelmäßigen arbeitsfreien Werktag oder Sonntag fallen, ausgenommen Ostersonntag, Pfingstsonntag oder Weihnachtsfeiertage, 100%; für Arbeit an lohnzahlungspflichtigen Feiertagen, die auf einen betrieblich regelmäßigen Arbeitstag fallen, sowie am Ostersonntag, Pfingstsonntag oder an den Weihnachtsfeiertagen, 150%.

Hessen: Für Sonntagsarbeiten und für Arbeiten am 24. und 31. Dezember zwischen 14.00 und 21.00 Uhr 50%. Für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen, an denen keine Arbeit ausfällt, sowie am 24. und 31. Dezember ab 21.00 Uhr 100%; für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen, an denen Arbeit ausfällt, 125%.

Niedersachsen: Für Sonntagsarbeit von 6.00 bis 6.00 Uhr 50%; für Arbeiten am 1. Ostertag, 1. Pfingsttag, sowie am 1. Januar, 1. Mai, 17. Juni, 1. und 2. Weihnachtstag, sofern sie auf einen Sonntag fallen, sowie für Arbeiten am 24. und 31. Dezember ab 16.00 Uhr 100%; für Arbeiten an gesetzlichen Wochenfeiertagen, an denen der Lohnausfall zu vergüten ist, 125%.

Ausgleich bei Kurzarbeit.

Südbaden: Eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit bis auf 37 Stunden einschließlich darf keine Lohn- oder Gehaltskürzung zur Folge haben. Der Arbeitgeber hat den Arbeitnehmern zum gekürzten Lohn/Gehalt und zu Kurzarbeitergeld einen Zuschuß zu gewähren. Dieser ist so zu bemessen, daß Arbeitnehmer bei einer gekürzten Arbeitszeit von weniger als 37 Stunden wöchentlich zum gekürzten Lohn/Gehalt und Kurzarbeitergeld einen Ausgleich bis zu 80% des vereinbarten Monatsgehalts bzw. des Durchschnittsverdienstes erhalten.

Hessen: keine Regelung. Opel Rüsselsheim, Betriebsvereinbarung: bei Kurzarbeit wird der Lohn von 96% bis zu 99% weitergezahlt.

Änderung des Tarifvertrages für den Sozial- und Erziehungsdienst wird beraten

utb. Seit Anfang des Jahres 1979 diskutiert die Abteilung Sozialarbeit der Gewerkschaft ÖTV die Möglichkeit einer Veränderung des Eingruppierungstarifvertrages für den Sozial- und Erziehungsdienst. Bis zum 31.12.80 sollen die beschlossenen Ergebnisse der Bezirksabteilungsvorstände an den Bundesabteilungsvorstand gesendet werden. Der Tarifausschuß wird bis zum 15.2.81 die Ergebnisse sichten und eine Zusammenfassung der Ergebnisse erstellen. In der zweiten Märzwoche 1981 wird der Bundesabteilungsvorstand über Inhalte und weiteres Vorgehen einen Beschluß fassen.

Der Sozial- und Erziehungsdienst umfaßt alle sozialpädagogischen Dienstleistungsbereiche, in denen unmittelbar oder mittelbar Aufgaben nach dem Sozial-, Jugendhilfe- und angrenzenden Recht wahrgenommen werden. Als vollkommen neuer Bereich kommen Beschäftigte in Behindertenwerkstätten, wie z.B. Gruppenleiter hinzu, die eine Facharbeiter- sowie eine heilpädagogische Ausbildung haben.

Die Forderungen der Beschäftigten sind Höhergruppierungen um meist eine volle Vergütungsgruppe. Die öffentlichen Arbeitgeber vergüten Sozialpädagogen zum größten Teil nach BAT Vb. Die Forderungen lauten: Eingruppierung von Sozialpädagogen und -arbeitern nach BAT III bzw. IVa. – Obwohl Erzieher schon nach Vb bezahlt wurden, werden sie jetzt nach BAT VIb bzw. sogar nur nach BAT VII bezahlt. Die Erzieher fordern Eingruppierung nach BAT IVb, wenn die Tätigkeit zu einem Drittel verantwortungsvoll ist; nach vierjähriger Bewährung in Vergütungsgruppe Vb. Eingruppierung in Vergütungsgruppe Vb, wenn der Erzieher sechs Monate Gruppendienst ableistete. Kinderpflegerinnen sollen nach sechsmonatiger Berufstätigkeit im Gruppendienst in BAT VIb eingruppiert werden. Die Regel ist jetzt, daß sie BAT VII oder VIII bekommen.

Die Forderungen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst werden beraten, weil die Anforderungen an die Beschäftigten in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Die Tätigkeitsbereiche und die Auslastung bei Sozialarbeitern z.B. in den Jugendämtern hat ständig zugenommen. Den Erziehern und Kinderpflegerinnen sind ständig größere Gruppen mit weniger Personal in den Kindergärten zugemutet worden.

Die Beschäftigten in den Behindertenwerkstätten, sind vom BAT überhaupt nicht abgedeckt. Die Bezahlung richtet sich nach Haustarifverträgen, die in Niedersachsen z.B. ständig Angriffen des Sozialministers Schnipkoweit ausgesetzt sind. So ist es in den Wilhelmshavener Werkstätten für Behinderte so, daß Gruppenleiter trotz gleicher Qualifikation und Tätigkeit, durch Abgruppierung in vier verschiedenen Lohngruppen sind. Hier besteht die Forderung nach Einbeziehung und Absicherung durch den BAT.

Rentenkürzung durch Einführung von Krankenkassenbeitrag

doj. Mit Verabschiedung des 21. Rentenanpassungsgesetzes 1978 wurden die Rentner verpflichtet, ab 1982 Krankenkassenbeiträge abzuführen. Damit soll nach der Abkoppelung der Rentenerhöhungen von den Lohnerhöhungen seit 1979 der nächste Schritt zur weiteren Rentensenkung gemacht werden. Vorgesehen ist, für Millionen von Rentnern die betrieblichen Zusatzrenten und Versorgungsbezüge im öffentlichen Dienst zu kürzen.

Die Höhe der Krankenkassenbeiträge will die Bundesregierung in einem zukünftigen Gesetz festlegen. Auf jeden Fall soll jeder Rentner ab 1.1.82 aus seiner um einen „Ausgleich für die Beitragslast" erhöhten Rente (1982 voraussichtlich um 11,7%) den Krankenkassenbeitrag abführen. 2 Haken sind dabei:

1. Der „Ausgleich" entspricht den durchschnittlichen Krankenkassenbeiträgen des Vorjahres. Er hinkt also immer der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge hinterher.

2. Die Regierung plant, die Versor-

durch folgenden Trick: z.B.
Gesamtversorgung 1500 DM
– um 11,2% erhöhte Rente aus gesetzl. Vers. – 1112 DM
„Neue Versorgungsrente" statt 500 DM 388 DM

Die 11,2% Krankenversicherungsbeitrag werden aber wieder von 1500 DM berechnet und abgezogen. Schließlich bleiben dem Rentner statt 1431,50 DM (wenn die Versorgungsrente nicht gekürzt wird) nur 1332 DM. Das bedeutet eine Verminderung der Rente um 11,2% statt 5% bei einfacher Anrechnung auch der Versorgungsrente für den Krankenkassenbeitrag. Da die Versorgungsrenten in den letzten Jahren weniger gestiegen sind als die gesetzlichen Renten und der öffentliche Dienstherr sie bei Änderung der gesetzlichen Rentenversicherung ebenfalls ändern kann, kämen auf die Versorgungsrentner weitere Rentenverluste zu.

Während die ÖTV jeglichen Versuchen, die Versorgungsrenten zu kürzen, den Kampf angesagt hat, erklär-

zahlt wurden, werden sie jetzt nach BAT VIb bzw. sogar nur nach BAT
die Forderung nach Einbeziehung und Absicherung durch den BAT.

Rentenkürzung durch Einführung von Krankenkassenbeitrag

doj. Mit Verabschiedung des 21. Rentenanpassungsgesetzes 1978 wurden die Rentner verpflichtet, ab 1982 Krankenkassenbeiträge abzuführen. Damit soll nach der Abkoppelung der Rentenerhöhungen von den Lohnerhöhungen seit 1979 der nächste Schritt zur weiteren Rentensenkung gemacht werden. Vorgesehen ist, für Millionen von Rentnern die betrieblichen Zusatzrenten und Versorgungsbezüge im öffentlichen Dienst zu kürzen.

Die Höhe der Krankenkassenbeiträge will die Bundesregierung in einem zukünftigen Gesetz festlegen. Auf jeden Fall soll jeder Rentner ab 1.1.82 aus seiner um einen „Ausgleich für die Beitragslast" erhöhten Rente (1982 voraussichtlich um 11,7%) den Krankenkassenbeitrag abführen. 2 Haken sind dabei:

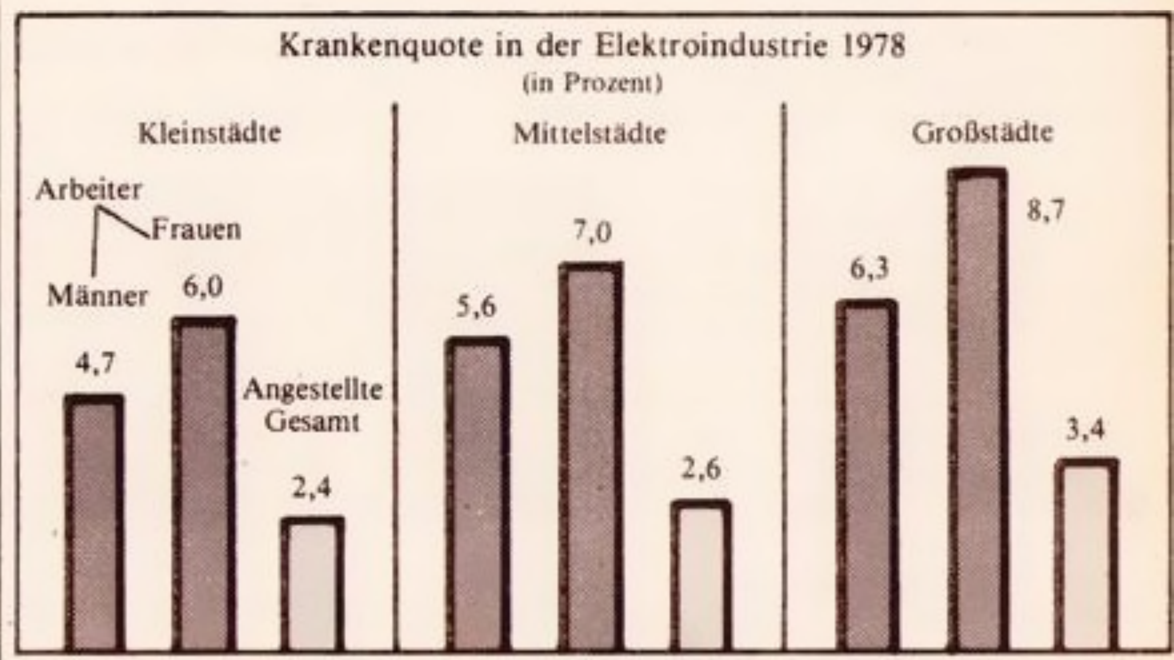
1. Der „Ausgleich" entspricht den durchschnittlichen Krankenkassenbeiträgen des *Vorjahres*. Er hinkt also immer der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge hinterher.

2. Die Regierung plant, die Versorgungsbezüge im öffentlichen Dienst und wahrscheinlich auch die betrieblichen Zusatzrenten per Rechtsverordnung gleich doppelt zu veranlagen durch folgenden Trick: z.B.

Gesamtversorgung	1500 DM
– um 11,2% erhöhte Rente aus gesetzl. Vers.	– 1112 DM
„Neue Versorgungsrente" statt 500 DM	388 DM

Die 11,2% Krankenversicherungsbeitrag werden aber wieder von 1500 DM berechnet und abgezogen. Schließlich bleiben dem Rentner statt 1431,50 DM (wenn die Versorgungsrente nicht gekürzt wird) nur 1332 DM. Das bedeutet eine Verminderung der Rente um 11,2% statt 5% bei einfacher Anrechnung auch der Versorgungsrente für den Krankenkassenbeitrag. Da die Versorgungsrenten in den letzten Jahren weniger gestiegen sind als die gesetzlichen Renten und der öffentliche Dienstherr sie bei Änderung der gesetzlichen Rentenversicherung ebenfalls ändern kann, kämen auf die Versorgungsrentner weitere Rentenverluste zu.

Während die ÖTV jeglichen Versuchen, die Versorgungsrenten zu kürzen, den Kampf angesagt hat, erklärten die gesetzlichen Versicherungen, daß sie sich gar nicht in der Lage sähen, die vorgesehenen Änderungen am 1.1.82 auch durchzuführen.



ulw. Das Schaubild ist entnommen einer Erhebung des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI). Dargestellt ist die *Krankenquote* in Betrieben der Elektrotechnischen Industrie. Die Quote drückt das Verhältnis Krankentage zu Soll-Arbeitstagen aus. Folgende Faktoren beeinflussen sie laut ZVEI: „Die Art der Fertigung (Fließbandarbeit, individuelle Facharbeit), das Arbeitsteam, das Betriebsklima, die Struktur der Beschäftigten, die regionale Lage des Betriebes, die Gruppenführer und Vorgesetzte u.a." Selten erhält man so deutlich dokumentiert nicht nur die übermäßige Belastung der Produktionsarbeit sondern auch die gesundheitsschädlichen Lebensbedingungen in den großen Städten. Allerdings geht hierin auch ein, daß in den großen Städten die Betriebe größer sind, also Fließarbeit usw. häufiger ist. Für die Kapitalisten sind dies alles nur „betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte" für optimale Ausbeutungsbedingungen. In der gleichen Ausgabe der ZVEI-Mitteilungen (17/80) ist eine Erhebung über die *Fluktuation* in der Elektroindustrie zu finden. Im Schnitt werden 12,8% der Beschäftigten im Jahr ausgewechselt. Die Einflüsse des Krisenzyklus sind dabei ausgeschaltet; es sind nur Beschäftigte erfaßt, „die aus betrieblichen Gründen ersetzt werden". Am höchsten liegt die Rate im Fachbereich Zweckleuchten mit 18,8%.

Bundesverkehrswegeplan '80: Schwerpunkte werden neu festgelegt

7000 Kilometer weniger Autobahn / ,,Qualität" hat Vorrang vor reiner ,,Kilometerleistung"

gih. Im Bundesverkehrswegeplan '80 legt die Bundesregierung folgende Schwerpunkte für den weiteren Ausbau der Verkehrswege fest. *Schienennetz der DB:* Erhebliche Steigerung des bisherigen Investitionsanteils, volle Aufnahme der notwendigen Streckenneu- und -ausbauten. *Bundesfernstraßen:* Wandel der Investitionsstruktur in Richtung auf qualitätsverbessernde Investitionen anstelle von km-Leistungen. – Rund 7000 km bisher geplante Autobahnen werden aufgegeben bzw. durch Bundesstraßenplanungen ersetzt. Netzergänzungen werden nur noch in regional begrenztem Umfang zur Engpaßbeseitigung, zur Erschließung strukturschwacher Gebiete und zur Verknüpfung mit dem europäischen Hauptstraßennetz erforderlich.

Geplant sind Ausgaben im Zeitraum von 1981 bis 1990 für die Deutsche Bundesbahn 43,6 Mrd. DM, für Bundesfernstraßen 63,4 Mrd. DM, für Bundeswasserstraßen 8,5 Mrd. DM, für Finanzhilfen für Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) und kommunalen Straßenbau 28,8 Mrd. DM und für sonstige Aufgabengebiete 3,4 Mrd. Den Schwerpunkt nehmen, trotz der Kürzungen, die Bundesfernstraßen ein. Aber diese Planung reicht den Straßenbaukapitalisten nicht aus: In dem Bauindustriebrief 8 – 9/1980 schreibt Präsident Herion: ,,Ein bedarfsgerechter Ausbau des Straßennetzes ist nicht mehr gewährleistet ... Der Bundesfernstraßenhaushalt hatte über Jahrzehnte hinweg eine Leitfunktion für den gesamten Straßenbau ... Die vorgesehenen Straßenbaumittel in Höhe von 63,4 Mrd. DM für Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen reichen nach heutigen Berechnungen bestenfalls zur Realisierung von 60 Prozent der Stufe I des Bedarfsplanes." Und droht: ,,Geht man jedoch von einem Rückgang des realen Bauvolumens in der oben genannten Größenordnung aus, so könnte sich bis 1990 eine Reduzierung der Arbeitsplätze im Straßenbau bis zu 50 Prozent ergeben." Aber auch der Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden, Sperner, findet sich hier in seltsamer Übereinstimmung mit den Straßenbaukapitalisten: ,,Mit der vorgesehenen Einsparung hätte das, meiner Einschätzung nach, bis zu 26000 Arbeitsplätze kosten können ..."

Die Bundesregierung hatte ihre ganze Verkehrsplanung auf unverändertes wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet. Da sich aber die kapitalistische Wirtschaft in Westdeutschland im Zustand der relativen Labilität befindet, hat die Regierung ihre Verkehrspläne reduziert und vor allem 7000 km Bundesautobahnen gestrichen. Die Kapitalisten haben ein Interesse daran, daß ihre Waren möglichst schnell den Markt erreichen, damit sie ihre Profite schnell realisieren können. Aber auch die Arbeitskräfte sollen möglichst schnell in die Fabriken transportiert werden. Der Güterfernverkehr mit LKW betrug 1970: 41881 Mio. tkm und ist bis 1979 auf 78719 Mio. tkm angestiegen. Hinzu kommt noch der Nahverkehr (50 km Umkreis), der von 1970: 36142 Mio. tkm auf 42758 Mio. tkm 1978 angestiegen ist.

Die Transportleistung des Güterverkehrs wird in Tonnen-Kilometer (tkm) gemessen. Berücksichtigt werden die Warenmengen in Tonnen und die gefahrenen Kilometer.

Durch die Konzentration der Wirtschaft auf einige Wirtschaftsräume wurden die Verkehrspläne zuerst auf die Bundesfernstraßen ausgerichtet, so daß sich für die Kapitalisten nicht so sehr die Bundesfernstraßen als Problem darstellen, die sind im wesentlichen ihren Bedürfnissen angepaßt, sondern die Straßen bei diesen Wirtschaftsräumen selbst.

In einer Denkschrift der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar zum Fernstraßenbau heißt es dazu: ,,Aus Erhebungen ist zu entnehmen, daß rund 40 Prozent der Fahrzeuge unter den Bedingungen dichten bis zähflüssigen Verkehrsablaufs verkehren müssen ... Würde die gleiche Zahl von Fahrzeugen auf gut ausgebauten Straßen eine Reisegeschwindigkeit von rund 42 Kilometer pro Stunde erzielen können, so würde sich der Treibstoffverbrauch auf rund 106000 Liter reduzieren ... Bezieht man die Probleme des gewerblichen Verkehrs in die Betrachtung ein, (können) mindestens zehn Prozent des oben erfaßten Fahrzeugaufkommens dem LKW-Bereich zugeordnet (werden). Eine Berechnung des Zeitaufwands dieser Fahrzeuge ... ergibt ein jährliches Mehr von 554990 Betriebsstunden ... Ein LKW mit zehn Tonnen Nutzlast und 16 Tonnen Gesamtgewicht (beansprucht) rund 40 Mark an festen Kosten pro Betriebsstunde. Hieraus (ergeben sich so) jährliche Zusatzbelastungen der Wirtschaft von 22,2 Millionen Mark ... Faßt man die untersuchten Aspekte zusammen, so erwachsen aus nur drei Kostenfaktoren auf einem minimalen Ausschnitt des Straßennetzes der Region folgende Summen:

Treibstoffverbrauch	14,90 Mio. DM
zusätzl. Betriebsstundenkosten	22,20 Mio. DM
zusätzl. Betriebsst. b. sonst. gewerbl. gen. Fahrzeugen	7,49 Mio. DM
Summe	44,59 Mio. DM

... Nach Polizeiangaben wurden im Jahr 1978 auf den 153 Kilometern Bundesautobahnstrecke der Region 1345 Staus registriert ... Die Gesamtzeiten, in denen Staus vorhanden waren, betrugen rund 3500 Stunden ... Nach überschlägigen Berechnungen waren hiervon rund 2,6 Millionen Kraftfahrzeuge, darunter rund 340000 schwere LKWs, betroffen ... Der gesamte Zeitverlust ist bei vorsichtiger Berechnung mit rund zwei Millionen Stunden anzusetzen. Betrachtet man nur den gewerblichen Schwerverkehr, so sind allein dort gut 13 Millionen Mark an zusätzlichen Betriebskosten entstanden ... Für die Güterbeförderung gibt es bis jetzt im Nahbereich keine Alternative zur Straße." Dies sind nur die direkten Betriebskoten. Hinzu kommt das Warenkapital, dessen Umschlagszeit sich um die genannten Stunden verlängert.

Die Forderung der Studie lautet dann weiträumige Umgehungsstraßen, damit Staus verhindert werden können und sowohl der Güter- und Personentransport schneller abgewickelt werden kann. Darauf geht die Bundesregierung mit ihrem Straßenbaubericht ein, wenn sie schreibt, ,,in diesem Sinne muß beim Straßenbau die ,Qualität' Vorrang haben vor der reinen ,Kilometerleistung' ".

zes ist nicht mehr gewährleistet ... Der Bundesfernstraßenhaushalt hatte über Jahrzehnte hinweg eine Leitfunktion für den gesamten Straßenbau ... Die vorgesehenen Straßenbaumittel in Höhe von 63,4 Mrd. DM für Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen reichen nach heutigen Berechnungen bestenfalls zur Realisierung von 60 Prozent der Stufe I des Bedarfsplanes." Und droht: ,,Geht man jedoch von einem Rückgang des realen Bauvolumens in der oben genannten Größenordnung aus, so könnte sich bis 1990 eine Reduzierung der Arbeitsplätze im Straßenbau bis zu 50 Prozent ergeben." Aber auch der Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden, Sperner, findet sich hier in seltsamer Übereinstimmung mit den Straßenbaukapitalisten: ,,Mit der vorgesehenen Einsparung hätte das, meiner Einschätzung nach, bis zu 26000 Arbeitsplätze kosten können ..."

Die Bundesregierung hatte ihre ganze Verkehrsplanung auf unverändertes wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet. Da sich aber die kapitalistische Wirtschaft in Westdeutschland im Zustand der relativen Labilität befindet, hat die Regierung ihre Verkehrspläne reduziert und vor allem 7000 km Bundesautobahnen gestrichen. Die Kapitalisten haben ein Interesse daran, daß



EG-Kommission legt am 22.10. Stahlquoten fest

gih. Nachdem sich die Stahlkapitalisten nicht auf eine freiwillige Beschränkung der Stahlproduktion haben einigen können, wird jetzt die EG-Kommission die Einführung des Quotensystems für die Stahlindustrie am 22. Oktober beschließen. Der beratende EGKS-Ausschuß wird am 16. Oktober Stellung nehmen. Betroffen sind alle Stahlkapitalisten mit einer Rohstahlerzeugung von mehr als 1000 t im Monat. Als Bezugsbasis für die Quoten soll der Zeitraum zwischen Juli 1977 und Juni 1980 herangezogen werden. Aus diesen 36 Monaten sollen sich die Kapitalisten 12 Monate, die nicht zwangsläufig aufeinanderfolgen, als individuelle Bezugsbasis auswählen (,,Formel der 12 günstigsten von 36 Monaten"). Die Verringerungsraten sehen wie folgt aus: 1. Breitband und auf Spezialstraßen gewalztes Band: 16 – 20% – 2. Quartobleche und Breitflachstahl: 13 – 17% – 3. Schwere Profile (z.B. Eisenbahnschienen): 14 – 18% – 4. Leichte Profile (z.B. Betonstähle und andere Stabstähle): 14 – 18% Diese Sorten machen rund 90 Prozent der Walzstahlproduktion aus. Die Kommission will das Quotensystem spätestens zum 1. November 1980 für das vierte Quartal einführen. Sofort sollen die Stahlkapitalisten ihre Rohstahlproduktion gemessen am Monatsdurchschnitt des 4. Quartals 1979 um 15% verringern. Bei Quotenüberschreitungen wird eine Geldbuße von 75 ERE (1 ERE = ca. 1,90 DM) für jede Tonne erhoben, die über die Quote hinausgeht. Die Bundesregierung hat erklärt, daß sie ihre Zustimmung von der Quotenhöhe abhängig machen würde. Daraufhin hat EG-Industriekommissar Graf Davignon zugesichert, daß bei der Quotenfestlegung die bereits erfolgten Umstrukturierungsmaßnahmen der Unternehmen (vor allem der deutschen) berücksichtigt werden. Die westdeutschen Kapitalisten haben daraufhin vergangenen Freitag für ihre Produktion Quoten festgelegt.

1,2 Mrd. DM Kredit für Polen

hew. Am 10.10. unterzeichnete der polnische Finanzminister im Haus der Dresdner Bank in Frankfurt den Kredit über 1,2 Mrd. DM. Marian Krzak sagte, er halte eine Umschuldung Polens nicht für notwendig. 800 Mio. DM des Kredites werden von einem Bankenkonsortium aufgebracht. Für die restlichen 400 Mio. übernimmt die Bundesregierung die Bürgschaft. Dieses Geld ist an die Verwendung zum Ausbau der Kohleförderung gebunden. Polen hat sich verpflichtet, die Kohlelieferungen an die BRD zu erhöhen. Ab 1985 sollen jährlich 1 Mio. Tonnen Steinkohle aus Polen geliefert werden.

1,90 DM) für jede Tonne erhoben, die über die Quote hinausgeht. Die Bundesregierung hat erklärt, daß sie ihre Zustimmung von der Quotenhöhe abhängig machen würde. Daraufhin hat EG-Industriekommissar Graf Davignon zugesichert, daß bei der Quotenfestlegung die bereits erfolgten Umstrukturierungsmaßnahmen der Unternehmen (vor allem der deutschen) berücksichtigt werden. Die westdeutschen Kapitalisten haben daraufhin vergangenen Freitag für ihre Produktion Quoten festgelegt.

1,2 Mrd. DM Kredit für Polen

hew. Am 10.10. unterzeichnete der polnische Finanzminister im Haus der Dresdner Bank in Frankfurt den Kredit über 1,2 Mrd. DM. Marian Krzak sagte, er halte eine Umschuldung Polens nicht für notwendig. 800 Mio. DM des Kredites werden von einem Bankenkonsortium aufgebracht. Für die restlichen 400 Mio. übernimmt die Bundesregierung die Bürgschaft. Dieses Geld ist an die Verwendung zum Ausbau der Kohleförderung gebunden. Polen hat sich verpflichtet, die Kohlelieferungen an die BRD zu erhöhen. Ab 1985 sollen jährlich 1 Mio. Tonnen Steinkohle aus Polen geliefert werden.

SU verbietet Polen IWF-Beitritt

hew. Die Sowjetunion hat Polen wissen lassen, daß sie nicht dulden werden, daß Polen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beitritt. Polen hatte inoffizielle Kontakte zur Vorbesprechung des Beitritts aufgenommen. Die Sozialimperialisten fürchten, daß Polen durch den IWF in die Lage kommen könnte, sich vom RGW zu lösen.

BRD bei IFW und Weltbank entschieden gegen Dritte Welt

Matthöfer: ,,Den Entwicklungsländern keine Konzessionen im Entscheidungsprozeß einräumen"

frb. Die diesjährige Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank hat erneut bestätigt, daß die imperialistischen Industrieländer nicht bereit sind, die bestehende Struktur der weltwirtschaftlichen Ordnung preiszugeben. Andererseits sind sie immer weniger in der Lage, die Forderungen der Dritten Welt zu negieren. Im Währungsfonds mußten sie eine Erhöhung der Kreditobergrenze auf 600% der Quote des jeweiligen Landes zulassen, zu einigen Punkten mußten sie Untersuchungen zustimmen, die sie vor wenigen Jahren noch als vollständig unannehmbar zurückgewiesen hatten.

Die Hauptforderungen der Dritten Welt sind:

- Die Koppelung neuer Sonderziehungsrechte (SZR) mit zusätzlicher Entwicklungshilfe (läuft unter dem Stichwort ,,Link");
- Die Schaffung von jährlich zehn Mrd. SZR ab 1982 statt den vier Mrd. der Ausgabeperiode 1979 – 81;
- die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Industriestaaten auf 0,7% ihres Sozialprodukts bis 1985;
- Erhöhung von Quoten und Stimmrecht der Entwicklungsländer am IWF von bisher 33 auf 45%.

Bislang zählt in Währungsfonds und Weltbank wie in der weltwirtschaftlichen Ordnung, daß das Geld das Gewicht eines Landes bestimmt. So hängt von den Quoten im IWF nicht nur das Stimmgewicht ab, sondern von der Höhe der Quote hängt auch die Kreditfähigkeit der Mitgliedsländer ab. Länder, die billige Kredite besonders nötig hätten, kommen so am wenigsten zur Verwendung dieser Kredite.

Sonderziehungsrechte (SZR) sind im Rahmen des IWF geschaffenes Kreditgeld. Seit 1969 bis Ende 1979 wurden vier Mrd. SZR an die Mitgliedsländer entsprechend ihrer Quote im IWF zugeteilt. Ein Land, das in Zahlungsschwierigkeiten ist, kann seine SZR bei einem anderen Mitgliedsland mit hohen Währungsreserven in eine nationale Währung (meist US-$) umtauschen, um damit z.B. seinen Warenimport zu zahlen. Die Verwendung von SZR ist an keine wirtschaftspolitischen Auflagen gebunden, insofern handelt es sich um echte Reservewährung. Der Wert von 1 SZR errechnet sich aus dem Durchschnitt der 16 wichtigsten Währungen. Sie gehen in die Durchschnittsbildung entsprechend ihrem Anteil am Welthandel gewichtet ein. (Derzeit 1 SZR = 2,35 DM)
Die Quoten der Mitgliedsländer werden aus Volkseinkommen, Reserven, Einfuhren, Ausfuhrschwankungen undd Exportquote berechnet. Die Höhe der Quote ist maßgebend für die Einzahlung, die jedes Land in seiner Währung zu leisten hat, für die Höhe der Kredite, die ein Land erhalten kann, und für die Zahl der Stimmen im Fonds.

Die öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-Länder konzentrierte sich 1978 zu 54% auf Länder der Kategorie ,,mit mittlerem und hohem Einkommen", nur 46% gingen in Länder ,,mit niedrigem Einkommen". Pro Kopf haben die Länder der untersten Einkommensgruppe weniger Kredite zu ermäßtigtem Zins und verlängerter Laufzeit erhalten als die Ländergruppe mit mittlerem und höherem Einkommen. Die Entwicklungshilfe zeigt sich damit als Flankenschutz des Kapitalexports. Die Darlehen der Geschäftsbanken gingen zu zwei Dritteln an nur zehn Länder der mittleren Einkommensgruppe. (Vgl. KVZ Nr. 40)

Verknüpfung der Ausgabe weiterer Sonderziehungsrechte mit Entwicklungshilfe bedeutet, daß die SZR nicht nach den Quoten der Länder zugeteilt werden, sondern daß die Bedürftigkeit berücksichtigt wird. Die *Erhöhung des Volumens der SZR* bedeutet nicht nur mehr Kreditmittel, sondern vor allem mehr Mittel, deren Vergabe nicht mit allerhand Erpressungsmöglichkeiten verbunden ist. Die Kredite der Weltbank sind an bestimmte Investitionsprojekte gebunden, über die die Bank Aufsicht führt. Die Kredite des IWF erlauben dem Fonds nach einer festgelegten Abstufung, die sich auf die Quote des betreffenden Landes bezieht, weitgehende Änderungen der Wirtschaftspolitik eines Landes zu verlangen. Erst recht sind die Kredite der Geschäftsbanken an Bedingungen geknüpft, die in die Entscheidungen der Entwicklungsländer eingreifen. Die *Öffentliche Entwicklungshilfe* der westlichen Imperialisten (OECD-Länder) hat sich seit 1970 nicht über 0,34% des Sozialprodukts erhöht. Die Zahlungen der USA sind sogar von 0,32% 1970 auf 0,19% 1980 weit unter den Durchschnitt gesunken.

US-Präsident Carter wußte, weshalb er in seiner Eröffnungsansprache der Forderung, IWF und Weltbank der UNO zu unterstellen, eine Absage erteilte. Dort nämlich gilt ,,ein Land, eine Stimme". Die Antwort auf die sich verändernde Welt sei am besten in IWF und Weltbank zu suchen, meinte Carter. Die Entscheidungen sollten nicht in anderen Institutionen vorherbestimmt oder im nachhinein neu ausgehandelt werden. Bundesfinanzminister Matthöfer und Bundesbankpräsident Pöhl waren unter den wenigen, die den USA sekundierten, ganz vorne.

Sie warnten in Washington, der IWF dürfe nicht in eine ,,entwicklungspolitische Agentur" umgewandelt werden. Entscheidungsstrukturen und Kreditbedingungen würden aufgeweicht. Seine Delegation hatte Matthöfer angewiesen: ,,Den Entwicklungsländern keine Konzessionen im Entscheidungsprozeß einräumen, weil von dem Augenblick an, von dem die Schuldner über die Kreditvergabe an sich selbst bestimmen können, der IWF funktionsunfähig würde."

Kammgarnspinnerei soll saniert werden

suw. Am 29.8.80 wurde über Presse und Rundfunk bekannt, daß die Vereinigte Kammgarnspinnerei (VKS), Delmenhorst, zahlungsunfähig ist und die Dresdner Bank als Hauptaktionär (44% der Aktien) die hohen Verluste nicht länger hinnehmen wolle. Insgesamt sollen sich die Verluste der letzten Jahre auf 30 Mio. DM belaufen haben. Von einer Schließung wären 836 Beschäftigte betroffen, wovon 40% Ausländer sind. Dem Antrag auf einen Vergleich wurde stattgegeben. Gewerkschaft, Betriebsrat und Politiker vom Ort und Land führten indes Verhandlungen mit Kapitalisten, die an einer Weiterführung der VKS interessiert waren. Es soll jetzt der Kapitalist Rehers bereit sein, den Betrieb nach Auslauf des Vergleichsverfahrens mit 450 Beschäftigten weiterzuführen. Diejenigen, die übernommen werden, sollen ihre Ansprüche aus dem Sozialplan (Dresdner Bank hat 4,2 Mio. DM zugesagt) an das Land Niedersachsen abtreten, bei einer dreijährigen Arbeitsplatzgarantie und gleichen Tarifen wie bei VKS.

,,Zu viele Jugendstrafen''

18. Deutscher Jugendgerichtstag in Göttingen

ebk. Vom 29.9. bis 3.10 fand in Göttingen der 18. Deutsche Jugendgerichtstag statt. 600 Richter, Staatsanwälte, Polizeibeamte, Sozialarbeiter und Psychologen nahmen daran teil. Einheitlich stellten sie fest: ,,Die Jugendgerichte verhängen gegenwärtig zu viel Jugendarrest, zu viel Untersuchungshaft und zu viel Jugendstrafen.'' Sie forderten die völlige Abschaffung des Jugendfreizeitarrestes. Neue Untersuchungen haben ergeben, daß die Rückfallquote bei Jugendlichen, die zu Jugendarrest verurteilt worden sind, deutlich höher liegt, als bei anderen. ,,Die Bundesrepublik ist in Westeuropa das Land mit den meisten Haftstrafen'', stellte der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe fest. Die Statistik der nach Jugendstrafrecht Verurteilten für die Jahre 1958 bis 1978 weist für die BRD folgende Zahlen aus:

Verurteilte Jugendliche und Heranwachsende

	Jugendstrafe	Zuchtmittel	Erziehungsmaßregeln
1958	10559	58216	1494
1960	11549	73816	8153
1963	10318	74310	9071
1967	10200	80508	10086
1973	15586	105704	15605
1976	17947	103041	25181
1977	18019	111590	30072
1978	18673	120002	34809

Erziehungsmaßregeln sind nach §9 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) ,,1. die Erteilung von Weisungen, 2. die Erziehungsbeistandschaft, 3. die Fürsorgeerziehung.'' Die häufigste Weisung ist, eine bestimmte Anzahl von Stunden in einem Krankenhaus oder ähnlichen Einrichtungen zu arbeiten. Zuchtmittel sind ,,1. die Verwarnung, 2. die Erteilung von Auflagen, 3. der Jugendarrest'', der als Freizeit-, Kurz- oder Dauerarrest bis zu vier Wochen verhängt werden kann. Die Jugendstrafe ,,ist Freiheitsentzug in einer Jugendstrafanstalt'' (§17 JGG).

Von den 173484 Verurteilungen von Jugendlichen und Heranwachsenden 1978 erfolgten je ungefähr ein Drittel wegen Diebstahls und wegen Verkehrsdelikten. Mit rd. 100000 gibt die Bundesanstalt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen bis 20 Jahre für 1978 an.

Der Protest vieler Jugendrichter gegen zu viele Jugendstrafen, Untersuchungshaft und Jugendarreste gründet sich häufig auch auf massiven Widerstand gegen die Zustände in den Jugendstrafanstalten. Die Frankfurter Jugendrichter haben 1979 einen Beschluß gegen Sichtblenden vor den Zellenfenstern in der Frankfurter Jugendstrafanstalt Hoechst gefaßt. Die Gefangenen der Jugendstrafanstalt Wiesbaden haben 1980 zwei Wochen wegen des miserablen Essens gestreikt.

Andererseits will die Bourgeoisie diese Situation zur Schärfung ihres Unterdrückungsapparates nutzen: Als Hauptforderung des Jugendgerichtstages wurde die Schaffung von ,,Spezial-Sozialdiensten'' erhoben, einer einheitlichen Behörde bei den Jugendämtern für ,,Ermittlung, Bericht und Betreuung'' von Jugendämtern, die auch die Aufgabe der Jugendgerichtshilfe übernehmen soll.

Schülerdemonstrationen in der Estnischen SSR

Proteste gegen die Russifizierungspolitik der Sozialimperialisten

hku. Am 1. und am 3. Oktober haben in Tallinn, der Hauptstadt der Estnischen SSR, Schülerdemonstrationen stattgefunden. Rund 2000 Schüler im Alter von 15 bis 18 Jahren sollen versucht haben, zum Regierungsviertel zu ziehen, wurden aber von Polizei und Miliz gehindert. Dabei wurden zahlreiche Schüler verletzt und 150 zur Feststellung der Personalien zeitweilig festgenommen. Die Demonstranten haben ,,Freiheit für Estland'' und den Abzug aller Russen gefordert, und im Zug Fahnen der Estnischen Republik zwischen den Weltkriegen mitgetragen.

Diesen Bericht haben estnische Exilorganisationen in Stockholm auf Grund von Telefoninformationen aus Tallinn weitergegeben. Eines der auslösenden Momente für die Aktion sei ferner gewesen, daß in den estnischen Schulen nur noch geheizt würde, wenn die Eltern den Schülern das Brennholz mitgeben. Aber alle Fragen der Waren- und Güterknappheit bekommen leicht allgemeine Bedeutung für den Kampf des estnischen Volkes gegen die Verwandlung des Landes in eine russische Kolonie, Militärstützpunkt und ein Touristen- und Einkaufszentrum für die russischen Großstädte.

Estland, die nördlichste der drei baltischen Republiken, Finnland gegenüberliegend, wurde 1941 durch Parlamentsbeschluß, aber ohne Volksabstimmung eine Teilrepublik der Sowjetunion. Es ist heute der industrialisierteste und entwickeltste Teil der UdSSR; aber es ist wie Lettland direkt in seiner nationalen Identität durch die Politik der Russifizierung bedroht, die seit Ende der 50er Jahre systematisch betrieben worden ist. Estland hat 1,5 Mio. Einwohner; davon sind 68% Esten, 28% Russen, weitere 4% Weißrussen und Ukrainer. Vor dem Krieg waren die Russen eine Minderheit von 4%, die zudem noch in einem Landesteil lebten, der heute direkt zur Russischen SSR gehört. Die große Mehrheit der Russen in Estland ist als Arbeitskraft für die aus dem Boden gestampfte Industrie ins Land gebracht worden – Ölschieferabbau und -verarbeitung, Energie, Maschinenbau. Die russische Bevölkerung ist daher in den Industriestädten entlang der Küste konzentriert; in vielen Städten überwiegen sie bereits, bald auch in Tallinn (500000 Einw.). Dazu kommen etwa 100000 Russen in den Militär-, vor allem Flottenstützpunkten. Die Esten selbst werden zum Militärdienst nach Rußland geschickt.

Bei dieser massiven Kolonisationspolitik hat sich bei den Esten ein starkes Gefühl der nationalen Identität gehalten und wieder entwickelt. Zerstörung dieser Identität ist die andere Seite der Russifizierung. Dazu gehört, daß über die Unterdrückung und Ausplünderung des Landes durch den Zarismus nicht gesprochen werden darf, im Gegenteil, in den Schulen wird Peter der Große als Befreier Estlands von westlichen Großmächten gefeiert. Entscheidend aber ist die zwangsweise Durchsetzung der russischen Sprache als Umgangs- und Verhandlungssprache für alle Bevölkerungsteile. Russisch, die ,,Sprache des Friedens, der Freundschaft und der lichten Hoffnung''. In einem Schulbuch für estnische Sprache – die dem Finnischen verwandt ist – heißt es: ,,Die Sowjetvölker bauen den Kommunismus, und ihre gemeinsame Sprache ist Russisch. ... Die sowjetische Wissenschaft, die sich auf die Elemente der russischen stützt, hat eine führende Rolle in der ganzen Welt errungen. Wie kann man die Gipfel dieser Wissenschaft erreichen, ohne die russische Sprache zu beherrschen? Deshalb soll die russische Sprache gründlich erlernt werden.'' Die russischen Kinder besuchen in Estland ohnehin eigene Schulen. In *allen* Schulen wird Russisch ab dem 2. Schuljahr gelehrt. Zusätzlich werden in letzter Zeit noch ,,gemischte Schulen'' eingerichtet, in denen es Parallelklassen mit russischer und estnischer Unterrichtssprache gibt. Ohne Russischkenntnisse kann niemand was werden.

Dennoch haben bei der letzten Volkszählung 1979 *weniger* Bewohner der Estnischen SSR als 1970 angegeben, daß sie russisch sprechen können. Die demokratische Strömung für das Selbstbestimmungsrecht der Nation, die durch die Entartung der Sowjetunion wieder auf die Tagesordnung gesetzt ist, schafft sich so verschiedene Ausdrucksformen. 1979 forderten 45 Personen in einer Botschaft an die UNO das Selbstbestimmungsrecht für die drei baltischen Republiken. In Kürze wird ein Prozeß gegen zwei Wissenschaftler beginnen, die gegen die Einbeziehung Tallinns in die Olympischen Spiele und die Aushebung junger Esten für den Aggressionskrieg in Afghanistan protestiert haben. Unter der Jugend sind die traditionellen ,,Sängerfeste'' immer ein Kristallisationspunkt für indirekte, aber nicht weniger offene Demonstrationen gegen die Fremdherrschaft gewesen.

Bochumer AStA kündigt Mitgliedschaft in den vds

,,Generalvertrag zwischen vds und ,,BG-Asten'' Uni Bochum, Uni Frankfurt/M, GHS Kassel, TU und PH Braunschweig, Uni Osnabrück gescheitert

axl. Die Bochumer Basisgruppen enthüllten am 29.9.1980 per Flugblatt den Studenten der Ruhr-Universität, daß der Bochumer AStA seine Mitgliedschaft in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) zum 1.10.1980 gekündigt hat. Dieser Beschluß widerspricht der ,,Koalitionsvereinbarung'' zwischen Basisgruppen (BG) (13 Sitze im Studentenparlament (SP) von 35), MSB (3), SHB (1), LHV (1) und Juso-Hochschulgruppe (3) vom Februar 1980 für den Bochumer AStA und ist von den BG gegen die anderen Gruppen im AStA gefaßt worden.

Die Basisgruppen rechnen vor, daß 1979 die vds von den 638581,13 DM an Ausgaben nur ca. 7% für Projektbereiche, Fachtagungen, zentrale und regionale Aktivitäten und die restlichen

des Vertrages sind der ,,autonome Referent'' und die Finanzierung ,,lokaler Projekte'' durch die vds. Die Verteilung der Mitgliedsbeiträge der o.g. ASten soll danach zu 40% auf die Unterstützung der liquidierten ASten in Bayern und Baden-Württemberg, zu 25% für Verwaltungskosten der vds (incl. der Bezahlung des ,,autonomen Referenten''), zu 15% für einen Rechtshilfefonds und zu 20% für ,,lokale Projekte'', die ausschließlich durch die BG-ASten benannt werden, vom vds-Vorstand vorgenommen werden.

Der vds-Vorstand hat diesem Vertrag zugestimmt bis auf die Finanzierung ,,lokaler Projekte'' ohne Einfluß des Vorstands bzw. der vds auf die

gruppen haben diese Fraktionswirtschaft nie kritisiert, sondern ausgiebig praktiziert.

Bei dieser Kritik an den Praktiken der Vorstandsfraktionen in den vds muß man daran festhalten, daß ein Dachverband der westdeutschen Studentenschaften wie die vds verteidigt werden muß, wie sich auch tatsächlich die Arbeit der Fachtagungen zum Aufbau der Zusammenarbeit der Vertretungsorgane einer Fachrichtung im ganzen Land im Gegensatz zu den Mitgliederversammlungen gut entwickelt hat: allein im SS haben Fachtagungen von 21 Bereichen stattgefunden, mehrere Fachtagungen wie z.B. Jura sind neu gegründet worden. Angesichts der Liquidierung der Vertretungsorgane in Bayern und Baden-Württemberg ist ein Dachverband ein wichtiges Instru-



Tallinn. Überall neben der Nationalsprache die ,,Mittlersprache'' Russisch. – Pläne zum Beginn des Russisch-Unterrichts im Kindergarten werden ausgebrütet.

| 1977 | 18019 | 111590 | 30072 |
| 1978 | 18673 | 120002 | 34809 |

Erziehungsmaßregeln sind nach §9 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) ,,1. die Erteilung von Weisungen, 2. die Erziehungsbeistandschaft, 3. die Fürsorgeerziehung.'' Die häufigste Weisung ist,

terdrückungsapparates nutzen: Als Hauptforderung des Jugendgerichtstages wurde die Schaffung von ,,Spezial-Sozialdiensten'' erhoben, einer einheitlichen Behörde bei den Jugendämtern für ,,Ermittlung, Bericht und Betreuung'' von Jugendämtern, die auch die Aufgabe der Jugendgerichtshilfe übernehmen soll.

überliegend, wurde 1941 durch Parlamentsbeschluß, aber ohne Volksabstimmung eine Teilrepublik der Sowjetunion. Es ist heute der industrialisierteste und entwickeltste Teil der UdSSR; aber es ist wie Lettland direkt in seiner nationalen Identität durch die Politik der Russifizierung bedroht, die seit Ende der 50er Jahre systematisch

scheidend aber ist die zwangsweise Durchsetzung der russischen Sprache als Umgangs- und Verhandlungssprache für alle Bevölkerungsteile. Russisch, die ,,Sprache des Friedens, der Freundschaft und der lichten Hoffnung''. In einem Schulbuch für estnische Sprache – die dem Finnischen verwandt ist – heißt es: ,,Die Sowjet-

beziehung Tallinns in die Olympischen Spiele und die Aushebung junger Esten für den Aggressionskrieg in Afghanistan protestiert haben. Unter der Jugend sind die traditionellen ,,Sängerfeste'' immer ein Kristallisationspunkt für indirekte, aber nicht weniger offene Demonstrationen gegen die Fremdherrschaft gewesen.

Bochumer AStA kündigt Mitgliedschaft in den vds

,,Generalvertrag zwischen vds und ,,BG-Asten'' Uni Bochum, Uni Frankfurt/M, GHS Kassel, TU und PH Braunschweig, Uni Osnabrück gescheitert

axl. Die Bochumer Basisgruppen enthüllten am 29.9.1980 per Flugblatt den Studenten der Ruhr-Universität, daß der Bochumer AStA seine Mitgliedschaft in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) zum 1.10.1980 gekündigt hat. Dieser Beschluß widerspricht der ,,Koalitionsvereinbarung'' zwischen Basisgruppen (BG) (13 Sitze im Studentenparlament (SP) von 35), MSB (3), SHB (1), LHV (1) und Juso-Hochschulgruppe (3) vom Februar 1980 für den Bochumer AStA und ist von den BG gegen die anderen Gruppen im AStA gefaßt worden.

Die Basisgruppen rechnen vor, daß 1979 die vds von den 638581,13 DM an Ausgaben nur ca. 7% für Projektbereiche, Fachtagungen, zentrale und regionale Aktivitäten und die restlichen 593457,98 DM für Gehälter, Reisekosten der Vorstandsmitglieder, Miete, Telefon etc. ausgegeben haben. Mit dieser Kritik an einem geldverschlingenden Wasserkopf treten die Basisgruppen an, was schlagen sie zur Änderung vor?

Die Bochumer Mitgliedsbeiträge wie auch die Beiträge der anderen ,,BG-ASten'' (zusammen ca. 280000 DM) sollen den vds nur noch ,,projektgebunden'' zur Verfügung gestellt werden. Dazu haben die noch verbliebenen ASten, in denen die Basisgruppen die Mehrheit haben (Uni Bochum, Uni Frankfurt/M, GHS Kassel, TU und PH Braunschweig und Uni Osnabrück) dem vds-Vorstand einen ,,Generalvertrag'' präsentiert. Kernpunkte des Vertrages sind der ,,autonome Referent'' und die Finanzierung ,,lokaler Projekte'' durch die vds. Die Verteilung der Mitgliedsbeiträge der o.g. ASten soll danach zu 40% auf die Unterstützung der liquidierten ASten in Bayern und Baden-Württemberg, zu 25% für Verwaltungskosten der vds (incl. der Bezahlung des ,,autonomen Referenten''), zu 15% für einen Rechtshilfefonds und zu 20% für ,,lokale Projekte'', die ausschließlich durch die BG-ASten benannt werden, vom vds-Vorstand vorgenommen werden.

Der vds-Vorstand hat diesem Vertrag zugestimmt bis auf die Finanzierung ,,lokaler Projekte'' ohne Einfluß des Vorstands bzw. der vds auf die Auswahl dieser Projekte. Das entspricht auch den Praktiken der Fraktionswirtschaft, durch die die vds zur Zeit allerdings weitgehend gelähmt wird: An den Hochschulorten gibt es regelmäßig Koalitionsverhandlungen für ASten, Auseinandersetzungen über das Stimmverhalten der AStA-Delegierten auf der nächsten vds-Mitgliederversammlung, was oft in ,,Blockung'' der AStA-Stimmen auf der vds-MV führt, d.h., daß sich die Delegierten bei kontroversen Abstimmungen enthalten müssen. Durch die Fraktionswirtschaft ist die Mitgliederversammlung der vds zu einem schwerfälligen Organ der vds geworden, wo eine inhaltliche Auseinandersetzung um die Politik der Studentenbewegung und der vds erdrückt wird. Die Basisgruppen haben diese Fraktionswirtschaft nie kritisiert, sondern ausgiebig praktiziert.

Bei dieser Kritik an den Praktiken der Vorstandsfraktionen in den vds muß man daran festhalten, daß ein Dachverband der westdeutschen Studentenschaften wie die vds verteidigt werden muß, wie sich auch tatsächlich die Arbeit der Fachtagungen zum Aufbau der Zusammenarbeit der Vertretungsorgane einer Fachrichtung im ganzen Land im Gegensatz zu den Mitgliederversammlungen gut entwickelt hat: allein im SS haben Fachtagungen von 21 Bereichen stattgefunden, mehrere Fachtagungen wie z.B. Jura sind neu gegründet worden. Angesichts der Liquidierung der Vertretungsorgane in Bayern und Baden-Württemberg ist ein Dachverband ein wichtiges Instrument im Kampf für die Wiedereinführung demokratisch gewählter Vertretungsorgane in diesen Bundesländern. Das Vorgehen der Basisgruppen läuft auf eine Schwächung des Dachverbandes hinaus. Die von den Basisgruppen vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Kern die Sicherung des unkontrollierten Zugriffs auf Gelder der Studentenschaft. Der Referent der Basisgruppen im vds-Vorstand soll ,,autonom'' sein, also nicht dem Vorstand verantwortlich oder an seine Beschlüsse gebunden, dadurch wird er aber als Angestellter, der selbständig über Gelder verfügt, unkontrollierbar durch die vds-MV. Diese Art ,,Autonomie'' ist äußerst undemokratisch.

Die Kündigung der Mitgliedschaft des Bochumer AStA muß noch vom Bochumer Studentenparlament gebilligt werden; zumindest der RCDS (9 Sitze von 35) wird begeistert zustimmen, also mindestens 22 Stimmen (9 + 13 von Basisgruppen) für den Austritt des Bochumer AStA, wo noch nicht einmal der RCDS zu seiner AStA-Zeit für den Austritt eine Mehrheit zustande gekriegt hat.

Auf der Fachschaftsvertreterkonferenz (FSVK) der Ruhr-Universität, einem Beratungsorgan der Fachschaftsräte, ist der AStA am 29.9. sofort unter Beschuß gekommen, die FSVK war allerdings nicht beschlußfähig. Unbedingt muß ein Beschluß der FSVK gegen die Kündigung der Mitgliedschaft gefaßt und eine Uni-Vollversammlung angestrebt werden, die den AStA auf Rücknahme der Kündigung festlegt. Diese Rücknahme ist laut AStA-Vorsitzendem Münstermann bis zum 31.3.1981 möglich.

Der ,,Generalvertrag'':

(Vertragspartner zu 1) ist der vds-Vorstand, zu 2) die Basisgruppen-ASten) ,,§5. Der Vertragspartner zu 1) verpflichtet sich, sämtliche unter §2 genannten Mitgliedsbeiträge nach folgendem vereinbarten Schlüssel in seinen Nachtragshaushalt 1980 einzustellen:

– 25% der Mittel sind für die laufenden Kosten der Geschäftsstelle in 5300 Bonn, Kaiserstr. 71 vorgesehen. Dem Vertragspartner zu 2) steht die kostenlose Nutzung eines Büroraumes samt Telefon und die gleichberechtigte Nutzung der technischen Einrichtungen in der vds-Geschäftsstelle zur Verfügung. Der Vertragspartner zu 1) verpflichtet sich, aus diesen Mitteln einen Referenten gemäß dem üblichen Satz von Aufwandsentschädigung für vds-Vorstandsmitglieder zum 1.11.1980 einzustellen. Dieser Referent hat Anspruch auf betriebseigene Reisekostenvergütung entsprechend der Reisekostenordnung in Höhe von maximal DM 1500 monatlich. Rechtlich ist er Beschäftigter der vds, er handelt politisch autonom für die unterzeichnenden ASten. Ihm steht das Recht zu, für den Vertragspartner unter 2) eigene Mitteilungen dem vds-Rundbrief auf Kosten des Vertragspartners zu 1) jeweils beizulegen.

– 40% der Mittel werden in einen ... Solidaritätsfond für die Studentenschaften Baden-Württembergs und Bayerns sowie für Studentenschaften, die von staatlicher Repression betroffen sind ... eingezahlt. (...)

– 15% der Mittel werden ... auf einen Rechtshilfefond einbezahlt (...).

– 20% der Mittel sind unverzüglich nach Erhalt auf ein von den beitragszahlenden ASten genanntes Sonderkonto zurückzuüberweisen, um örtliche Projekte der jeweiligen Studentenschaften zu finanzieren. Von diesem Konto werden die eingezahlten Mittel anteilmäßig auf ein ... örtliches Konto überwiesen, das den Status eines autonomen vds-Projektbereichs-Kontos erhält. (...)



Tallinn. Überall neben der Nationalsprache die ,,Mittlersprache'' Russisch. – Pläne zum Beginn des Russisch-Unterrichts im Kindergarten werden ausgebrütet.

Ausbeutung statt Ausbildung

luh. Anfang dieses Jahres führte die Frankfurter Praktische-Jahr-Gruppe mit Unterstützung des Bundes Gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV unter den Praktischen-Jahr-Studenten eine Umfrage durch. 50% der Studenten waren an dieser Umfrage beteiligt, die jetzt als Sonderinformation der ÖTV vorliegt. Hier die Ergebnisse:

– ,,Die personelle Ausstattung der Krankenhäuser reicht für eine ausreichende Ausbildung der PJ-Studenten nicht aus. Rechnerisch erfolgt zwar eine personelle Aufstockung der Personalstellen. Die hinzugezogenen Stellen wurden jedoch meist weniger zur Ausbildung, sondern mehr zum Auffüllen der Lücken verwandt ...''.

An praktischen Tätigkeiten werden den PJlern überwiegend die früheren Medizinalassistenten-Tätigkeiten übertragen. Blutentnahme, Spritzentouren, die Krankheitsgeschichte neu aufgenommener Patienten erheben etc. In die Technik der Blutentnahme eingeführt werden überhaupt nur 47%. Die Krankheitsgeschichten werden z.B. in der Chirurgie in 60% der Fälle überhaupt nicht besprochen. 16% der befragten PJler konnten noch nicht einmal eine Hautnaht legen. ,,Es erscheint deshalb notwendig, einen Ausbildungskatalog in Form eines regelrechten Vertrages zu erarbeiten, in dem die wichtigsten Ausbildungsinhalte festgelegt sind'', schreibt dazu die ÖTV in ihrer Sonderinformation.

– die Arbeitszeit am Krankenhaus umfaßt im Schnitt 32,2 Stunden pro Woche, was etwa dem festgelegten Richtwert entspricht. Wofür die PJler in dieser Zeit eingesetzt werden, ist allerdings eine andere Frage. Das krasseste Beispiel unbezahlter Arbeit sind die Stationsvertretungen: 24 mal wurden Assistenzärzte von PJlern vertreten, von einem Tag bis zu 8 Wochen, durchschnittlich für 2 Wochen und zusammengerechnet ergab sich eine Vertretungszeit von etwa 10 Monaten. ,,Deshalb fordern wir die PJler auf, sich nicht als billige Lückenbüsser mißbrauchen zu lassen und die Stationsvertretungen, auch im Interesse der Patienten, abzulehnen''.

– Monatlich stehen den befragten PJler durchschnittlich 719 DM zur Verfügung, Jedoch spiegelt dies die materielle Situation nicht richtig wieder. 47% liegen unter dem gegenwärtigen BAföG-Höchstsatz von 620 DM, zum anderen kommen die Beträge durch Kreditaufnahme (17%), Plünderung von Sparkonten (18%) und in 37% durch Nebentätigkeiten zustande, sowie in 54% durch die Eltern. ,,Die wichtigste Forderung'', schreibt die ÖTV/BGÄ deshalb, ,,Abschluß eines Tarifvertrages und Bezahlung des Praktischen Jahr ergibt sich jedoch nicht allein aus der bisher unentgeltlichen Arbeitsleistung ... Vielmehr hat er Anspruch auf einen Gegenwert, wie es bei anderen Auszubildenden eine Selbstverständlichkeit ist.''

Ausbaustop für Lübecker Berufsschule

Kommunalaufsicht erschwert Kampf um Demokratie

reh. Die Bedingungen der beruflichen Bildung an Lübecks Berufsschulen sind katastrophal. Im letzten Jahr mußten aufgrund des Raummangels 28 Klassen samstags zur Schule, 14 hatten noch nach 16 Uhr Unterricht, 17 Klassenräume mußten in anderen Schulen belegt werden. Bei 197 Klassenräumen mußte selbst der Lübecker Senat ein Fehl von 40 Räumen zugeben. Ständiger Unterrichtsausfall, Wanderklassen, hohe Klassenfrequenzen und allgemeiner Unterricht in Fachräumen, was wiederum die fachpraktische Ausbildung einschränkte, waren weitere Folgen. Die Stadt mußte den Bau eines Berufsschulzentrums einleiten. In dieses Vorhaben hat jetzt die Kommunalaufsichtsbehörde indirekt eingegriffen. Auf Anweisung Innenminister Barschels wurde die Neuverschuldung der Stadt von 35 auf 20 Mio. DM reduziert. Als Folge hat die Bürgerschaft eine Kürzung von 4 Mio. DM für den 1. Bauabschnitt beschlossen. Dagegen haben Schüler der Gewerbeschule I auf dem Schulhof symbolisch einen Sarg beerdigt, um zu demonstrieren, daß die Stadt den Ausbau abschreiben will.

Seit Anfang der 70er Jahre kämpft die IG Bau Steine Erden um die Verbesserung der Berufsausbildung im Baugewerbe. 1974 wurde mit den Verbänden der Baukapitalisten und Staatsorganen ein Abkommen über die Errichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten abgeschlossen. Eine dieser Ausbildungsstätten sollte bis 78 in Mölln errichtet werden. Durch jahrelanges Hintertreiben des Projekts durch die Baukapitalisten, Magistrat und verschiedene staatliche Prüfungsinstanzen wurde die Bauhalle Mölln erst in diesem Sommer baureif. Nun trat allerdings die Bundesregierung auf den Plan. Die Mittel, die sie jahrelang abrufbereit gehalten hätte, würden nun anderweitig verwendet. Bundestagsabgeordneter Kuhlwein: „Der Bund kann jedoch aufgrund der gewachsenen internationalen Verpflichtungen nicht allen Wünschen gleichzeitig nachkommen." Gegen diese Manöver hat der DGB-Kreis Lauenburg letzte Woche eine Flugblattaktion begonnen.

Ähnliche Auseinandersetzungen, in denen Forderungen nach Verbesserung der Reproduktionsbedingungen in dem Finanzierungsgestrüpp des bürgerlichen Staates gefangen und womöglich abgewürgt werden sollen, gibt es zu hunderten. Jedesmal können die Gegner der Forderungen auftreten mit Argumenten wie: Es seien keine Mittel da; man stünde in Verhandlungen mit Kreis/Land/Bund; die Mittel seien projekt- und an bestimmte Auflagen gebunden; die Kommunalaufsicht lasse eine weitere Kreditaufnahme nicht zu; usw.

Tatsache ist, daß durch die Finanzverfassung in Westdeutschland die kommunale Selbstverwaltung zur Farce gemacht wurde. Bei einem gesamten Steueraufkommen von 8,63 Mrd. DM im Jahre 78 in Schleswig-Holstein konnten die Gemeinden und Gemeindeverbände gerade über 1,71 Mrd. DM direkt verfügen. Die Gesamteinnahmen der Gemeinden betrugen 6,1 Mrd. DM, davon wurden 0,74 Mrd. DM von der Landesregierung zweck- und schlüsselgebunden willkürlich auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Wird so schon über die Mittelzuweisung die Verwendung der Ausgaben von den zentralen Staatsorganen bestimmt, wird selbst noch über die schmale Finanzbasis, über die die Kommunen direkt verfügen, durch die Kommunalaufsicht des Innenministers eingegriffen. Die Haushalte müssen dem Innenminister zur Genehmigung vorgelegt werden. Bei der Aufstellung „ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen" Gemeindeordnung §75). Kredite kann der Innenminister untersagen, „wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht im Einklang steht" (§85 GO). Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten 1978 einen Schuldenstand von 2,54 Mrd. DM (42% des Haushalts), das Land dagegen ca. 5 Mrd. DM (70%). Offensichtlich ist der Hauptkreditgeber, das Finanzkapital, daran interessiert, daß die Staatsschulden auf höherer Ebene konzentriert sind. Über die Kommunalaufsicht soll die Schuldentilgung durch Plünderung der Massen wenigstens teilweise angegangen werden: „Als ein Schritt in die richtige Richtung fordert Barschel die Einführung der Straßenreinigungsgebühren in Lübeck" (Lübecker Nachrichten,

Die Forderungen nach Mindestbedingungen der schulischen, gesundheitlichen, Altersversorgung usw. werden in der großen Mehrzahl auf kommunaler Ebene gestellt. Auf dieser Ebene sind sie auch am leichtesten durchzusetzen. Dagegen hat der bürgerliche Staat als geschäftsführender Ausschuß des Finanzkapitals eine Schutzbarriere errichtet, indem er die Finanzierung solcher Bedingungen auf die zentralen Staatsorgane konzentriert. Im Kampf um Demokratie wird es unerläßlich sein, eine demokratische Kommunalverfassung zu fordern, die beinhaltet, daß die Kommunen uneingeschränkte Kontrolle über ihren Haushalt haben, daß der Steuereinzug ausschließlich über die Kommunen vollzogen wird, daß die Steuern an Bund und Länder auf dem Gesetzgebungsweg jährlich bewilligt werden und daß die Kommunen das Recht auf Steuerverweigerung haben.

Kämpfe der FHS-Studenten

HH-Senat: Nullstellenplan/ Lübeck: Neue PO

thw. Der Streik der Erstsemesterstudenten des Maschinenbaus an der FH-Hamburg ist zunächst beendet worden. Die Studenten hatten das Studium erst gar nicht aufgenommen, nachdem der Fachbereich auf Anweisung der Präsidialverwaltung der FH 2 Dozentenstellen an einen anderen FB abgeben mußte (was der Fachbereichsleiter Wiebe allerdings auch gerne tat), und dadurch die 126 Erstsemesterstudenten nicht wie bisher auf 4 Gruppen, sondern nur auf 3 Gruppen aufgeteilt wurden. Statt 30 Studenten in einer „Klasse" jetzt 40 und mehr Studenten. Das mag für Universitätsverhältnisse lächerlich klingen, hat aber ebenso wie an den Schulen erhebliche Auswirkungen: gesteigerte Studienabbruch- und Durchfallquoten. Das Maschinenbaustudium ist bereits so etwas, wie ein Musterbeispiel der Studienreform des bürgerlichen Staatsapparates. Es ist in ein 6-semestriges Kurzstudium gepresst. Bei einer sehr hohen Stoffülle pro Unterrichtseinheit liegt die wöchentliche Vorlesungszeit – ohne jede Vorbereitung – bei über 30 Stunden. Genauso umfänglich verhält es sich mit den halbjährlichen Klausuren. 2 Ergebnisse davon sind, daß nur ca. ⅔ der Studenten ihr Studienziel erreichen, und daß es z.B. im letzten Semester bei den Klausuren der 1.-3-Semester eine durchschnittliche Durchfallquote von 39% bei 10 ausgewerteten Klausuren gegeben hat.

Die Erstsemesterstudenten haben, unterstützt durch den Fachschaftsrat, die Wiedereinführung der 4 Semestergruppen gefordert. Sie haben zunächst in den Verhandlungen mit dem FH-Präsidenten Dahlheimer und dem Fachbereichsleiter Wiebe erreicht, daß sie 25 Dozentenstunden zusätzlich bekommen. Damit werden 25% des Unterrichts in kleineren Gruppen durchgeführt. Die Stunden werden den Dozenten als Überstunden abverlangt.

Die Durchsetzung der 4. Semestergruppe erfordert die einheitliche Aktion der Studenten des gesamten Fachbereichs, denn der Kampf um die 2 Dozentenstellen ist ein Angriff auf den Nullstellenplan des Hamburger Senats und auf seine Kapazitätsverordnung. Der Fachschaftsrat hat dazu mit einer Unterschriftensammlung begonnen, die sich gegen den Nullstellenplan wendet und als Petition an die Bürgerschaft geschickt werden soll. Aufgrund des 1975 beschlossenen Nullstellenplanes darf das Personal im Öffentlichen Dienst nicht erhöht werden. Im Gegenteil sind seitdem einige 1000 Beschäftigte wegrationalisiert worden. Der überall fühlbare Mangel an Personal wird verteilt, hin- und hergeschoben. Die Kapazitätsverordnung legt fest, wieviel Studenten pro Dozenten und die vorhandenen Räumlichkeiten kommen. Danach ist der Fachbereich noch lange nicht ausgelastet, sondern hat „Überkapazitäten" – siehe Bild.

Zu diesen Angriffen auf die Studienbedingungen kommt hinzu die gegenwärtige Studienreform, bei der ein wichtiger Teil die Reform der Prüfungsordnungen ist. Sie sollen gewährleisten, daß die Studenten weiterhin rasch durch das Studium geschleust werden. Die neue Prüfungsordnung an der FH-Lübeck sah vor, daß die Studenten eine nicht bestandene Klausur nur noch zweimal wiederholen dürfen. Wer sich nicht beugt, der fliegt. Die Proteste der Studenten dagegen haben den Kultusminister von Schleswig-Holstein gezwungen, diese Prüfungsordnung zunächst einmal zurückzuziehen.



Erstsemesterstudenten des Maschinenbaus bei einer einführenden Lehrveranstaltung. Die Mehrheit der Räume sind für 40 Studenten viel zu klein.

Wahlergebnisse des KBW Schleswig-Holstein, Hamburg

Wahlkreis Schl.Holst.	LTW 1979	BTW Erstst.	1980 Zw.st.
1	56	59	31
2	46	132	36
3	49	49	22
4	82	39	26
5	170	132	116
6	79	48	28
7	71	45	33
8	73	73	43
9	56	67	23
10	70	73	30
11	54	32	25
gesamt	806	749	423
Hamburg	**BSW 1978**	**BTW Erstst.**	**1980 Zw.st.**
12	137	85	69
13	90	104	77
14	158	107	83
15	107	71	54
16	71	119	35
17	66	45	38
18	59	51	44
gesamt	689	582	400
Nieders.	**LTW 1978**	**BTW Erstst.**	**1980 Zw.st.**
19	35	57	43
20	46	58	37
21	-	32	17

1 Flensburg-Schleswig/ 2 Nordfriesland, Dithmarschen/ 3 Steinburg, Dithmarschen Süd/ 4 Rendsburg-Eckernförde/ 5 Kiel/ 6 Plön-Neumünster/ 7 Pinneberg/ 8 Segeberg-Stormarn/ 9 Ostholstein/ 10 Lauenburg-Stormarn/ 11 Lübeck/ 12 Hamburg-Mitte/ 13 Hamburg-Altona/ 14 Hamburg-Eimsbüttel/ 15 Hamburg-Nord/ 16 Hamburg-Wandsbek/ 17 Hamburg-Bergedorf/ 18 Hamburg-Harburg/ 19 Stade/ 20 Lüneburg – Lüchow-Dannenberg/ 21 Harburg/

Kiel: Türkeidemonstration Sa., 18.10. 10 Uhr

pes. Am 18.10. führt auf Initiative des „Komitees gegen die Grauen Wölfe" ein Aktionsbündnis mehrerer demokratischer und revolutionärer Organisationen eine Demonstration in Kiel durch zur Unterstützung des demokratischen Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen in der Türkei. Die Ziele des Putsches der Generalsjunta sind die Niederhaltung dieser Kämpfe. Revidierung der fortschrittlichen Verfassung von 1961 und ihre Ergänzung durch reaktionäre Ausführungsgesetze sollen die Gewerkschaftsfreiheit beschneiden, der Justiz mehr Vollmachten garantieren, Verbote demokratischer Parteien und Organisationen durchsetzen sowie Erfüllung der Bedingungen ermöglichen, die die Imperialisten der USA und Westeuropas an ihre Kreditvergabe und Militärhilfe knüpfen. Mit einem Kredit von 2 Mrd. Dollar, der die laufenden Schuldenla-

Mölln errichtet werden. Durch jahrelanges Hintertreiben des Projekts durch die Baukapitalisten, Magistrat und verschiedene staatliche Prüfungsinstanzen wurde die Bauhalle Mölln erst in diesem Sommer baureif. Nun trat allerdings die Bundesregierung auf den Plan. Die Mittel, die sie jahrelang abrufbereit gehalten hätte, würden nun anderweitig verwendet. Bundestagsabgeordneter Kuhlwein: „Der Bund kann jedoch aufgrund der gewachsenen internationalen Verpflichtungen nicht allen Wünschen gleichzeitig nachkommen." Gegen diese Manöver hat der DGB-Kreis Lauenburg letzte Woche eine Flugblattaktion begonnen.

Ähnliche Auseinandersetzungen, in denen Forderungen nach Verbesserung der Reproduktionsbedingungen in dem Finanzierungsgestrüpp des bürgerlichen Staates gefangen und womöglich abgewürgt werden sollen, gibt es zu hunderten. Jedesmal können die Gegner der Forderungen auftreten mit Argumenten wie: Es seien keine Mittel da; man stünde in Verhandlungen mit Kreis/Land/Bund; die Mittel seien projekt- und an bestimmte Auflagen gebunden; die Kommunalaufsicht lasse eine weitere Kreditaufnahme nicht zu; usw.

Staatsschulden auf höherer Ebene konzentriert sind. Über die Kommunalaufsicht soll die Schuldentilgung durch Plünderung der Massen wenigstens teilweise angegangen werden: „Als ein Schritt in die richtige Richtung fordert Barschel die Einführung der Straßenreinigungsgebühren in Lübeck" (Lübecker Nachrichten,

Die Forderungen nach Mindestbedingungen der schulischen, gesundheitlichen, Altersversorgung usw. werden in der großen Mehrzahl auf kommunaler Ebene gestellt. Auf dieser Ebene sind sie auch am leichtesten durchzusetzen. Dagegen hat der bürgerliche Staat als geschäftsführender Ausschuß des Finanzkapitals eine Schutzbarriere errichtet, indem er die Finanzierung solcher Bedingungen auf die zentralen Staatsorgane konzentriert. Im Kampf um Demokratie wird es unerläßlich sein, eine demokratische Kommunalverfassung zu fordern, die beinhaltet, daß die Kommunen uneingeschränkte Kontrolle über ihren Haushalt haben, daß der Steuereinzug ausschließlich über die Kommunen vollzogen wird, daß die Steuern an Bund und Länder auf dem Gesetzgebungsweg jährlich bewilligt werden und daß die Kommunen das Recht auf Steuerverweigerung haben.

unterstützt durch den Fachschaftsrat, die Wiedereinführung der 4 Semestergruppen gefordert. Sie haben zunächst in den Verhandlungen mit dem FH-Präsidenten Dahlheimer und dem Fachbereichsleiter Wiebe erreicht, daß sie 25 Dozentenstunden zusätzlich be-

der FH-Lübeck sah vor, daß die Studenten eine nicht bestandene Klausur nur noch zweimal wiederholen dürfen. Wer sich nicht beugt, der fliegt. Die Proteste der Studenten dagegen haben den Kultusminister von Schleswig-Holstein gezwungen, diese Prüfungsordnung zunächst einmal zurückzuziehen.



Erstsemesterstudenten des Maschinenbaus bei einer einführenden Lehrveranstaltung. Die Mehrheit der Räume sind für 40 Studenten viel zu klein.

Stormarn/ 11 Lübeck/ 12 Hamburg-Mitte/ 13 Hamburg-Altona/ 14 Hamburg-Eimsbüttel/ 15 Hamburg-Nord/ 16 Hamburg-Wandsbek/ 17 Hamburg-Bergedorf/ 18 Hamburg-Harburg/ 19 Stade/ 20 Lüneburg – Lüchow-Dannenberg/ 21 Harburg/

Kiel: Türkeidemonstration Sa., 18.10. 10 Uhr

pes. Am 18.10. führt auf Initiative des „Komitees gegen die Grauen Wölfe" ein Aktionsbündnis mehrerer demokratischer und revolutionärer Organisationen eine Demonstration in Kiel durch zur Unterstützung des demokratischen Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen in der Türkei. Die Ziele des Putsches der Generalsjunta sind die Niederhaltung dieser Kämpfe. Revidierung der fortschrittlichen Verfassung von 1961 und ihre Ergänzung durch reaktionäre Ausführungsgesetze sollen die Gewerkschaftsfreiheit beschneiden, der Justiz mehr Vollmachten garantieren, Verbote demokratischer Parteien und Organisationen durchsetzen sowie Erfüllung der Bedingungen ermöglichen, die die Imperialisten der USA und Westeuropas an ihre Kreditvergabe und Militärhilfe knüpfen. Mit einem Kredit von 2 Mrd. Dollar, der die laufenden Schuldenla-

sten des türkischen Staates drücken soll, hat das von der BRD geführte Konsortium die Bedingung verbunden, alle Hindernisse für das freie Einströmen von Waren und Kapital zu beseitigen. Unter dem Schirm der NATO sollen die Stützpunkte der USA gesichert werden und mit 400 Mio. Dollar Militärhilfe die Armee neu ausgerüstet werden. Die EG-Imperialisten, voran die BRD, haben das US-Monopol im Außenhandel gebrochen und verstärken ihre Einmischung.

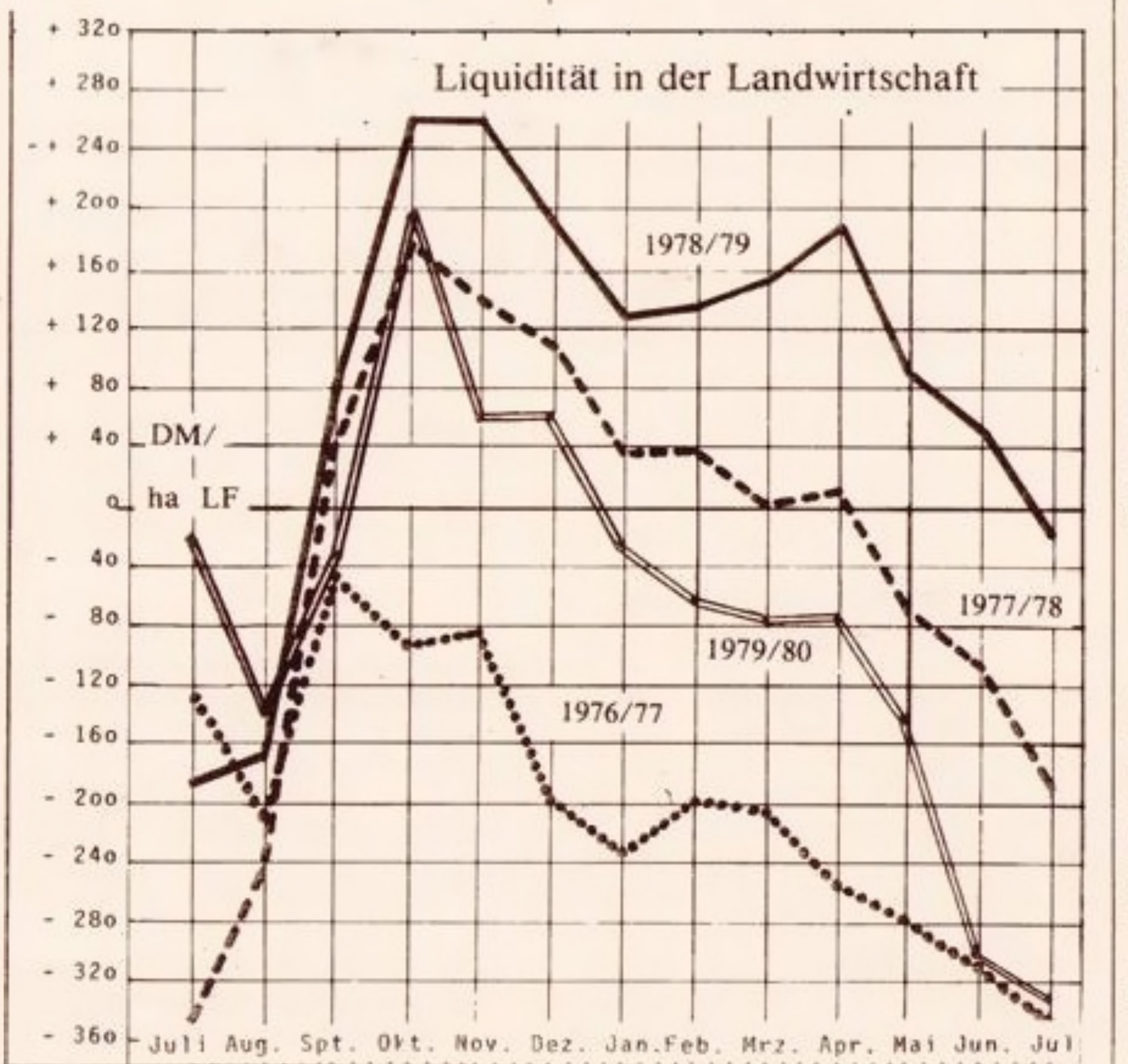
Gleichzeitig betreibt die Bundesregierung in Westdeutschland verstärkt die Unterdrückung der hier lebenden Türken. Verschärfung von Asyl- und Ausländergesetz, Vorbereitung des Verbots der ATIF („Förderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V."), Duldung des faschistischen Terrors der „Grauen Wölfe" sind deutliche Zeichen. Unterstützung der demokratischen Kämpfe in der Türkei, Nichteinmischung der BRD in der Türkei, Bekämpfung der reaktionären Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Ausländer in Westdeutschland sind die Aufgaben der Demonstration.

Flessner und Heereman: Bauern, schanzt weiter für die Banken

wiv. Am 30.9. hat in Rendsburg eine Arbeitstagung des Landesvorstandes des Bauernverbandes und der Vorsitzenden der Kreisbauernverbände stattgefunden. Der Landesvorstand forderte dort die „zügige Aufnahme von Preisverhandlungen für das nächste Wirtschaftsjahr", während viele Ortsvorsteher und Kreisvorsitzende *sofortige* Erhöhungen der Erzeugerpreise fordern. Gerade vom Bundesvorstand, den Landesvorständen und von den Landwirtschaftsministern sowieso wird dabei betont, daß das EG-Marktordnungssystem erhalten bleiben und noch ausgebaut werden müsse. Dabei ist es gerade die EG-Agrarpolitik in Verbindung mit den nationalen „Förderungs- und Strukturmaßnahmen", die die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern fördert und steuert.

Wie dramatisch sich nach der schlechten Ernte 1980 die Lage für die Masse der Bauern darstellt, geht aus dem II. Quartalsbericht der Landwirtschaftskammer hervor. In dem Bericht wird die Liquidität in der Landwirtschaft untersucht. Das dazu gehörende Schaubild haben wir hier abgedruckt. Grundlage der Berechnungen bilden 200 sogenannte „Geldberichterstatter-Betriebe", die über ganz Schleswig-Holstein verteilt sind. Die Kammer betont, daß es sich bei den Ergebnissen um die Durchschnittswerte aller 200 Betriebe handelt, daß es sowieso überdurchschnittlich leistungsfähige Betriebe sind und die Ergebnisse die tatsächliche Liquiditätssituation in der Landwirtschaft eher zu günstig als zu ungünstig wiedergeben.

Bei der hier untersuchten „monatlichen Zeitpunktliquidität" berechnet in DM je ha landwirtschaftlicher Fläche (LF) handelt es sich um den Saldo von Guthaben (Bargeld) und Forderungen einerseits und den kurzfristigen Verbindlichkeiten (Verschuldung) andererseits. Verfolgt man den Kurvenverlauf des Wirtschaftsjahres 1979/80, so betrug im Juli der Saldo aus diesen beiden Werten –320 DM/ha. Oder anders: ein landwirtschaftlicher Betrieb mit 35 ha (Landesdurchschnitt) war vom Zeitpunkt Juli 1980 mit 11600 DM schnell zurückzuzahlenden Schulden belastet. In einfachen Worten: seit der Jahreswende (wo im Schaubild die Kurve die Null-Linie im Dez./Jan. unterschreitet) haben die Bauern keinen Pfennig Bares mehr auf der Naht, sondern steigende Schulden am Hals, mit denen sie Investitionen, aktuelle Einkäufe usw. tätigen sollen. Noch deutlicher wird die Lage, wenn man die *Gesamtverschuldung* betrachtet. Kurz nach der Währungsreform betrug die Verschuldung 385 DM/ha. Sie stieg bis 1960/61 auf 1121 DM/ha und erreichte im Wirtschaftsjahr 1977/78 bereits 3455 DM/ha. Das heißt, unser „Durchschnittsbetrieb" mit 35 ha ist belastet mit rund 121000 DM, Geld, das faktisch die Banken hineingepumpt haben und für dessen Verzinsung die Bauern schanzen müssen.



Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119551, 6000 Frankfurt am Main, Telex 4 13080 kuehl d, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/394904; Verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 - 10, 14 - 16: Bernhard Peters, für die Seiten 11 - 13 Lutz Plümer; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltung GmbH & Co Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Erscheint wöchentlich. Zu beziehen über die Geschäftsstelle des Regionalverbandes, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50, gegen Einzahlung des Abonnementpreises von 11 DM pro Vierteljahr oder 44 DM pro Jahr; Commerzbank 403679, BLZ 20050550.



Veranstaltung der ÖTV-Hamburg gegen Verschulung der Ausbildung

suk. Der Hauptvorstand der ÖTV geht davon aus, daß der Verhandlungsspielraum bei den Verhandlungen für einen neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende (MTV-A) ausgeschöpft ist. Die Schwerpunktforderungen der ÖTV-Jugend lauteten: Der MTV-A muß auch in der Krankenpflege gelten, bei Stufenausbildung muß die Ausbildung alle Stufen umfassen, die Probezeit ist auf einen Monat zu verkürzen, alle Ausbildungskosten hat der Arbeitgeber zu zahlen und alle ausgebildeten Jugendlichen sind in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Nach zweijährigen Verhandlungen konnte keine dieser Forderungen durchgesetzt werden. Lediglich soll es in dem neuen MTV-A statt vier Tagen frei vor Prüfungen eine Woche frei geben, beim Besuch von auswärtigen Berufsschulen soll die Selbstbeteiligung an den Fahrtkosten von acht auf sechs Prozent gesenkt werden und Befreiung von der praktischen Ausbildung nach betriebsinternem theoretischem Unterricht von sechs Stunden. Weitere Veränderungen im neuen MTV-A sind schon im Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelt und von daher keine Verbesserungen, da das BBiG Anwendung findet.

Verschiedene Bezirke in Westdeutschland vertreten den Standpunkt, daß es sich nicht gelohnt hat, für die minimalen Verbesserungen drei Jahre gekämpft zu haben. Wir werden aber davon ausgehen müssen, daß bis zur Erklärungsfrist am 20.11.80 diese Minderheit, die für Ablehnung des Angebotes stimmt, sich nicht durchsetzen kann. Die Mehrheit des Bundesjugendausschusses und des Hauptvorstandes der ÖTV vertreten die Meinung, daß für die Annahme gestimmt werden soll, wenn am 15.11. die Vollversammlung der kommunalen Arbeitgeber Tarifverhandlungen zur Verbesserung der Regelung des Rechtsverhältnisses für Lernschwestern und -pfleger zustimmten.

Was bedeutet nun dieses Ergebnis für die Auszubildenden in der Krankenpflege? Die Auszubildenden sind ein weiteres Mal auf sich alleine gestellt, Verbesserungen in ihrer Ausbildung zu erreichen. Die Forderungen für einen neuen Tarifvertrag in der Krankenpflege werden aller Voraussicht nach dieselben wie zum MTV-A sein. Die gesamte ÖTV-Jugend konnte nur Bruchstücke dieser Forderungen durchsetzen, wie sollen die Auszubildenden in der Krankenpflege, ausgerechnet in einem Bereich, wo die Ausbildung noch schlechter abgesichert ist, als überall sonst, alleine diese Forderungen durchsetzen. Die Lage ist aber erheblich schwieriger. Der Hauptvorstand und der Bundesjugendausschuß müssen dafür sorgen, daß die gesamte Organisation diesen Kampf unterstützt.

Es ist notwendig, daß die Auszubildenden und die Kollegen zusammen mit der ÖTV einen Standpunkt erarbeiten und Forderungen aufstellen, um der massiven Verschlechterung in der Ausbildung im Gesundheitswesen Einhalt zu gebieten.

Günstig ist dazu die Veranstaltung der ÖTV-Jugend im Gesundheitswesen in Hamburg zu dem Thema: MTV-A-Verhandlungen und -Verschulungsabsichten im Gesundheitswesen. Ort: Hamburger Gewerkschaftshaus Besenbinderhof, Takelboden. Zeit: 23.11.80, 19.00 Uhr.

Langer Dienst – wenig Schlaf

Interview über den Bereitschaftsdienst der Ärzte

san./mis. Du bist Arzt in der Inneren Abteilung eines kleineren schleswig-holsteinischen Krankenhauses. Wie oft mußt Du zu dem normalen Dienst Bereitschaftsdienst machen?

Die normale Dienstzeit geht von 7.30 Uhr bis 16.15 Uhr. Anschließend folgt Bereitschaftsdienst bis 7.30 Uhr. Im Monat muß ich drei Bereitschaftsdienste für das Haus und drei weitere für den Notarztwagen machen. Wenn das DRK nicht die drei Planstellen für die ärztliche Besetzung des Notarztwagens übernommen hätte, müßten wir öfters Dienst machen.

Kommt der Bereitschaftsdienst für das Wochenende zu den sechs Diensten hinzu?

Ja, wir haben im Monat an je einem Samstag und Sonntag an verschiedenen Wochenenden Bereitschaftsdienst. Manchmal ist soviel zu tun, daß man kaum zum Mittagessen kommt. Da wir 24 Stunden lang im Krankenhaus sein müssen, kann man den nächsten Tag vergessen. Es gehen also zusätzlich zwei Wochenenden drauf.

Was ist denn während des Bereitschaftsdienstes zu tun?

Die Arbeitsbelastung ist unterschiedlich, auch bei der allabendlichen Spritzentour. Wir werden gerufen, wenn sich der Gesundheitszustand eines Patienten verschlechtert, bei Notfällen und Zugängen. Im Durchschnitt muß man mit 3 bis 4 Zugängen pro Bereitschaftsdienst rechnen. Die neuen Patienten müssen untersucht werden, die Diagnose muß gestellt werden und die Behandlung muß eingeleitet werden. Bei „einfachen" Erkrankungen braucht man ca. 1 Stunde. Bei schwereren Fällen, z.B. Patient mit Herzinfarkt, muß man mit 1½ bis 2 Stunden rechnen.Es ist ja nicht so, daß die Arbeit an einem Stück geleistet wird, sondern man wird eben aus dem Schlaf geholt. Nach der Behandlung eines Patienten kann ich auch nicht sofort wieder einschlafen. Das dauert so eine halbe Stunde. Die Schwestern zögern manchmal, nachts den diensthabenden Arzt anzurufen, denn sie wissen, daß dessen Dienst am nächsten Tag bis nachmittags weitergeht, und sie merken ja, wie übermüdet die Ärzte nach einem Bereitschaftsdienst sind, nach höchstens vier Stunden Schlaf.

Bei den Chirurgen und Anästhesisten tritt das Problem noch deutlicher zu Tage. Verkehrsunfälle und andere akute Notfälle zwingen sie oft stundenlang an den OP-Tisch. Es ist geradezu unverantwortlich, daß sie bis zum nächsten Nachmittag weiter arbeiten müssen.

Das Grundproblem ist, daß wir mit Menschen zu tun haben, und jeder Fehler, selbst die geringste Nachlässigkeit aufgrund des Konzentrationsmangels und der Müdigkeit sich lebensgefährlich für den Patienten auswirken kann. In intensiven Bereichen wie z.B. im OP, in der chirurgischen Unfallambulanz und auf den Intensivstationen müßte eigentlich ein Schichtdienst eingeführt werden. Dies geht aber nur mit entsprechender Bezahlung, angemessenem Freizeitausgleich und ausreichenden Planstellen. In weniger arbeitsintensiven Bereichen wie z.B. Haut- und Augenkliniken muß der Bereitschaftsdienst als Arbeitsbereitschaft vergütet werden, d.h. mit Überstundenbezahlung, Nachtzuschlag und anschließendem Freizeitausgleich. Auf jeden Fall muß die Einhaltung der 40-Stundenwoche durchgesetzt werden. Welche Regelung aber letztendlich gelten wird, hängt von uns selber ab. Die Voraussetzungen sind jedenfalls günstig, denn die Gewerkschaft ÖTV hat die Sonderregelungen zu den Bereitschaftsdiensten gekündigt, und die ersten Verhandlungen finden am 24.10. statt.

IGM HH beginnt Vorbereitung der Tarifrunde

„Verstärkte Anhebung der unteren Tarifgruppen – vorrangiges Ziel der Tarifpolitik"

uwz. In diesen Tagen bekräftigen Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall Hamburg auf Zusammenkünften von Betriebsratsvorsitzenden, von VK-Leitungen und Vertrauenskörpern die lang diskutierte Position, daß die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen angehoben werden müssen und daß sich dies auch in dieser Tarifrunde durchsetzen muß.

Bereits nach der letzten Tarifbewegung 79/80 hatte es in Kritik des Ergebnisses die ersten Beschlüsse zur Auswertung gegeben von VKs. „. . . wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, daß die strukturelle Veränderung der unteren Lohngruppen realisiert wird (VK AEG 20.2.80)". Die Diskussion, daß ein Festgeldmindestbetrag 1980/81 auch *durchgesetzt* werden muß, drückte sich in der Beschlußlage zum 1. Mai und zum IGM Gewerkschaftstag massiv aus. Die Delegierten aller Hamburger Metallbetriebe in der Vertreterversammlung formulierten ihren Willen einstimmig: „Antrag 904: Die IG Metall bekräftigt ihr tarifpolitisches Ziel, eine verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen zu verwirklichen und gleichzeitig eine Streichung der untersten Tarifgruppen zu erreichen." Gleichzeitig wurden in den Betrieben Forderungen gegen die Schichtarbeit, die Nachtarbeit und für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Std. bei vollem Lohn erhoben.

Auf dieser Grundlage trat die Hamburger Delegation auf dem IGM Gewerkschaftstag für eine klare Festlegung in der Entschließung 12 (Tarifpolitik) ein: „. . . *müssen wir wohl eine Sprache sprechen, die ohne Erklärungen, Auslegungen, Interpretationen von unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit verstanden wird. (Beifall) . . . Das bedeutet die Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durchzusetzen. . . Lohngruppe II muß weg (Beifall). Die verstärkte Anhebung der unteren Gruppen muß vorrangiges Ziel der Tarifpolitik bleiben*" (H. Bethge, IGM Ortsverwaltung HH auf dem Gewerkschaftstag).

Diese mehrheitlich beschlossene Position der IG Metall durchzusetzen, war auf allen Versammlungen Hauptanliegen. Dabei drückten VK-Leiter und BR-Vorsitzende ihre Unzufriedenheit mit den Abstimmungen zur innerorganisatorischen Demokratie (Wahl Bezirksleiter) aus, forderten aber, sich auf den beschlossenen Positionen zu einigen, die Mitglieder breit einzubeziehen. J. Müllner, 1. Bevollmächtigter der IGM Hamburg, begrüßte dies ausdrücklich. Er forderte, daß neben dem Schwerpunkt auf Durchsetzung eines Festgeldmindestbetrages „qualitative Forderungen" gegen die Intensität der Arbeit in die Tarifrunde einbezogen werden. Dies sind Forderungen gegen Schichtarbeit, für Pausenregelungen usw (vgl. E12). Der Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte im Nordverbund soll dort mit verhandelt werden. Fragen, die in den Betrieben von VKs und BRs behandelt werden nach Absicherung des Effektivlohns, wurden zwar angesprochen auf allen Versammlungen, einheitliche Vorschläge für Forderungen gab es nicht.

Zur Einleitung der Tarifrunde soll im Oktober eine große Funktionärsversammlung der IGM einberufen werden, die Vertrauenskörper rief Müllner auf, jetzt mit der Vorbereitung der Tarifbewegung zu beginnen. Einige Sitzungen finden bereits diese Woche statt.

Murmann:Lohnkürzung im Krankheitsfall
Vereinheitlichung der Stellungnahme der angestellten Lehrer gegen die Miß-
gewerkschaft (CST) von großer Bedeutung. Die Einheitsgewerkschaft führt
Veranstaltungskalender
Montag, 13. Oktober 1980
Öffentliche Diskussion des Politischen Berichts der V. Ordentlichen Deligiertenkonferenz des KBW (Fortsetzung)

Jugendlichen sind in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Nach zweijährigen Verhandlungen konnte keine dieser Forderungen durchgesetzt werden. Lediglich soll es in dem neuen MTV-A statt vier Tagen frei vor Prüfungen eine Woche frei geben, beim Besuch von auswärtigen Berufsschulen soll die Selbstbeteiligung an den Fahrtkosten von acht auf sechs Prozent gesenkt werden und Befreiung von der praktischen Ausbildung nach betriebsinternem theoretischem Unterricht von sechs Stunden. Weitere Veränderungen im neuen MTV-A sind schon im Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelt und von daher keine Verbesserungen, da das BBiG Anwendung findet.

Verschiedene Bezirke in Westdeutschland vertreten den Standpunkt, daß es sich nicht gelohnt hat, für die minimalen Verbesserungen drei Jahre gekämpft zu haben. Wir werden aber davon ausgehen müssen, daß bis zur Erklärungsfrist am 20.11.80 diese Minderheit, die für Ablehnung des Angebotes stimmt, sich nicht durchsetzen kann. Die Mehrheit des Bundesjugendausschusses und des Hauptvorstandes der ÖTV vertreten die Meinung, daß für die Annahme gestimmt werden soll, wenn am 15.11. die Vollversamm-

sicht nach dieselben wie zum MTV-A sein. Die gesamte ÖTV-Jugend konnte nur Bruchstücke dieser Forderungen durchsetzen, wie sollen die Auszubildenden in der Krankenpflege, ausgerechnet in einem Bereich, wo die Ausbildung noch schlechter abgesichert ist, als überall sonst, alleine diese Forderungen durchsetzen. Die Lage ist aber erheblich schwieriger. Der Hauptvorstand und der Bundesjugendausschuß müssen dafür sorgen, daß die gesamte Organisation diesen Kampf unterstützt.

Es ist notwendig, daß die Auszubildenden und die Kollegen zusammen mit der ÖTV einen Standpunkt erarbeiten und Forderungen aufstellen, um der massiven Verschlechterung in der Ausbildung im Gesundheitswesen Einhalt zu gebieten.

Günstig ist dazu die Veranstaltung der ÖTV-Jugend im Gesundheitswesen in Hamburg zu dem Thema: MTV-A-Verhandlungen und -Verschulungsabsichten im Gesundheitswesen. Ort: Hamburger Gewerkschaftshaus Besenbinderhof, Takelboden. Zeit: 23.11.80, 19.00 Uhr.

uwz. In diesen Tagen bekräftigen Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall Hamburg auf Zusammenkünften von Betriebsratsvorsitzenden, von VK-Leitungen und Vertrauenskörpern die lang diskutierte Position, daß die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen angehoben werden müssen und daß sich dies auch in dieser Tarifrunde durchsetzen muß.

Bereits nach der letzten Tarifbewegung 79/80 hatte es in Kritik des Ergebnisses die ersten Beschlüsse zur Auswertung gegeben von VKs. „. . . wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, daß die strukturelle Veränderung der unteren Lohngruppen realisiert wird (VK AEG 20.2.80)". Die Diskussion, daß ein Festgeldmindestbetrag 1980/81 auch durchgesetzt werden muß, drückte sich in der Beschlußlage zum 1. Mai und zum IGM Gewerkschaftstag massiv aus. Die Delegierten aller Hamburger Metallbetriebe in der Vertreterversammlung formulierten ihren Willen einstimmig: „Antrag 904: Die IG Metall bekräftigt ihr tarifpolitisches Ziel, eine verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen zu verwirklichen und gleichzeitig eine Streichung der untersten Tarifgruppen zu erreichen." Gleichzeitig wurden in den Betrieben Forderungen gegen die Schichtarbeit, die Nachtarbeit und für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Std. bei vollem Lohn erhoben.

Auf dieser Grundlage trat die Hamburger Delegation auf dem IGM Gewerkschaftstag für eine klare Festlegung in der Entschließung 12 (Tarifpolitik) ein: „. . . müssen wir wohl eine Sprache sprechen, die ohne Erklärungen, Auslegungen, Interpretationen von unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit verstanden wird. (Beifall) . . . Das bedeutet die Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durchzusetzen. . . Lohngruppe II muß weg (Beifall). Die verstärkte Anhebung der unteren Gruppen muß vorrangiges Ziel der Tarifpolitik bleiben" (H. Bethge, IGM Ortsverwaltung HH auf dem Gewerkschaftstag).

Diese mehrheitlich beschlossene Position der IG Metall durchzusetzen, war auf allen Versammlungen Hauptanliegen. Dabei drückten VK-Leiter und BR-Vorsitzende ihre Unzufriedenheit mit den Abstimmungen zur innerorganisatorischen Demokratie (Wahl Bezirksleiter) aus, forderten aber, sich auf den beschlossenen Positionen zu einigen, die Mitglieder breit einzubeziehen. J. Müllner, 1. Bevollmächtigter der IGM Hamburg, begrüßte dies ausdrücklich. Er forderte, daß neben dem Schwerpunkt auf Durchsetzung eines Festgeldmindestbetrages „qualitative Forderungen" gegen die Intensität der Arbeit in die Tarifrunde einbezogen werden. Dies sind Forderungen gegen Schichtarbeit, für Pausenregelungen usw (vgl. E12). Der Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte im Nordverbund soll dort mit verhandelt werden. Fragen, die in den Betrieben von VKs und BRs behandelt werden nach Absicherung des Effektivlohns, wurden zwar angesprochen auf allen Versammlungen, einheitliche Vorschläge für Forderungen gab es nicht.

Zur Einleitung der Tarifrunde soll im Oktober eine große Funktionärsversammlung der IGM einberufen werden, die Vertrauenskörper rief Müllner auf, jetzt mit der Vorbereitung der Tarifbewegung zu beginnen. Einige Sitzungen finden bereits diese Woche statt.

Murmann:Lohnkürzung im Krankheitsfall

woe. „Wenn wir einen finanziellen Kollaps unseres Sozialsystems vermeiden wollen, müssen wir intensiver als bisher über das ‚Prinzip Selbstbeteiligung' nachdenken", läßt Dr. Klaus Murmann, der Vorsitzende der Schleswig-Holsteinischen Unternehmensverbände e.V. in einer Pressemitteilung seiner Organisation vom 6.10.80 verlauten. Weiter heißt es: „Bei finanzieller Mitverantwortung habe der Einzelne ein persönliches Interesse daran, kostenintensive Leistungen nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn dies wirklich erforderlich sei. Konkret schlägt Murmann vor, die dreitägige Karenz – d.h. den Wegfall der Lohn- und Gehaltsfortzahlung für die ersten drei Krankheitstage – wieder einzuführen. Gleichzeitig solle die Höchstdauer der Lohn-und Gehaltsfortzahlung von heute 6 auf 8 Wochen verlängert werden. In sozialen Härtefällen (z.B. bei langer Erkrankung – so Murmann weiter – könne das Schlagwort von der ‚sozialen Demontage' nicht ins Feld geführt werden. Es gehe nicht um die Verkürzung sozialer Leistungen, sondern um eine finanzielle Umschichtung nach dem Motto: Kleine Risiken trägt der Einzelne – große Risiken trägt die Gemeinschaft."

Vertrauensleute-VV der GEW HH zum Thema Arbeitszeit

bea. Der Vertrauensleuteversammlung (VV) der GEW Hamburg lagen drei Dringlichkeitsanträge vor, die mehrheitlich angenommen wurden: Die Verurteilung des Militärregimes in Bolivien, verbunden mit einer Geldsammlung für die Bergarbeiter; Antrag auf Vereinheitlichung der Stellungnahme der angestellten Lehrer gegen die Mißbilligung; Erklärung der VV zum neonazistischen Anschlag in München.

Unter dem Haupttagesordnungspunkt „Arbeitszeitverkürzung" wurde die Massenklage verhandelt. In Hamburg sind bisher ca. 800 Unterschriften gesammelt worden. Der Antrag des Vorstandes der GEW stellt fest, „daß die Massenklage nur als ein Mittel zur Durchsetzung unseres gewerkschaftlichen Ziels nach Arbeitszeitverkürzung anzusehen ist." Die Massenklage wurde von den Vertrauensleuten abgelehnt, da die juristischen Fragen der Betriebsgruppen nicht geklärt sind. Die weitestgehenden Beiträge lehnten die Massenklage ab, da sie eine zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geeignete Kampfform sei.

Mit 114 zu 109 Stimmen wurde ein Antrag verabschiedet, der beinhaltet, die Unterschriftensammlung bis zur erneuten Beschlußfassung der LVV auszusetzen.

HH: DGB-Veranstaltung zu Nicaragua

are. Am letzten Donnerstag fand in den Räumen der DGB-Jugend in Hamburg ein Informationsabend zur gegenwärtigen Lage in Nicaragua statt. Ein Sprecher des „Informationsbüros Nicaragua" berichtete, daß das Volk seit dem Sturz der Somoza-Clique große Anstrengungen unternommen hat, um den Wiederaufbau des Landes durchzuführen. Um die Erfolge der Revolution in Nicaragua zu sichern, ist der Aufbau der Sandinistischen Einheitsgewerkschaft (CST) von großer Bedeutung. Die Einheitsgewerkschaft führt den Kampf um die Sicherung der sozialen Errungenschaften, die Kapitalisten haben sich in einem Verband organisiert. Es nützt dem Aufbau der CST, wenn z.B. vom DGB Forderungen an die Bundesregierung zur bedingungslosen Unterstützung Nicaraguas gestellt werden.

Heimrat Radbruch-Haus gegen Wohnheimmisere

cab. Das Studentenwerk hat inoffiziell schon zwei Umbautermine für das Vorderhaus des Wohnheims benannt, das vor sechs Monaten schon überstürzt von seinen 200 Bewohnern geräumt werden mußte, obschon als Baubeginn erst der Herbst vorgesehen war. Eingestandenermaßen wollte man den Zusammenschluß der vorwiegend ausländischen Heimbewohner gegen die künstliche weitere Verknappung von Wohnraum verhindern. Die Kapazität des GRH sank von 520 auf 370 Zimmer. Die Forderung des Heimrats, erst dann zu räumen, wenn der Baubeginn bis auf ein bis zwei Monate eingegrenzt sei, wurde abgelehnt, ebenso der Vorschlag, Studenten als „Gäste" einziehen zu lassen. Die Renovierung nach Stockwerken wurde mit der Begründung abgelehnt, daß dann immer die Gefahr der Besetzung bestünde. Nach der Räumung wurde sofort das Mobiliar herausgerissen und auch die Installation unbrauchbar gemacht. Viele ehemalige Bewohner stehen jetzt praktisch auf der Straße. Über den AStA soll die Bürgerschaft jetzt aufgefordert werden, die Baugelder unverzüglich zu bewilligen, zumal eineinhalb Jahre Bauzeit veranschlagt werden müssen.

Veranstaltungskalender

Montag, 13. Oktober 1980

Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur

Kiel: Holstenplatz 16 – 18 Uhr
Rendsburg: Altstädter Markt 16 – 18 Uhr
Neumünster: Kleinflecken 16 – 18 Uhr
Hamburg-Barmbek: Bahnhof 16.30 – 18 Uhr
Hamburg-Altona: EKZ 16 – 18Uhr
Hamburg-Bergedorf: Bahnhof 16 – 18 Uhr
Hamburg-Eimsbüttel: Osterstraße 16 – 18 Uhr

Dienstag, 14. Oktober 1980

Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg-Harburg: Karstadt 16 – 18 Uhr
Hamburg-Wandsbek: Karstadt 16.30 – 18

Mittwoch, 15. Oktober 1980

Öffentliche Debatte des Politischen Berichts der V. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW

Kiel: Universität, Alte Mensa, 19 Uhr. Fortsetzung der Debatte. Veranstalter KSB

Probe der Hamburger Musikgruppe. Vorbereitung der Azania-Veranstaltung am 2.11.
Hamburg: 19 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer 6, Raum 309A

Donnerstag, 16. Oktober 1980

Kiel, Mitgliederversammlung der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung Holstein, Ellerbeker Kegelbahn

Freitag, 17.Oktober 1980

GEW-Arbeitskreis. U.a. Diskussion aus Kommunismus und Klassenkampf 10/80 „Schulzwang, Unterrichtsinhalte und staatliches Bildungswesen"

Hamburg: Eimsbüttler Krug, 19.30

Öffentliche Diskussion des Politischen Berichts der V. Ordentlichen Deligiertenkonferenz des KBW (Fortsetzung)

Hamburg-Wandsbek: Gaststätte Herschel, 19.30 Uhr
Hamburg-Eimsbüttel: „Bei Anni", Osterstr. 2, 19.30 Uhr. Fortsetzung der Diskussion, Veranstalter KBW.

Samstag, 18. Oktober 1980

Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur

Preetz: Am Markt 10 – 12 Uhr

Türkei-Demonstration

Kiel: Holstenplatz, 10 Uhr.

Sonntag, 19. Oktober

Arbeitskreis Öffentlicher Dienst

Kiel: Gaststätte Holsten, Waitzstraße, 16 Uhr

Donnerstag, 23. Oktober 1980

Diskussion aus Kommunismus und Klassenkampf 10/80: Ausbildungsförderung für Lehrlinge, Schüler und Studenten: unzureichend, bürokratisch und spalterisch. Hochschulreform: Im Spannungsfeld zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem

Kiel: 19 Uhr, Alte Mensa, Universität, Veranstalter KSB

Sonntag, 2. November 1980

Der Sieg des Volkes von Zimbabwe hat die imperialistische Kolonialherrschaft in Südafrika geschwächt.
Unterstützt den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Azania!
Es spricht der Vorsitzende des Pan Africanists Congress of Azania (PAC), Genosse V.L. Make

Hamburg: 10 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Str., Nähe U-/S-Bahn Berliner Tor.

Lübecker Frauenhaus in seiner Existenz gefährdet

Das Haus soll auf Förderung nach BSHG festgelegt werden

beb. Das Lübecker Frauenhaus ist in seiner Existenz gefährdet, weil die Stadt sich weigert, die Forderung des Frauenhauses nach Bewilligung von Zuschüssen für den Unterhalt des Hauses ohne diskriminierende Auflagen und bürokratische behördliche Kontrollen zu erfüllen. Die Auseinandersetzung zwischen dem Frauenhaus und der Stadt hat bereits eine längere Geschichte.

Das Haus wurde 1978 vom ,,Verein Frauen helfen Frauen'' gegründet, um allen von ihren Männern physisch und psychisch mißhandelten Frauen mit oder ohne Kindern übergangsweise eine Zuflucht zu bieten, wo sie gemeinsam mit anderen Frauen in gleicher Lage ihre Situation beraten können, und um sie bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen, zum Beispiel bei der Auseinandersetzung mit den Behörden wegen Sozialhilfe, dem Sorgerecht für die Kinder, einer eventuellen Scheidungsklage, der Arbeits- und Wohnungssuche. Zur Zeit halten sich im Frauenhaus 15 Frauen und 13 Kinder auf.

Bis zum 31.8.79 war die Grundlage der Finanzierung durch das Sozialamt der §72 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), in dem es heißt: ,,Personen, bei denen soziale Schwierigkeiten der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft entgegenstehen, ist Hilfe zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu gewähren, wenn sie aus eigener Kraft hierzu nicht fähig sind.'' Hierzu schreibt das Frauenhaus in einer Broschüre: ,,Das Problem ,,Gewalt gegen Frauen'' ist ein gesellschaftliches Problem, es ist nicht das Privatproblem einzelner mißglückter Ehen oder Beziehungen. Durch die Finanzierung über den §72 wird das Problem jedoch bereits formell zu einem Randproblem heruntergespielt. Der einzelnen Frau wird eine individuelle Schuld zugeschoben, indem *sie* für unmündig und unfähig erklärt wird.''

Gleichzeitig verlangte das Sozialamt unter Berufung auf diesen Paragrafen die Ausfüllung eines Fragebogens, in dem über jede Frau zu folgenden Punkten Auskunft gegeben werden sollte: ,,1. Darlegung der sozialen Schwierigkeiten der Betroffenen in der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft – 2. Aus welchen Gründen war die Aufnahme im Frauenhaus erforderlich, war die Betroffene nicht in der Lage, die vorhandenen Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu überwinden? – 3. Welche Therapie wurde ihr im Frauenhaus gewährt? Mußten diese Maßnahmen in einer Einrichtung erfolgen?'' Mit diesem Fragebogen sollte das Frauenhaus gleichzeitig entsprechend §100 des BSHG auf den Charakter einer staatlichen Fürsorgeanstalt festgelegt werden, angeblich, damit die Stadt unter Berufung auf diesen Charakter einen Teil der Zuschüsse vom Land zurückfordern könnte.

Als die Mitarbeiterinnen sich weigerten, die Fragebögen zu beantworten und sich dagegen wendeten, als quasi staatliche Anstaltsleiter unter der Aufsicht des Sozialamtes zu fungieren, stellte das Sozialamt die weitere Förderung ein.

Im Mai dieses Jahres konnte das Frauenhaus noch die Auszahlung von DM 50000 aus städtischen Mitteln erreichen, aber diese Mittel sind jetzt ebenfalls aufgebraucht, da der laufende Unterhalt des Hauses ca. DM 15000 monatlich erfordert, hauptsächlich für Personalkosten. Zynisch erklärte CDU-Sozialsenator Kaske in den ,,Lübecker Nachrichten'': ,,Wir haben die Finanzierung über den Paragrafen 72 angeboten, aber die Frauen haben sich auf den unsicheren Weg der Globalzuschüsse versteift, es wird bei den DM 50000 bleiben. Die Frauen haben sich nicht auf das eingestellt, was ihnen zur Verfügung stand.''

Die Forderung des Frauenhauses ist nach wie vor die Einrichtung eines festen Etatpostens im Stadthaushalt von DM 200000 jährlich, auf der Grundlage eines Vertrages zwischen Frauenhaus und Stadt, in dem die Selbstverwaltung des Hauses von der Stadt anerkannt wird. Eine Mitarbeiterin: ,,Schließlich ist das Frauenhaus eine gegenwärtig gesellschaftlich notwendige Einrichtung, wo nicht einzusehen ist, daß dafür die Betroffenen selbst und private Spender zahlen sollen.''

Presseerklärung

SO der Zivildienstleistenden gegen CDU-Angriff

mah. Als ersten Schritt gegen die Angriffe des Bremer CDU-Bundestagsabgeordneten Reinhard Metz hat die Hamburger Gruppe der Selbstorganisation am 6.10. die nachstehende Presseerklärung an die örtliche Presse herausgegeben. Um bis zur Antwort der Bundesregierung unterstützende Erklärungen anderer Organisationen und aus Dienststellen zu ermöglichen: SOdZDL, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13; Treffen: montags 19.30 Uhr im Raum 104.

,,Der CDU-Abgeordnete Reinhard Metz verlangt von der Bundesregierung Auskunft über eine Beteiligung von Zivildienstleistenden und anerkannten Kriegsdienstverweigerern an den blutigen Krawallen aus Anlaß des Gelöbnisses von Rekruten am 6. Mai in Bremen. Es sei bekannt, daß die ,Selbsthilfeorganisation der Zivildienstleistenden' sich an den Demonstrationen in Bremen beteiligt habe.'' (Hamburger Abendblatt, 2.10.80)

1.) Wir werten diese Anfrage als erneuten ungeheuerlichen Vorstoß zur Beschneidung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit.
2.) Die Anfrage soll herhalten für die Verschärfung bzw. Beibehaltung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer, nach dem Motto: Wer sich an solchen Aktionen beteiligt, der hat kein ,,echtes Gewissen''.
3.) Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL), die 1978 den Streik von 5000 Zivildienstleistenden gegen die Verschärfung des Zivildienstgesetzes organisierte, soll als demokratischer Zusammenschluß der ZDL direkt angegriffen werden – wie auch schon durch den Strafbefehl des Stader Gerichts gegen die Antikriegsausstellung der SOdZDL Hamburg.

Gerade auch als Kriegsdienstverweigerer lassen wir uns nicht das Recht nehmen, gegen die Kriegsvorbereitungen von NATO und Warschauer Pakt zu demonstrieren – und schon gar nicht von einer Partei wie der CDU, die bereits seit jeher das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung bekämpft hat und vehement für die Ausdehnung des NATO-Einsatzbereichs eintritt. Die Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganisation hat die antimilitaristischen Demonstrationen in Bremen ausdrücklich begrüßt und erklärt: ,,Die Verantwortung für die Schärfe der Auseinandersetzung liegt allein bei den Organisatoren des militaristischen Spektakels.'' Gefordert wurde u.a.:,,BRD raus aus der NATO! Keine öffentlichen Rekrutenvereidigungen!'' – In diesem Sinne begrüßen wir auch Protestaktionen gegen die öffentlichen Gelöbnisse am 25. ,,Bundeswehr-Geburtstag''.

Zu den geplanten Gesetzesverschärfungen stehen unsere Forderungen nach jederzeitigem Verweigerungsrecht durch einfache Willenserklärung, gegen jede Dienstzeitverlängerung und die Militarisierung des Zivieldienstes zu einem Arbeitsdienst.
Der direkte Angriff auf die Selbstorganisation bestärkt uns in der Forderung nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten samt Koalitions- und Streikrecht.''

Einführung des freiwilligen 10. Hauptschuljahres in Bremen zur ,,Berufsvorbereitung''

,,Der ständige Wandel in der Wirtschaftsstruktur'' / Stärkere Auslese in in der Hauptschule

mis. Der Bremer Senat plant für 1981/82 das schon länger angekündigte 10. Hauptschuljahr, vorerst freiwillig, einzuführen. Zu Beginn sollen 18 Klassenverbände, davon drei in Bremerhaven, mit einer Klassenfrequenz von 20 Schülern eingerichtet werden. Das bedeutet eine vorherige Beschränkung in der Zulassung, denn nur 360 Schüler (das ist ein Fünftel von allen) können das 10. Schuljahr besuchen. Grundlage für eine Ausweitung der Schulpflicht durch den Senat muß eine Weiterentwicklung der Produktionsweise, die Einführung neuer Techniken, die geänderten Anforderungen an die Arbeitskraft, kurz die Entwicklung der Produktivkräfte sein.

Im Referentenentwurf zum freiwilligen 10. Hauptschuljahr heißt es: ,,... ein freiwilliges 10. Hauptschuljahr in Form einer verstärkten Berufsorientierung...'' und weiter: ,,... der ständi-
Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft entgegenstehen, ist Hilfe zur Überwindung dieser Schwierigkeiten

Zusätzlich wurde die Möglichkeit des früheren Ausscheidens aus der Hauptschule geschaffen, auch ohne Sitzenbleiben. In der Ordnung für das BGJ heißt es: ,,Jugendliche ohne Hauptschulabschluß können in ein BGJ aufgenommen werden, wenn sie mindestens die 8. Jahrgangsstufe der Hauptschule mit Erfolg besucht haben...'' Bei verschärfter Auslese, wie unten sichtbar, kommen diese Maßnahmen zum Tragen. (Tabelle 2)

Prozentsatz der Hauptschüler, die die Schule nach Klasse 7 oder 8 ohne Abschluß verlassen mußten (Tabelle 1)

	Bremen 7.Jg.	Bremen 8.Jg.	Bremerhaven 7.Jg.	Bremerhaven 8.Jg.
1974/75	3,1	7,2	5,8	7,8
1975/76	3,2	5,7	3,7	3,7
1976/77	1,9	5,6	4,7	11,5
1977/78	2,2	6,5	5,9	8,4

Quelle: Stat. Berichte Bremen 1974-78
Stadt unter Berufung auf diesen Charakter einen Teil der Zuschüsse vom Land zurückfordern könnte.



ge Einrichtung, wo nicht einzusehen ist, daß dafür die Betroffenen selbst und private Spender zahlen sollen.''
den Streik von 5000 Zivildienstleistenden gegen die Verschärfung des Zivildienstgesetzes organisierte, soll als de-
nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten samt Koalitions- und Streikrecht.''

Einführung des freiwilligen 10. Hauptschuljahres in Bremen zur ,,Berufsvorbereitung''

,,Der ständige Wandel in der Wirtschaftsstruktur'' / Stärkere Auslese in in der Hauptschule

mis. Der Bremer Senat plant für 1981/82 das schon länger angekündigte 10. Hauptschuljahr, vorerst freiwillig, einzuführen. Zu Beginn sollen 18 Klassenverbände, davon drei in Bremerhaven, mit einer Klassenfrequenz von 20 Schülern eingerichtet werden. Das bedeutet eine vorherige Beschränkung in der Zulassung, denn nur 360 Schüler (das ist ein Fünftel von allen) können das 10. Schuljahr besuchen. Grundlage für eine Ausweitung der Schulpflicht durch den Senat muß eine Weiterentwicklung der Produktionsweise, die Einführung neuer Techniken, die geänderten Anforderungen an die Arbeitskraft, kurz die Entwicklung der Produktivkräfte sein.

Im Referentenentwurf zum freiwilligen 10. Hauptschuljahr heißt es: ,,... ein freiwilliges 10. Hauptschuljahr in Form einer verstärkten Berufsorientierung...'' und weiter: ,,... der ständige Wandel in der Wirtschaftsstruktur mit den wechselnden Berufsaussichten und die in vielen Berufen gesteigerten Anforderungen bei der Ausbildung lassen einen möglichst frühen Eintritt in eine Berufsausbildung nicht sinnvoll erscheinen.'' Als Beispiel wird angeführt, daß in dem Maße, wie der Anteil der Hauptschüler in den ,,Ballungsgebieten'' zurückgeht, die Schüler, die nach der 10. Klasse in die Berufsausbildung gehen, also aus der Realschule und dem Gymnasium, zunehmen, was sich dann folgendermaßen auswirkt: ,,Es gibt deutliche Hinweise, daß der um ein Jahr ältere (und damit geistig und körperlich reifere) Auszubildende in Betrieb und Berufsschule dominiert...''

Die Gesamtschülervertretung Bremen erhebt dazu die Forderungen, daß jeder interessierte Schüler das 10. Schuljahr besuchen kann und daß man für ein 10. Pflichtschuljahr eintreten muß. Oberflächlich könnte man nun denken, mit dem 10. Schuljahr würde die Schulpflicht für alle Schüler auf 10 Jahre festgelegt und die Kapitalistenklasse hätte daran auch noch ein Interesse. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus jedoch heißt für die Schüler und insgesamt für die Volksmassen nie, daß sich das auch zu ihrem Vorteil auswirkt, das muß von ihnen erst durchgesetzt werden. 1975 wurde im Bremischen Schulgesetz erstmals festgelegt, daß die Schulpflicht nicht mehr bis zum *Ende des 9. Schuljahres*, sondern nur noch *9 Schuljahre lang* ist. Bleibt ein Schüler ein- bzw. zweimal sitzen, verläßt er die Schule ein bzw. zwei Jahre vor dem 9. Schuljahr. (Tabelle 1)

Zusätzlich wurde die Möglichkeit des früheren Ausscheidens aus der Hauptschule geschaffen, auch ohne Sitzenbleiben. In der Ordnung für das BGJ heißt es: ,,Jugendliche ohne Hauptschulabschluß können in ein BGJ aufgenommen werden, wenn sie mindestens die 8. Jahrgangsstufe der Hauptschule mit Erfolg besucht haben...'' Bei verschärfter Auslese, wie unten sichtbar, kommen diese Maßnahmen zum Tragen. (Tabelle 2)

Prozentsatz der Hauptschüler, die die Schule nach Klasse 7 oder 8 ohne Abschluß verlassen mußten (Tabelle 1)

	Bremen 7.Jg.	Bremen 8.Jg.	Bremerhaven 7.Jg.	Bremerhaven 8.Jg.
1974/75	3,1	7,2	5,8	7,8
1975/76	3,2	5,7	3,7	3,7
1976/77	1,9	5,6	4,7	11,5
1977/78	2,2	6,5	5,9	8,4

Quelle: Stat. Berichte Bremen 1974-78

Zahl der Sitzenbleiber in der Hauptschule in Prozent im Land Bremen (Tabelle 2)

	7.Jg.	8.Jg.	9.Jg.
1969/70	2,8	2,3	1,3
1970/71	2,7	1,4	1,4
1971/72	4,1	1,9	1,1
1972/73	5,6	2,5	1,1
1973/74	3,5	2,9	3,3
1974/75	8,9	3,9	4,7
1975/76	9,4	3,5	3,8
1976/77	10,4	6,4	4,6
1977/78	9,7	5,5	3,1

Quelle: Stat. Berichte Bremen 1970-78

Im Zusammenhang damit, daß solche Lernbedingungen gefordert werden, die es allen Schülern ermöglichen, bis zum 9. Schuljahr zu gelangen, muß auch der Kampf gegen die gesetzlichen Bestimmungen geführt werden, die dies verhindern. Das ist eine Grundlage, um das 10. Schuljahr überhaupt als Pflichtschuljahr für alle durchsetzen zu können. Im freiwilligen 10. Hauptschuljahr ist geplant, 5 Wochenstunden Werkstattarbeit einzuführen zur Berufsvorbereitung. Dafür muß gewährleistet sein, daß Fachräume und entsprechendes Werkzeug vorhanden sind und dieser Unterricht nicht durchgeführt wird auf Grundlage weiterer Kürzungen beim Unterricht für die Berufsschüler. Das Fach Werkstattarbeit muß den theoretischen Unterricht untermauern und zur Vermittlung von Grundlagen der Produktion dienen. In diesem Sinn dient es als Schritt zur einheitlichen Ausbildung, die die Grundlagen der Hauptzweige der Produktion in Theorie und Praxis für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr vermittelt.



Im Herbst 78 haben die Berufsschüler in Hamburg gegen die Verkürzung ihrer Ausbildung durch Kurssystem und Stufenausbildung gekämpft. Die Einführung des Kurssystems konnte bis heute verhindert werden. Die IG Metall fordert zur Ausbildung der Jugendlichen eine Ausbildungspflichtzeit von mindestens 13 Jahren. Davon sollen mindestens 10 Jahre Schulausbildung sein, an die sich eine Berufsausbildung von 3 Jahren anschließen soll.

Kämpfe an Bremer Schulen im neuen Schuljahr – Eine Auswahl

– Der Elternbeirat der Kindertagesstätte an der Engelkestraße hat sich für den Neubau einer Grundschule in Habenhausen ausgesprochen. Vom Elternbeirat wurde bemängelt, daß für zwölf Klassen nur zehn Mobilbauklassen zur Verfügung stehen. Die Folge dieser Raumnot seien Schichtunterricht und ein unausgewogener Stundenplan. Die Klassenstärken sind sprunghaft gestiegen und der ursprünglich für 400 Schüler gedachte Pausenhof wird von etwa 1150 Kindern und Jugendlichen der Gundschule und des nahen Schulzentrums bevölkert.

– Am Neubau der Sekundarstufe II Am Rübekamp übten die Schüler vom ersten Tag an Kritik. Die Schüler, die oft zehn Stunden täglich in der Schule zubringen müssen, bemängelten vor allem die sterile offene Pausenhalle, die ihnen gleichzeitig als Ruhe-, Pausen- und Arbeitsraum dienen sollte. Sie setzten zur Beratung eine Vollversammlung durch. Erster Erfolg: Es wurde ihnen ein ruhiger Raum zum Arbeiten und Entspannen und ein Raucherzimmer zugesagt.

– Anläßlich der Einweihung der Überbetrieblichen Ausbildungsstätte am Schulzentrum (SZ) Alwin-Lonke-Straße und des Besuches von Bundesbildungsminister Schmude und Bildungssenator von Hassel forderte die Schülervertretung: Keine Kürzung des Unterrichts; 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen; Einstellung aller Lehrer; für ein warmes, preiswertes, durch den Senat bezuschußtes Mittagessen; volle Lernmittelfreiheit. Heftig kritisiert wurden die Lernbedingungen an der wegen Überfüllung des SZ Alwin-Lonke-Straße neueröffneten Zweigstelle des SZ Fischerhuderstraße.

– Im Rahmen einer Lehranfängeraktion der Gesamtschülervertretung (GSV) und der DGB-Gewerkschaftsjugend (Kreisjugendausschuß) an den Berufsschulen wurden u.a. ,,Notbeutel'' an die Auszubildenden verteilt. In Flugschriften wurde darauf hingewiesen, daß die Kapitalisten an den elementarsten Rechten der Auszubildenden rütteln und die Arbeitsbedingungen verschärfen. Dagegen muß man sich wehren, organisiert, im DGB.

– 500 bis 800 Berufsschüler des Berufsbildungszentrums demonstrierten am 3.10.80, z.T. während der Unterrichtszeit, für mehr Lehrer und mehr Schulräume. In einigen Maschinenbauklassen wurde der Unterricht von 12 auf 9 Stunden gekürzt. Die Demonstration ging zum Senator für Bildung. Ein Vertreter des Senators erklärte gegenüber den versammelten Schülern, daß die Industriekaufleute drei zusätzliche Lehrer bekommen würden. Ein Gespräch mit der GSV und dem Senator wurde zugesagt.

– Am 6.10.80 demonstrierten die Schüler der Rembertischule für eine Erhaltung der Schule und für eine bessere Verteilung der Schüler. Am 1. September 1981 soll nach dem Willen des Senats in die Schule das Goethe-Institut einziehen. Aus den vier Gymnasien, Barkhof, Kleine Helle, Hermann-Böse-Gymnasium und Rembertischule sollen drei Schulen gemacht werden. Die Schüler der Rembertischule bekamen mehrere Solidaritätsadressen. Die Schüler der Hamburger Schule entschlossen sich zu einem Protestmarsch zur Rembertischule, an der Schule Lange Reihe in Walle wurden 20 Unterschriften gegen die Schließung der Rembertischule gesammelt.

Bundestagswahl 1980: die offene Reaktion ist an der Urne gescheitert

Die wirklichen Entscheidungen werden erst noch fallen

ges. Eine deutliche Mehrheit der Wähler hat in den Bundestagswahlen der offenen Reaktion eine Wahlniederlage bereitet. Die CDU/CSU unter Führung von Franz Josef Strauß hatte dazu aufgerufen, mit den Bundestagswahlen 1980 eine „Wende“ herbeizuführen. Die Wahlen seien von historischer Bedeutung, und in dieser historischen Bedeutung nur mit den Wahlen zum ersten Bundestag vergleichbar, der dann Konrad Adenauer zum Kanzler gewählt hatte. Sicherlich hat die CDU/CSU volkstümlich zu tarnen versucht, daß sie als Partei der inneren und äußeren Reaktion in den Wahlkampf ging, aber der reaktionäre Charakter ihres Programms schlug doch offen durch: „Nur eine Politik der Umkehr zu geschichtlicher Verantwortung für Deutschland, zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität, zu vernunftgemäßer Wirtschafts-, zu solider Finanz-, zu maßgerechter Sozialpolitik, zu wertbewußter und zukunftsaufgeschlossener Erziehungs- und Bildungspolitik, zu einer natürlichen Ordnung der Werte im gesellschaftlichen Zusammenleben, dessen Grundlage die Familie ist und bleiben muß, kann die Folgen der Verzerrungen, Versäumnisse und Fehlentwicklungen der 70er Jahre wiedergutmachen.“ Für die Arbeiterklasse und große Teile der Volksmassen war der Kanzlerkandidat von CDU/CSU das Symbol der „Wende“, die die CDU/CSU mit diesem Wahlkampf herbeiführen wollte. Sie wollten eine solche „Wende“ nicht.

An den Bundestagswahlen beteiligten sich absolut ungefähr gleich viel Wahlberechtigte wie 1976. Da die Zahl der Wahlberechtigten um über 1 Million gestiegen ist, ist die *Wahlbeteiligung* mit 38,3 Millionen um zwei Prozent auf 88,7% gesunken.

Die *CDU/CSU verlor* bei den Erststimmen gegenüber 1976 1020725 Stimmen, davon die CSU in Bayern 67312 Stimmen. Der Stimmenanteil von CDU/CSU ging von 48,9% 1976 auf 46% bei den Erststimmen zurück. Bei den Zweitstimmen verlor die CDU/CSU 1494381 gegenüber 1976, davon die CSU in Bayern 119463. Der Stimmenanteil der CDU/CSU an den Zweitstimmen ging von 48,6% auf 44,5% zurück, der der CSU von 10,6% auf 10,3%. Die CDU/CSU hat gegenüber 1976 17 Mandate verloren, davon die CDU 14 Direktmandate. In Schleswig-Holstein hat die CDU 5,2%, in Hamburg 4,7%, in Bremen 3,7%, in Niedersachsen 5,9%, in Nordrhein-Westfalen 3,9%, in Hessen 4,2%, in Rheinland-Pfalz 4,3%, im Saarland 3,9% und in Baden-Württemberg 4,8% bei den Zweitstimmen verloren.

beiterklasse und große Teile der Volksmassen war der Kanzlerkandidat von CDU/CSU das Symbol der „Wende“, die die CDU/CSU mit diesem Wahlkampf herbeiführen wollte. Sie wollten eine solche „Wende“ nicht.

An den Bundestagswahlen beteiligten sich absolut ungefähr gleich viel Wahlberechtigte wie 1976. Da die Zahl der Wahlberechtigten um über 1 Million gestiegen ist, ist die *Wahlbeteiligung* mit 38,3 Millionen um zwei Prozent auf 88,7% gesunken.

Die *CDU/CSU verlor* bei den Erststimmen gegenüber 1976 1020725 Stimmen, davon die CSU in Bayern 67312 Stimmen. Der Stimmenanteil von CDU/CSU ging von 48,9% 1976 auf 46% bei den Erststimmen zurück. Bei den Zweitstimmen verlor die CDU/CSU 1494381 gegenüber 1976, davon die CSU in Bayern 119463. Der Stimmenanteil der CDU/CSU an den Zweitstimmen ging von 48,6% auf 44,5% zurück, der der CSU von 10,6% auf 10,3%. Die CDU/CSU hat gegenüber 1976 17 Mandate verloren, davon die CDU 14 Direktmandate. In Schleswig-Holstein hat die CDU 5,2%, in Hamburg 4,7%, in Bremen 3,7%, in Niedersachsen 5,9%, in Nordrhein-Westfalen 3,9%, in Hessen 4,2%, in Rheinland-Pfalz 4,3%, im Saarland 3,9% und in Baden-Württemberg 4,8% bei den Zweitstimmen verloren.
Die Verluste der CDU sind also wesentlich höher als die Verluste der CSU in Bayern. Das kann nicht bedeuten, daß die Wähler in Bayern reaktionärer sind als in anderen Bundesländern, womöglich vor allem nördlich der Main-Linie, sondern zeigt, daß die objektiven und subjektiven Bedingungen in Bayern den reaktionären Charakter des Programms der CDU weniger deutlich hervortreten lassen. Mit Ausnahme einiger weniger großen Städte ist die Vergesellschaftung der Produktion und Reproduktion immer noch weniger weit vorangeschritten als im Bundesdurchschnitt. Der Inhalt der von der CDU/CSU propagierten Wende ist in seinem reaktionären Charakter schwerer zu erkennen. Der Anteil der Rentenversicherten an der Bevölkerung ist zum Beispiel in Bayern geringer als im Bundesdurchschnitt. Der Plan, die Rentenanwartschaft an die Kinderzahl zu binden, kann als reaktionärer Angriff auf die Rentenversicherung zwecks Subventionierung der Frauen der Mittelklassen nur schwer erkannt werden. Die Familienpolitik der CDU/CSU erscheint bewahrend, wo sie in Wirklichkeit der Vergesellschaftung der Produktion und Reproduktion ein reaktionäres Zwangskorsett anlegen will.

Die *SPD* hat ihre Erststimmen gegenüber 1976 um 337990 *geringfügig gesteigert* und ihren Anteil an den Erststimmen um 0,8% auf 44,5% erhöht. Sie hat ihre Direktmandate um 14 auf 128 erhöht und hat jetzt die meisten Direktmandate. Insgesamt konnte sie ihre Mandate nur um vier auf 218 erhöhen. Bei den Zweitstimmen konnte sie 163077 oder einen Anteil von 0,3% dazugewinnen. Mehr dazugewonnen als im Durchschnitt hat die SPD in Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg. Verloren hat sie in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Dabei hat sie an die FDP und die Grünen verloren. Insgesamt erhielt die SPD einen Anteil von 42,9% der Zweitstimmen.

Hauptgewinner bei den Zweitstimmen ist die *FDP*. Sie hat 1035523 Zweitstimmen hinzugewonnen und ihren Stimmanteil von 7,9 auf 10,6% gesteigert. Damit konnte sie ihre Mandate von 39 auf 53 erhöhen. Während die CDU, CSU und SPD jeweils weniger Zweitstimmen als Erststimmen erhielten – die CDU 477360 Zweitstimmen weniger, die CSU 33166 Zweitstimmen weniger und die SPD 547215 Zweitstimmen weniger –, verhält es sich bei der FDP umgekehrt: Sie erhielt 1309751 Zweitstimmen mehr als Erststimmen. Die FDP hat in allen Bundesländern Stimmen dazugewonnen, am meisten in Schleswig-Holstein (3,9%), Hamburg (3,9%), Bremen (3,3%), Niedersachsen (3,4%), Nordrhein-Westfalen (3,1%) und in Baden-Württemberg (2,9%). Der größte Teil dieser zusätzlichen Zweitstimmen, die den Wahlerfolg der FDP erst ermöglichten, dürften durch ein Splitting der Erst- und Zweitstimmen zwischen SPD und FDP zustande gekommen sein. Ein Indiz dafür ist, daß der Zuwachs an

Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg. Verloren hat sie in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Dabei hat sie an die FDP und die Grünen verloren. Insgesamt erhielt die SPD einen Anteil von 42,9% der Zweitstimmen.

Hauptgewinner bei den Zweitstimmen ist die *FDP*. Sie hat 1035523 Zweitstimmen hinzugewonnen und ihren Stimmanteil von 7,9 auf 10,6% gesteigert. Damit konnte sie ihre Mandate von 39 auf 53 erhöhen. Während die CDU, CSU und SPD jeweils weniger Zweitstimmen als Erststimmen erhielten – die CDU 477360 Zweitstimmen weniger, die CSU 33166 Zweitstimmen weniger und die SPD 547215 Zweitstimmen weniger –, verhält es sich bei der FDP umgekehrt: Sie erhielt 1309751 Zweitstimmen mehr als Erststimmen. Die FDP hat in allen Bundesländern Stimmen dazugewonnen, am meisten in Schleswig-Holstein (3,9%), Hamburg (3,9%), Bremen (3,3%), Niedersachsen (3,4%), Nordrhein-Westfalen (3,1%) und in Baden-Württemberg (2,9%). Der größte Teil dieser zusätzlichen Zweitstimmen, die den Wahlerfolg der FDP erst ermöglichten, dürften durch ein Splitting der Erst- und Zweitstimmen zwischen SPD und FDP zustande gekommen sein. Ein Indiz dafür ist, daß der Zuwachs an
Zweitstimmen der FDP in Rheinland-Pfalz und Saarland, wo die SPD verhältnismäßig viel Zweitstimmen dazugewonnen hat, relativ gering ist. Ein weiteres Indiz ist, daß die SPD in Schleswig-Holstein zwar mit 49,7% der Erststimmen 1,7% Erststimmen dazugewonnen und alle Direktmandate erobert hat, bei den Zweitstimmen ihren Anteil jedoch nicht erhöhen konnte. Die FDP dagegen gewann 3,9% Zweitstimmen dazu. Die Zweitstimmen der FDP lagen in allen früheren Bundestagswahlen höher als die Erststimmen, aber nicht in solchem Ausmaß, wie dies 1980 der Fall war.

Links von der SPD fallen nur die Stimmen der *Grünen* zahlenmäßig einigermaßen ins Gewicht. Sie erhielten mit 731210 Erststimmen einen Anteil von 1,9%, und mit 568265 Zweitstimmen einen Anteil von 1,5%. Diese Stimmen dürften diesmal, jedenfalls in Städten wie Bremen und Hamburg, hauptsächlich der SPD abgenommen worden sein.

Die CDU/CSU hat ihre höchsten Stimmanteile in ländlichen oder kleinstädtischen Wahlkreisen Niedersachsens, Baden-Württembergs und vor allem Bayerns erzielt. Die SPD hat ihre besten Ergebnisse in Wahlkreisen des Ruhrgebiets erzielt und mit 60,3% in Aurich-Emden. Wo der Arbeiteranteil hoch ist, die Bevölkerungsdichte groß und Bildungselemente konzentriert sind, liegt unverändert die Stärke der Sozialdemokratie. Die FDP erzielte ihre besten Anteile in Wahlkreisen Stuttgarts, Bremens, Hamburgs, Kölns, in Oldenburg-Ammerland, München-Land, Waiblingen, Wuppertal I, Harburg und Böblingen.

Das Ziel der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung, jedenfalls eine Regierungsübernahme durch die CDU/CSU zu verhindern und der offenen Reaktion eine Niederlage zu erteilen, ist in diesem Bundestagswahlkampf ereicht worden, das Wahlergebnis bedeutet aber keine Stärkung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung. Den Schnitt aus der Absicht, der offenen Reaktion eine Niederlage zu bereiten, hat die FDP gemacht. Mit der Stellung Schmidts als Kanzler ist die Position eines Politikers gestärkt worden, der zwar mit den Gewerkschaften zu rechnen weiß, auf den aber ausschließlich die Finanzbourgeoisie rechnen kann. Weniger wichtig ist, daß innerhalb der Regierungskoalition die FDP gegenüber der SPD gestärkt worden ist. Auch andersrum mußte jede gesetzliche Maßnahme, die den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen entspricht, gegen die Regierungskoalition durchgesetzt werden. Wichtig ist aber, daß es der FDP offensichtlich gelungen ist, sich mit Genscher und Baum den Anschein zu verschaffen, als wäre sie eine Bastion gegen die Reaktion. In der Abwehr der Reaktion hat der Liberalismus an Gewicht gewonnen, der zwar demokratische Bestrebungen aufzunehmen scheint, aber immer auf die Schwächung von selbständigen demokratischen Bewegungen aus ist. Insofern

Das Ziel der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung, jedenfalls eine Regierungsübernahme durch die CDU/CSU zu verhindern und der offenen Reaktion eine Niederlage zu erteilen, ist in diesem Bundestagswahlkampf ereicht worden, das Wahlergebnis bedeutet aber keine Stärkung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung. Den Schnitt aus der Absicht, der offenen Reaktion eine Niederlage zu bereiten, hat die FDP gemacht. Mit der Stellung Schmidts als Kanzler ist die Position eines Politikers gestärkt worden, der zwar mit den Gewerkschaften zu rechnen weiß, auf den aber ausschließlich die Finanzbourgeoisie rechnen kann. Weniger wichtig ist, daß innerhalb der Regierungskoalition die FDP gegenüber der SPD gestärkt worden ist. Auch andersrum mußte jede gesetzliche Maßnahme, die den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen entspricht, gegen die Regierungskoalition durchgesetzt werden. Wichtig ist aber, daß es der FDP offensichtlich gelungen ist, sich mit Genscher und Baum den Anschein zu verschaffen, als wäre sie eine Bastion gegen die Reaktion. In der Abwehr der Reaktion hat der Liberalismus an Gewicht gewonnen, der zwar demokratische Bestrebungen aufzunehmen scheint, aber immer auf die Schwächung von selbständigen demokratischen Bewegungen aus ist. Insofern
drückt dieses Wahlergebnis eine Schwächung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung aus, deren Interessen zwar nicht bei der Sozialdemokratie aufgehoben sind, deren Druck aber die Sozialdemokratie als reformistische Arbeiterpartei immer noch am stärksten ausgesetzt ist, weshalb sie auch aus den Fortschritten der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung gegenwärtig parlamentarisch am meisten Vorteile ziehen kann.

In Einschätzung der Ergebnisse der *Bundestagswahlen von 1972*, in denen SPD und FDP einen großen Wahlerfolg erzielten, sprachen die Kräfte, die später den KBW gründeten, davon, daß sich in diesem Wahlergebnis eine Linksentwicklung in den Volksmassen ausdrücke. Unter Führung Brandts hatte damals die Sozialdemokratie einen Stimmanteil von 45,8% erzielt, die FDP unter Scheels Führung hatte einen Stimmanteil von 8,4% erzielt, zusammen also einen ähnlichen Anteil wie heute, aber innerhalb der Koalition anders gelagert. Die Wahlbeteiligung betrug damals 91,1%, die höchste Wahlbeteiligung, die jemals bei Bundestagswahlen bisher erzielt wurde. Die Einschätzung daß sich in dem Ergebnis der Bundestagswahlen von 1972 eine Linksentwicklung unter den Volksmassen wie verstellt auch immer ausdrückte, kann man auch heute noch aufrechterhalten. Die Entwicklung seither zeigt, wie es den bürgerlichen Parteien gelungen ist, diese Linksentwicklung weitgehend politisch unter Kontrolle zu bringen und politisch immer noch zu kontrollieren. Sowieso war diese Linksentwicklung Ausdruck großer politischer Bewegungen, die Mitte der 60iger Jahre begonnen hatten, im Kampf gegen die Notstandsgesetze ihren ersten Ausdruck fanden, sich im Aufschwung der Arbeiterbewegung fortsetzen und in einer Stärkung der vielfältigsten demokratischen Bewegungen weiterwirkten. Die Ersetzung der Regierung Brandt/Scheel durch die Regierung Schmidt/Genscher und die in Verfolgung der Brahmsee-Beschlüsse betriebene Politik der Bundesregierung waren ihrerseits Beginn der allgemeinen Reaktion auf diese Bewegungen, die mit den Ministerpäsidentenbeschlüssen und dem Verfassungsgerichtsurteil zur Aufrechterhaltung des §218 bereits unter Druck genommen worden waren.

In den *Wahlen von 1976* stellte sich die Lage bereits ganz anders dar als 1972. Die SPD/FDP-Koalition ging mit der Losung „Modell Deutschland“ und „Bewahrung des Erreichten“ in den Wahlkampf. Auf der anderen Seite suchte die CDU mit der Equipe Kohl – Geißler und der „neuen sozialen Frage“ an einem Teil der fortschrittlichen Bestrebungen unter den Volksmassen anzuknüpfen und Teile der Bewegungen unter den Volksmassen einzufangen. Die Sozialdemokratie verlor 3,2% der Stimmen, die Koalition insgesamt 3,7%. Die CDU/CSU gewann in diesem Wahlkampf 3,7% dazu und erzielte mit 48,6% ihr bestes Ergebnis seit 1957, als die CDU/CSU die absolute Mehrheit gewonnen hatte. Die Wahlbeteiligung war gegenüber 1972 um 0,4% gesunken. Unmittelbar im Anschluß an die Bundestagswahlen zog die Regierungskoalition einige schroff gegen die Massen gerichtete Maßnahmen durch, kürzte willkürlich die Renten, verabschiedete das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und verschärf-

tik der Bundesregierung waren ihrerseits Beginn der allgemeinen Reaktion auf diese Bewegungen, die mit den Ministerpäsidentenbeschlüssen und dem Verfassungsgerichtsurteil zur Aufrechterhaltung des §218 bereits unter Druck genommen worden waren.

In den *Wahlen von 1976* stellte sich die Lage bereits ganz anders dar als 1972. Die SPD/FDP-Koalition ging mit der Losung „Modell Deutschland“ und „Bewahrung des Erreichten“ in den Wahlkampf. Auf der anderen Seite suchte die CDU mit der Equipe Kohl – Geißler und der „neuen sozialen Frage“ an einem Teil der fortschrittlichen Bestrebungen unter den Volksmassen anzuknüpfen und Teile der Bewegungen unter den Volksmassen einzufangen. Die Sozialdemokratie verlor 3,2% der Stimmen, die Koalition insgesamt 3,7%. Die CDU/CSU gewann in diesem Wahlkampf 3,7% dazu und erzielte mit 48,6% ihr bestes Ergebnis seit 1957, als die CDU/CSU die absolute Mehrheit gewonnen hatte. Die Wahlbeteiligung war gegenüber 1972 um 0,4% gesunken. Unmittelbar im Anschluß an die Bundestagswahlen zog die Regierungskoalition einige schroff gegen die Massen gerichtete Maßnahmen durch, kürzte willkürlich die Renten, verabschiedete das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und verschärf-
te den Druck auf die Arbeitslosen durch die Arbeitsämter. Die Wirkung der Steuerreform war mit der Inflation und den nominalen Lohnerhöhungen voll zum Tragen gekommen, so daß dann im weiteren Verlauf der Legislaturperiode gezielte Steueränderungen durchgeführt werden konnten, die der einen oder anderen Schicht der Lohnabhängigen, hauptsächlich den Besserverdienenden, kurzfristig gewisse Erleichterungen brachten, ohne die wachsende Steuerlast insgesamt irgendwie oder gar prinzipiell zu mindern. Mit der Haushaltsverschuldung wurde im Gegenteil, vorprogrammiert, daß die Steuerschraube immer weiter angezogen werden wird, wenn auch in Zukunft mehr über die indirekten Steuern. Mit der Entwicklung der internationalen Lage gelang es der Regierung, sich als Friedensfreund und Krisenmanager für eine Weile zu profilieren, womit sie an die Tradition der Regierung Brandt – Scheel anknüpfen konnte.

Auf Grundlage einer während der Legislaturperiode relativ günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, die es dem größten Teil der Lohnabhängigen ermöglichte, nach den Einbrüchen der Reproduktion in der Krise von 74/75 ihren Verbrauch wieder etwas auszudehnen, wahrscheinlich ohne allerdings den wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft damit auch nur kurzfristig ausgleichen zu können, und mit Hilfe von einigen politischen Lockerungsübungen ist es der Regierung gelungen, ab 1977, verstärkt aber 1978 – 1980 eine gewisse politische Entspannung im Inneren herbeizuführen. Dabei führte die Arbeiterbewegung durchaus größere wirtschaftliche Kämpfe, aus denen sich aber die Regierung herauszuhalten vorgab. Auch entwickelte sich die gewerkschaftliche Bewegung politisch, aber ging noch nicht zu politischen Aktionen über. Die demokratische Bewegung hatte teilweise nicht ungünstige Waffenstillstandsbedingungen wie in Brokdorf erreicht. Innerhalb der demokratischen Bewegung gewann Pazifismus und Parlamentarismus an Einfluß, was mit der Gründung der Grünen fixiert wurde. Das Konzept der Regierung, unmittelbar nach den Wahlen durchzugreifen, schon aber von Nächstenliebe etc. zu schwärmen, um dann im späteren Verlauf der Legislaturperiode etwas zu entspannen, hatte einigen Erfolg gezeitigt.

In diese *Situation einer gewissen politischen Entspannung* hinein plazierte Strauß seine Kandidatur. Großen Teilen der Volksmassen bis hinein in die Wählerschaft der CDU erschien diese Kandidatur als eine Provokation. Strauß setzte darauf, daß auf Grund der objektiven Entwicklung die Situation einer gewissen politischen Entspannung im Verlauf der Vorbereitung des Wahlkampfes selber platzen würde. Da mit dieser gewissen politischen Entspannung zweifellos auch eine gewisse politische Entwaffnung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung gelungen war, konnte Strauß hoffen, daß jede Verschärfung der Lage zugunsten der offenen Reaktion gewendet werden könnte. Tatsächlich ist dieses Konzept durchaus realistisch gewesen: die internationale Entwicklung läßt die sozialdemokratische Variante der Ostpolitik immer brüchiger erscheinen. Die Treffen mit Gierek und Honnecker sind durch die Verschärfung des Klassenkampfes in Polen und der Widersprüche innerhalb des sowjetischen Machtbereiches hoch-

Parlamentarismus an Einfluß, was mit der Gründung der Grünen fixiert wurde. Das Konzept der Regierung, unmittelbar nach den Wahlen durchzugreifen, schon aber von Nächstenliebe etc. zu schwärmen, um dann im späteren Verlauf der Legislaturperiode etwas zu entspannen, hatte einigen Erfolg gezeitigt.

In diese *Situation einer gewissen politischen Entspannung* hinein plazierte Strauß seine Kandidatur. Großen Teilen der Volksmassen bis hinein in die Wählerschaft der CDU erschien diese Kandidatur als eine Provokation. Strauß setzte darauf, daß auf Grund der objektiven Entwicklung die Situation einer gewissen politischen Entspannung im Verlauf der Vorbereitung des Wahlkampfes selber platzen würde. Da mit dieser gewissen politischen Entspannung zweifellos auch eine gewisse politische Entwaffnung der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung gelungen war, konnte Strauß hoffen, daß jede Verschärfung der Lage zugunsten der offenen Reaktion gewendet werden könnte. Tatsächlich ist dieses Konzept durchaus realistisch gewesen: die internationale Entwicklung läßt die sozialdemokratische Variante der Ostpolitik immer brüchiger erscheinen. Die Treffen mit Gierek und Honnecker sind durch die Verschärfung des Klassenkampfes in Polen und der Widersprüche innerhalb des sowjetischen Machtbereiches hoch-
gegangen. Damit gingen auch wesentliche Elemente der Schmidtschen Wahlkampfführung hoch. Die wirtschaftliche Lage entwickelt sich krisenhaft und der Exportüberschuß ist erstmals gefährdet. Es ist aber Strauß nicht gelungen, noch während der Wahlen die Regierung dazu zu zwingen, die Pläne offen zu legen, wie sie die von der Finanzbourgeoisie verlangte Haushaltssanierung zu bewerkstelligen gedenkt. Der Wahlkampf wurde zur politischen Spekulation: Die Regierung, allen vor-

Pressekommentare

zur Bundestagswahl

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.80

„... Der Bundeskanzler, seine Regierung, die Koalition sind vom Volk bestätigt. Schmidt muß den etwas brüchig ausgefallenen Ruhm keinesfalls mit seiner Partei, der SPD, teilen. Sie ist in diesem Wahlkampf nicht beliebter geworden. Hätten die Bürger zu wählen gehabt nicht zwischen Schmidt und Strauß, sondern zwischen SPD und Union, hätte der 5. Oktober den Machtwechsel in Bonn gebracht ... Genscher warb für seine Partei mit der Losung: Wer Schmidt helfen will, muß FDP wählen. Das haben viele Wähler befolgt. Nach diesem Wahlkampf ist die Bundesrepublik einer Zwei-Parteien-Ordnung nochmals eine Strecke näher als einer Ordnung zu dritt ... Die FDP hat sich fest an die SPD gebunden und jeden Weg aus der Bindung abgeschnitten. Sie ist also dazu verurteilt, der Koalition auch über schwere Krisen hinwegzuhelfen – sollte es solche geben. Die ganz Linken in der SPD, von denen im neuen Bundestag einige mehr sitzen werden als im alten, mögen öfter als in den vergangenen vier Jahren Schmidts Kreise zu stören versuchen. Doch der Kanzler, mit einer bestätigten Parlamentsmehrheit und einer starken FDP im Rücken, kann dem ziemlich gelassen entgegensehen ... Was soll die Opposition tun? Das Warten auf die Krise ist weder werbend, noch birgt es den täglichen Antrieb, den die in Vergeblichkeit getauchte Aufgabe des Opponierens braucht ... Wird jetzt der Spruch vernehmbar werden, nun sei ‚das Problem Strauß gelöst?‘ Es wäre ein Zeichen für Schäbigkeit in der CDU – denn daß Strauß ein bedeutender Politiker ist, räumen auch Sozialdemokraten ein ... Mit wem soll die Union es das nächste Mal versuchen, 1984? Es müßte ... einer sein, der die Leute in Bewegung bringt wie Strauß, der sie aber auch in Frieden läßt wie ein milder evangelischer Kirchenmann ...“

Die Welt, 6.10.80

„... Auch wenn Strauß nicht auf dem Sessel des Kanzlers Platz nehmen wird, seine Gegner können nicht triumphieren. Am 5. Oktober 1980 haben sich mit dem Stimmzettel mehr Bürger zu ihm bekannt als zu Helmut Schmidt. Ein Mann, dem fast die Hälfte der Wähler mit der Fähigkeit zum Kanzler auch die Vertrauenswürdigkeit zuerkannt hat, kann nicht länger verteufelt werden. Er ist der Meute entrückt ... Kanzler wird er nun nicht. Aber die Politik, für die er seit 1948 steht und die am treffendsten als das Erbe Konrad Adenauers beschrieben werden kann, hat sich an diesem Wahlsonntag als zukunftsträchtig erwiesen. Es ist die Politik, die vollzogen werden wird, sobald in Bonn das Lebensgesetz der parlamentarischen Demokratie, die Wachablösung in der Regierungsmacht wieder funktioniert ...“

Süddeutsche Zeitung, 7.10.80

„... Otto Graf Lambsdorff, dem man am ehesten zutraut, seine Partei zur Union hinüberzuführen (und der deswegen gegenwärtig nichts dergleichen unternehmen wird), hat einen anderen Graben zwischen FDP und CDU/CSU aufgezeigt: die Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik. Hier ist die Union im Wahlkampf wieder arg zurückgefallen. Nach ihrer vierten Wahlniederlage müssen sich die Unionsparteien eingestehen, daß ihr Wahlziel, die absolute Mehrheit zu erringen, sie nur von der Regierungsteilnahme entfernt. Erfolgversprechend ist einzig eine Strategie, die auf eine Koalition setzt; und sei es nach der Wahl von 1984.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.10.80

„... Was der FDP von der CDU an Stimmen zufloß, hätte sie – so war es in den Landtagswahlen oft gewesen – auf Umwegen leicht wieder an die SPD verlieren können. Denn ein bei 25 Prozent liegender Teil der FDP-Anhänger liebäugelt ständig damit, seine Simme doch lieber der SPD zu geben. Schmidt hatte diese Wähler herüberziehen wollen. Das Gegenteil trat ein: Die SPD verlor mehr Zweitstimmen an die FDP als die CDU ... Mit Strauß anzutreten war für die Union ein zwar kostspieliges – vier Jahre sind verloren –, aber wohl unumgängliches Experiment. Die Lage der Koalition ist seit Monaten weder politisch noch wirtschaftlich sonderlich günstig ... Trotzdem hat die Union prozentual mehr verloren als im Schnitt der letzten elf Landtagswahlen. Die Differenz geht, das weiß auch Strauß, auf sein Konto.“

Handelsblatt, 8.10.80

„Die deutschen Gewerkschaften haben ihr Wahlziel erreicht: Der Exorzismus jenes weiß-blauen Mephistos Franz Josef Strauß aus Bonn ist gelungen. Die Einheitsgewerkschaft kann ihr Halleluja singen. Doch ist dieses ‚Lobe den Herrn‘ mit Namen Schmidt etwas hei-

an Helmut Schmidt, spekulierten auf fortwirkende politische Entspannung, von der sie wissen, daß ihre Grundlagen zu Bruch gehen; Strauß spekulierte auf krisenhafte Verschärfung der Lage, die aber noch nicht offen faßbar war. Gerade dieser Spekulationscharakter des Wahlkampfes machte ihn zunehmend zur Farce, wobei sich die FDP geschickt in der Mitte hielt als Garantie dafür, daß letzten Endes nichts zu Bruch geht. Der Erfolg der FDP ist ein Effekt dieser Entwicklung der Situation, die sinkende Wahlbeteiligung ein anderer. Daß die FDP als liberale Partei zwischen Sozialdemokratie und christlich-reaktionären Unionsparteien den Haupterfolg davontrug, beweist, daß ideologisch und politisch durch die Regierung tatsächlich eine gewisse Entspannung erreicht worden ist und daß sie von beträchtlichen Teilen des Volkes, vor allem den neuen Mittelklassen auch gewünscht wird.

Links von der SPD gab es keine revolutionäre Kraft, die in dieser Situation wirksam aufklärend eingreifen konnte. In ihrer jetzigen Form sind die Grünen weitgehend das Produkt der letzten Legislaturperiode der SPD /FDP-Koalition und hängen an dieser. Die DKP ist international mit der Aggressionspolitik der SU verflochten und im Inneren ebenfalls der SPD/FDP-Koalition verhaftet. Die Volksfront war eine Geburt für diesen Wahlkampf und bisher nirgendwo ernsthaft tätig. Die EAP hat sowieso keine eigene Initiative und ist ein Kunstprodukt dieses oder jenes Dienstes. Der KBW aber hat in den letzten Jahren die ideologische und politische Initiative weitgehend verloren und sie im Verlauf des Wahlkampfes nicht zurückgewinnen können. Die Versuche, die ideologische und politische Initiative zurückzugewinnen, wurden von einem Teil des ZK mit einer Abspaltung beantwortet. Das schlechte Wahlergebnis aber ist weniger das Ergebnis dieser Abspaltung, als der Politik, die von einem Teil des ZK noch mit Hilfe von Abspaltung bis zuletzt begriffslos hochgehalten wurde. Diese Politik hat den KBW in eine Lage gebracht, in der er sich kaum noch von einer Sekte zu unterscheiden droht. Nur in Bremen, Niedersachsen und Hessen hat der KBW mehr Stimmen erhalten als Volksfront und EAP, mit denen er sich in den Wahlergebnissen wohl oder übel vergleichen lassen muß. Nur in Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Göttingen, Köln, Dortmund, Frankfurt, Heidelberg und München hat er dabei mehr Zweitstimmen erhalten als Volksfront und EAP und sich damit aus dem Bereich des statistischen Zufalles und des Bekanntenkreises etwas herausgehoben. Obwohl der KBW vor der Abspaltung einer Minderheit in der ganzen Bundesrepublik präsent gewesen ist, was sich in der gestiegenen Zahl der Direktkandidaturen ausdrückte, ist sein ideologisches und politisches Gewicht weitgehend vernichtet. Das Wahlergebnis bestätigt insofern dra-

Kunstprodukt dieses oder jenes Dienstes. Der KBW aber hat in den letzten Jahren die ideologische und politische Initiative weitgehend verloren und sie im Verlauf des Wahlkampfes nicht zurückgewinnen können. Die Versuche, die ideologische und politische Initiative zurückzugewinnen, wurden von einem Teil des ZK mit einer Abspaltung beantwortet. Das schlechte Wahlergebnis aber ist weniger das Ergebnis dieser Abspaltung, als der Politik, die von einem Teil des ZK noch mit Hilfe von Abspaltung bis zuletzt begriffslos hochgehalten wurde. Diese Politik hat den KBW in eine Lage gebracht, in der er sich kaum noch von einer Sekte zu unterscheiden droht. Nur in Bremen, Niedersachsen und Hessen hat der KBW mehr Stimmen erhalten als Volksfront und EAP, mit denen er sich in den Wahlergebnissen wohl oder übel vergleichen lassen muß. Nur in Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Göttingen, Köln, Dortmund, Frankfurt, Heidelberg und München hat er dabei mehr Zweitstimmen erhalten als Volksfront und EAP und sich damit aus dem Bereich des statistischen Zufalles und des Bekanntenkreises etwas herausgehoben. Obwohl der KBW vor der Abspaltung einer Minderheit in der ganzen Bundesrepublik präsent gewesen ist, was sich in der gestiegenen Zahl der Direktkandidaturen ausdrückte, ist sein ideologisches und politisches Gewicht weitgehend vernichtet. Das Wahlergebnis bestätigt insofern dra-
stisch, was die Delegiertenkonferenz mit Verabschiedung des politischen Berichts des Sekretariats des ZK an Fehlern der Linie und des Kurses herausgearbeitet hat. Es gibt aber auch einen Anstoß, die notwendigen Korrekturen durchzuführen. Daß diese Korrekturen nicht zuletzt in der KVZ schon begonnen haben, zeigt, daß der KBW die Kraft hat, den Aufbau der Partei fortzusetzen, statt sich im Zustand einer Sekte mit brüchigem Vermögen einzurichten.

---

ser. Denn das ist die Lage: Der bayerische Teufel ist zwar nicht Regierungschef geworden, der Beelzebub jedoch, der baltische Graf, wird in der Regierung bleiben. Und was das Schlimmste für die Gewerkschaften ist: Vermutlich beruht die so erfolgreiche konservative Rolle, die FDP und Lambsdorff im Wahlkampf spielten, auf einer stillschweigenden Abstimmung mit dem Bundeskanzler, der sich sehr viel mehr als der Kanzler der FDP als des linken Flügels seiner eigenen Partei fühlt … ‚Die Bremspolitik der FDP-Mehrheit zielt auf gesellschaftlichen Stillstand. Ich verweise auf unternehmerfreundliche Aussagen des westfälischen Grafen an der Spitze des Wirtschaftsministeriums. Wir sagen: Überbleibsel aus Feudal- und Steinzeit haben heute keinen Platz mehr.' Das ist ein Originalzitat von einem Gewerkschaftskongreß. Und nun? Der Bremser ist auf der Lokomotive geblieben, und er befolgt dort die Richtlinien der Politik, die ihm der Kanzler vorgibt. Und wer jetzt noch wegen Lambsdorff die Schienen lockerte, ließe den ganzen Kanzlerzug entgleisen …"

Das amtliche Endergebnis von 1976 und das vorläufige amtliche Endergebnis von 1980

	1980	1976
Wahlberechtigte …	43207080	42058015
Wahlbeteiligung in % …	88,7	90,7

Auf die Parteien entfielen:

Partei	Ersst. 76	%	Erstst. 80	%	Zweitst. 76	%	Zweitst. 80	%
SPD	16471321	43,7	16809311	44,5	16099019	42,6	16262096	42,9
CDU	14423157	38,3	13469744	35,6	14367302	38,0	12992384	34,2
CSU	4008514	10,6	3941202	10,4	4027499	10,6	3908036	10,3
F.D.P.	2414683	6,4	2720857	7,2	2995085	7,9	4030608	10,6
AUD	19490	0,1	–	–	22202	0,1	–	–
AVP	2636	0,0	–	–	4723	0,0	–	–
CBV	4876	0,0	0	0,0	6720	0,0	4019	0,0
DKP	170855	0,5	107941	0,3	118581	0,3	72230	0,2
Grüne	–	–	731210	1,9	–	–	568265	1,5
EAP	3177	0,0	5100	0,0	6811	0,0	7814	0,0
GIM	2037	0,0	–	–	4759	0,0	–	–
KPD	8822	0,0	–	–	22714	0,1	–	–
KBW	21414	0,1	12048	0,0	20018	0,1	8285	0,0
Volksfront	–	–	7145	0,0	–	–	9344	0,0
NPD	136028	0,4	0	–	122661	0,3	67798	0,2
Bürgerp.	–	–	509	0,0	–	–	11623	0,0

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Bundestagswahl 1980 im Vergleich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 1976 und der jeweils letzten Landtags- / Bürgerschaftswahl

Land: Schleswig-Holstein

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	1924080	89,2
Bundestagswahl	1976	1864033	90,6
Landtagswahl	1979	1893242	83,3

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	29.4.79	%
SPD	843993	49,7	803601	48,0	794881	46,7	779599	46,7	653982	41,7
CDU	691005	40,7	745302	44,5	662772	38,9	740927	38,9	757664	48,3
FDP	132875	7,8	112007	6,7	216512	12,7	147622	8,8	90131	5,7
DKP	3196	0,2	5262	0,3	2512	0,1	4104	0,2	3132	0,2
Grüne	23293	1,4	–	–	23471	1,4	–	–	–	–
EAP	112	0,0	–	–	298	0,0	–	–	–	–
KPD	–	–	185	0,0	–	–	833	0,0	–	–
KBW	749	0,0	1089	0,1	423	0,0	1325	0,1	806	0,1
Volksfront	743	0,0	–	–	680	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	4945	0,3	2281	0,1	4347	0,3	2825	0,2

Land: Hamburg

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	1252365	88,9
Bundestagswahl	1976	1287473	91,1
Landtagswahl	1978	1264661	76,6

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	4.6.78	%
SPD	604868	54,8	632991	54,3	572012	51,7	614284	52,6	493340	51,5
CDU	357224	32,4	420932	36,1	344980	31,2	418994	35,9	360409	37,6
FDP	105020	9,5	94599	8,1	155620	14,1	118969	10,2	45903	4,8
DKP	7016	0,6	11650	1,0	5520	0,5	9028	0,8	9373	1,0
Grüne	27015	2,4	–	–	25203	2,3	–	–	–	–
EAP	286	0,0	126	0,0	208	0,0	226	0,0	269	0,0
GIM	–	–	359	0,0	–	–	939	0,1	–	–
KPD	–	–	1055	0,1	–	–	1143	0,1	–	–
KBW	582	0,1	1193	0,1	400	0,0	949	0,1	689	0,1
KPD/ML	–	–	–	–	–	–	–	–	880	0,1
Volksfront	992	0,1	–	–	492	–	–	–	–	–
NPD	–	–	2714	0,2	1734	0,2	2724	0,2	3231	0,3

Landtagswahl 1979 1893242 83,3

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	29.4.79	%
SPD	843993	49,7	803601	48,0	794881	46,7	779599	46,7	653982	41,7
CDU	691005	40,7	745302	44,5	662772	38,9	740927	38,9	757664	48,3
FDP	132875	7,8	112007	6,7	216512	12,7	147622	8,8	90131	5,7
DKP	3196	0,2	5262	0,3	2512	0,1	4104	0,2	3132	0,2
Grüne	23293	1,4	–	–	23471	1,4	–	–	–	–
EAP	112	0,0	–	–	298	0,0	–	–	–	–
KPD	–	–	185	0,0	–	–	833	0,0	–	–
KBW	749	0,0	1089	0,1	423	0,0	1325	0,1	806	0,1
Volksfront	743	0,0	–	–	680	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	4945	0,3	2281	0,1	4347	0,3	2825	0,2

Land: Hamburg

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	1252365	88,9
Bundestagswahl	1976	1287473	91,1
Landtagswahl	1978	1264661	76,6

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	4.6.78	%
SPD	604868	54,8	632991	54,3	572012	51,7	614284	52,6	493340	51,5
CDU	357224	32,4	420932	36,1	344980	31,2	418994	35,9	360409	37,6
FDP	105020	9,5	94599	8,1	155620	14,1	118969	10,2	45903	4,8
DKP	7016	0,6	11650	1,0	5520	0,5	9028	0,8	9373	1,0
Grüne	27015	2,4	–	–	25203	2,3	–	–	–	–
EAP	286	0,0	126	0,0	208	0,0	226	0,0	269	0,0
GIM	–	–	359	0,0	–	–	939	0,1	–	–
KPD	–	–	1055	0,1	–	–	1143	0,1	–	–
KBW	582	0,1	1193	0,1	400	0,0	949	0,1	689	0,1
KPD/ML	–	–	–	–	–	–	–	–	880	0,1
Volksfront	992	0,1	–	–	492	–	–	–	–	–
NPD	–	–	2714	0,2	1734	0,2	2724	0,2	3231	0,3

Land: Bremen

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	522691	87,9
Bundestagswahl	1976	528346	90,0
Landtagswahl	1979	521416	78,5

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	7.10.79	%
SPD	245089	53,9	256721	54,4	238913	52,5	255544	54,0	201129	49,4
CDU	137691	30,3	154642	32,8	131010	28,8	153842	32,5	129985	31,9
FDP	51785	11,4	51656	10,9	68732	15,1	55903	11,8	43730	10,7
DKP	2947	0,6	4498	1,0	2301	0,5	3593	0,8	3340	0,8
Grüne	15914	3,5	–	–	12279	2,7	–	–	20909	5,1
EAP	239	0,1	242	0,1	173	0,0	189	0,0	167	0,0
KPD	–	–	515	0,1	–	–	584	0,1	–	–
KBW	511	0,1	2022	0,4	405	0,1	1647	0,3	533	0,1
Volksfront	542	0,1	–	–	351	0,1	–	–	–	–
NPD	–	–	1664	0,4	871	0,2	1569	0,3	1602	0,4

Land: Niedersachsen

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	5346095	89,6
Bundestagswahl	1976	5205680	91,4
Landtagswahl	1978	5241051	78,5

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	4.6.78	%
SPD	2312457	48,8	2182156	47,0	2231784	46,9	2129502	45,7	1723638	42,2
CDU	1969259	41,4	2147647	46,2	1892441	39,8	2129143	45,7	1989326	48,7
FDP	345743	7,3	283448	6,1	535897	11,3	369526	11,3	171514	4,2
DKP	10610	0,2	16055	0,3	7037	0,1	11232	0,2	12700	0,3
Grüne	100902	2,1	–	–	77334	1,6	–	–	–	–
EAP	361	0,0	493	0,0	803	0,0	1165	0,0	186	0,0
GIM	–	–	196	0,0	–	–	–	–	–	–
KPD	–	–	410	0,0	–	–	2297	0,0	–	–
KBW	2650	0,1	4544	0,1	1505	0,0	3979	0,1	2779	0,1
Volksfront	555	0,0	–	–	984	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	12128	0,3	7089	0,1	12134	0,3	17613	0,4

Land: Nordrhein-Westfalen

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	12366860	89,0
Bundestagswahl	1976	12118533	91,3
Landtagswahl	1980	12035289	86,1

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	11.5.80	%
SPD	5278101	48,5	5251009	47,9	5107264	46,8	5153959	46,8	4756100	48,4
CDU	4587371	42,1	4907990	44,8	4433053	40,6	4892278	44,5	4240900	43,2
FDP	798177	7,3	703914	6,4	1191612	10,9	860331	7,8	489200	4,9
DKP	33773	0,3	56610	0,5	23250	0,2	38176	0,3		
Grüne	186893	1,7	–	–	135841	1,2	–	–		
EAP	1457	0,0	1019	0,0	1895	0,0	1428	0,0		
GIM	–	–	143	0,0	–	–	1770	0,0		
KPD	–	–	2426	0,0	–	–	6179	0,1		
KBW	2518	0,0	3038	0,0	1672	0,0	3908	0,0	2358	0,0
Volksfront	2234	0,0	–	–	2,415	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	27243	0,2	14369	0,1	23358	0,2		

Land: Hessen

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	3998775	90,0
Bundestagswahl	1976	3899454	91,9
Landtagswahl	1978	3933990	87,7

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	8.10.78	%
SPD	1720347	48,5	1660580	46,9	1655039	46,0	1626365	45,7	1515953	44,3
CDU	1484826	41,9	1597948	45,1	1446999	40,6	1593695	44,8	1575445	46,0
FDP	249202	7,0	244232	6,9	377234	10,6	300864	8,5	225044	6,6
DKP	11794	0,3	22157	0,6	8921	0,3	15732	0,4	14531	0,4
Grüne	78288	2,2	–	–	64892	1,8	–	–	–	–
EAP	742	0,0	452	0,0	866	0,0	731	0,0	511	0,0
GIM	–	–	134	0,0	–	–		–	–	
KBW	1658	0,0	3908	0,1	1270	0,0	3327	0,1	2638	0,1
KPD	–	–	822	0,0	–	–	2568	0,1	–	–
Volksfront	686	0,0	–	–	993	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	12797	0,4	7321	0,2	11988	0,3	12507	0,4

Land: Rheinland-Pfalz

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	2750804	90,2
Bundestagswahl	1976	2676890	91,5
Landtagswahl	1979	2717051	81,4

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	18.3.79	%
SPD	1076606	44,1	1026588	42,4	1049145	42,8	1013574	41,7	923965	42,3
CDU	1154394	47,2	1214976	50,2	1118783	45,6	1211208	49,9	1094480	50,1
FDP	165321	6,8	157468	6,5	239850	9,8	183575	7,6	139248	6,4
DKP	6504	0,3	9,525	0,4	4187	0,2	6627	0,3	9024	0,4
Grüne	39494	1,6	–	–	33439	1,4	–	–	–	–
EAP	381	0,0	236	0,0	761	0,0	811	0,0	630	0,0
KPD	–	–	261	0,0	–	–	1618	0,1	–	–
KBW	624	0,0	994	0,0	534	0,0	1046	0,0	2278	0,1
Volksfront	–	–	–	–	576	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	11176	0,5	5300	0,2	10794	0,4	14915	0,7

Land: Saarland

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	839212	90,5
Bundestagswahl	1976	811322	92,9
Landtagswahl	1980	826200	85,0

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	27.4.80	%
SPD	372921	50,0	347668	46,7	361342	48,3	344187	46,1	315400	45,4
CDU	326508	43,8	345938	46,5	316848	42,3	344850	46,2	305600	44,0
FPD	40488	5,4	41883	5,6	58244	7,8	49299	6,6	48000	6,9
DKP	3776	0,5	4499	0,6	2501	0,3	4054	0,5		
Grüne	2123	0,3	–	–	7908	1,1	–	–		2,9
KBW	105	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–
Volksfront	–	–	–	–	228	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	3543	0,5	1217	0,2	3251	0,4	–	–

Land: Rheinland-Pfalz

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	2750804	90,2
Bundestagswahl	1976	2676890	91,5
Landtagswahl	1979	2717051	81,4

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	18.3.79	%
SPD	1076606	44,1	1026588	42,4	1049145	42,8	1013574	41,7	923965	42,3
CDU	1154394	47,2	1214976	50,2	1118783	45,6	1211208	49,9	1094480	50,1
FDP	165321	6,8	157468	6,5	239850	9,8	183575	7,6	139248	6,4
DKP	6504	0,3	9,525	0,4	4187	0,2	6627	0,3	9024	0,4
Grüne	39494	1,6	–	–	33439	1,4	–	–	–	–
EAP	381	0,0	236	0,0	761	0,0	811	0,0	630	0,0
KPD	–	–	261	0,0	–	–	1618	0,1	–	–
KBW	624	0,0	994	0,0	534	0,0	1046	0,0	2278	0,1
Volksfront	–	–	–	–	576	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	11176	0,5	5300	0,2	10794	0,4	14915	0,7

Land: Saarland

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	839212	90,5
Bundestagswahl	1976	811322	92,9
Landtagswahl	1980	826200	85,0

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	27.4.80	%
SPD	372921	50,0	347668	46,7	361342	48,3	344187	46,1	315400	45,4
CDU	326508	43,8	345938	46,5	316848	42,3	344850	46,2	305600	44,0
FPD	40488	5,4	41883	5,6	58244	7,8	49299	6,6	48000	6,9
DKP	3776	0,5	4499	0,6	2501	0,3	4054	0,5		
Grüne	2123	0,3	–	–	7908	1,1	–	–		2,9
KBW	105	0,0	–	–	–	–	–	–	–	–
Volksfront	–	–	–	–	228	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	3543	0,5	1217	0,2	3251	0,4	–	–

Land: Baden-Württemberg

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	6376137	86,5
Bundestagswahl	1976	6118464	89,1
Landtagswahl	1980	6320000	72,1

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	16.3.80	%
SPD	2102813	38,7	2060398	38,3	2031035	37,2	1980313	37,2	1468789	32,5
CDU	2761466	50,8	2887782	53,6	2645448	48,5	2882365	53,3	2407843	53,4
FDP	423437	7,8	375122	7,0	654576	12,0	489661	9,1	374577	8,3
DKP	13181	0,2	19147	0,4	7718	0,1	12524	0,2	11829	0,3
Grüne	133545	2,5	–	–	98938	1,8	–	–	241176	5,3
EAP	569	0,0	163	0,0	1233	0,0	978	0,0	152	0,0
GIM	–	–	1100	0,0	–	–	2050	0,0	–	–
KPD	–	–	772	0,0	–	–	2881	0,1	–	–
KBW	2032	0,0	4626	0,1	1285	0,0	3842	0,1	2062	0,0
Volksfront	939	0,0	–	–	1488	0,0	–	–	–	–
NPD	–	–	25201	0,5	11410	0,2	23411	0,4	2339	0,1

Land: Bayern

Wahlberechtigte:			Wahlbeteiligung: %
Bundestagswahl	1980	7830061	87,6
Bundestagswahl	1976	7547820	89.6
Landtagswahl	1978	7651716	76,6

Partei	Erststimmen				Zweitstimmen				Landtagswahl	
	1980	%	1976	%	1980	%	1976	%	15.10.78	%
SPD	2252176	33,4	2249609	33,7	2220681	32,7	2201692	32,8	1799740	31,4
CSU	3941202	58,4	4008514	60,0	3908036	57,6	4027499	60,0	3391046	59,1
FDP	408809	6,1	353354	5,3	532331	7,8	419335	6,2	355674	6,2
DKP	15144	0,2	21452	0,3	8283	0,1	13511	0,2	16591	0,3
Grüne	123743	1,8	–	–	88960	1,3	–	–	105489	1,8
EAP	660	0,0	446	0,0	1239	0,0	1283	0,0	168	0,0
GIM	–	–	104	0,0	–	–	–	–	–	–
KPD	–	–	2376	0,0	–	–	4611	0,1	–	–
KBW	619	0,0	–	–	791	–	–	–	1457	0,0
Volksfront	454	0,0	–	–	1137	–	–	–	–	–
NPD	–	–	34617	0,5	16206	0,2	29085	0,4	33463	0,6

Lao She: Das Teehaus

Das Beijinger Volkskunsttheater auf Tournee in Westeuropa

lup. Von Ende September bis Ende Oktober führt das Beijinger Volkskunsttheater im Rahmen eines Kulturaustauschprogramms mit verschiedenen westeuropäischen Ländern das Schauspiel ,,Das Teehaus" auf, gegenwärtig in der BRD, danach in Frankreich und in der Schweiz. Das Stück besteht nicht aus einer durchgängigen Handlung. Es beschreibt in drei Akten an 3 historisch bedeutsamen Daten die Vorgänge in einem traditionellen chinesischen Teehaus: 1898, nachdem die feudalen reaktionären Kräfte um die Kaiserinwitwe Ci Xi die erste bürgerliche Reformbewegung niedergeschlagen und die alte feudale Ordnung noch einmal gesichert hatten, diese aber bereits aufgrund innerer Widersprüche und des Eindringens des Imperialismus in tiefem Niedergang und Auflösung begriffen war. 1918, als die unvollendete bürgerliche Revolution in China den Kaiser stürzt, aber weder die feudale Ordnung gründlich beseitigt hatte, noch das weitere Vordringen des Imperialismus hatte aufhalten können. Und 1947, als das chinesische Volk den japanischen Imperialismus besiegt hatte, Teile des Landes aber, darunter Beijing, noch unter der Herrschaft des Imperialismus standen und die Volksbefreiungsarmee daranging, das ganze Land von der Herrschaft von Imperialismus und Feudalismus zu befreien.

Wang Lifa, der Wirt des Teehauses, ist einer der Hauptcharaktere des Stückes. Er hat das Teehaus von seinem Vater geerbt und versucht, nach dessen Methode Geld zu machen. Gegen jeden, der etwas darstellt, höflich zu sein, vor denen, die besondere Macht haben, einen besonders tiefen Kotau zu machen, die Gäste zufriedenzustellen. Er versucht, durch die Veränderungen der Zeit hindurch sein Teehaus zu sichern, indem er einige Reformen vornimmt: im zweiten Akt hat er seinen Zopf abgeschnitten und ein paar alte Möbel durch neue ersetzt, eine andere Reform besteht darin, daß Wimpel der in China eindringenden imperialistischen Mächte über der Theke hängen. Sein Teehaus ist eines der wenigen in Beijing, das die Verwüstungen durch die Militärmachthaber übersteht, er muß dafür aber größere Summen Bestechungsgelder zahlen, um es vor Zerstörung durch eine Gruppe von Soldaten zu bewahren. Im dritten Akt erwägt er, durch Anstellung eines Animiermädchens Gäste anzulocken, das Teehaus wird aber schließlich durch die Kuomintang beschlagnahmt. Wang Lifa hängt sich an einem Balken auf. Zuvor unterstützt er seine Kinder und seine Kellnerin in dem Entschluß, sich den Partisanen in den Westbergen anzuschließen.

Song Er und Chang Si, 2 Mandschus, sind Stammgäste des Teehauses sie führen dorthin ihre Singvögel aus, um sich an deren Gesang zu erfreuen. Sie gehören zu den Stützen der alten

Wang Lifa, der Wirt des Teehauses, ist einer der Hauptcharaktere des Stückes. Er hat das Teehaus von seinem Vater geerbt und versucht, nach dessen Methode Geld zu machen. Gegen jeden, der etwas darstellt, höflich zu sein, vor denen, die besondere Macht haben, einen besonders tiefen Kotau zu machen, die Gäste zufriedenzustellen. Er versucht, durch die Veränderungen der Zeit hindurch sein Teehaus zu sichern, indem er einige Reformen vornimmt: im zweiten Akt hat er seinen Zopf abgeschnitten und ein paar alte Möbel durch neue ersetzt, eine andere Reform besteht darin, daß Wimpel der in China eindringenden imperialistischen Mächte über der Theke hängen. Sein Teehaus ist eines der wenigen in Beijing, das die Verwüstungen durch die Militärmachthaber übersteht, er muß dafür aber größere Summen Bestechungsgelder zahlen, um es vor Zerstörung durch eine Gruppe von Soldaten zu bewahren. Im dritten Akt erwägt er, durch Anstellung eines Animiermädchens Gäste anzulocken, das Teehaus wird aber schließlich durch die Kuomintang beschlagnahmt. Wang Lifa hängt sich an einem Balken auf. Zuvor unterstützt er seine Kinder und seine Kellnerin in dem Entschluß, sich den Partisanen in den Westbergen anzuschließen.

Song Er und Chang Si, 2 Mandschus, sind Stammgäste des Teehauses sie führen dorthin ihre Singvögel aus, um sich an deren Gesang zu erfreuen. Sie gehören zu den Stützen der alten Gesellschaft und erhalten von der Quing-Dynastie eine – wenn auch geringe – Pension. Chang Si ist ein aufrechter Mann, er ist besorgt über das Eindringen ausländischer Waren in China und fürchtet den Untergang der Quing-Dynastie. Wegen dieser Bemerkung wird er von zwei Geheimagenten des Hofes verhaftet und für 2 Jahre ins Gefängnis gesteckt. Diese beiden Geheimagenten machen sich an einem hinteren Tisch des Teehauses breit, im ersten Akt im Dienste der Quing-Dynastie, im zweiten Akte im Dienste des örtlichen Militärmachthabers. Im dritten Akt stehen ihre Söhne in gleicher Funktion im Dienste der Kuomintang. Chang Si schlägt sich im zweiten Akt als Gemüseverkäufer – nach seiner Verhaftung – durchs Leben. Er hatte am Boxeraufstand teilgenommen, um die Dynastie vor der Bedrohung durch das Ausland zu retten.

Quin Zhongyi ist der Besitzer des Teehauses, er will im ersten Akt die Miete erhöhen, auf Dauer aber das Teehaus auflösen und verkaufen, um Kapital für den Bau von Fabriken zu sammeln. Sein Traum ist, durch die Entwicklung einer chinesischen Industrie das Land zu retten und seine Armut zu überwinden, er scheitert aber schließlich sowohl an den inneren reaktionären Kräften, wie an dem Imperialismus. Im letzten Akt sind seine Fabriken von der Kuomintang enteignet und zerstört worden.

Weitere Figuren sind Pang, ein seniler, einflußreicher Hofeunuch, der sich entschließt, eine ,,Familie zu gründen". Die Frau beschafft ihm Pocken-Liu, ein skrupelloser Menschenhändler, der einen armen Bauern, der nicht mehr ein noch aus weiß, zwingt, seine Tochter zu verkaufen. Pocken-Liu versäumt es dann, seine Geschäftspraktiken den geänderten Zeiten anzupassen, er wird im 2. Akt von den 2 Spitzeln, die ihr Einkommen durch eine Fangprämie sichern wollen, verhaftet und dann hingerichtet. Sein Sohn hat daraus die Lehren gezogen und macht sich im 3. Akt daran, durch einen von ihm mitgegründeten Trust die Prostitution in Beijing zu monopolisieren, Geschäftssitz soll in Zusammenarbeit mit der Kuomintang das Teehaus werden. Die Kuomintang will über das Teehaus die Kommunistische Partei ausspionieren.

Das Mädchen, das im ersten Akt von ihrem Vater an den Eunuchen Pang verkauft worden war, verkauft im zweiten Akt ihre Arbeitskraft an den Wirt des Teehauses, um dadurch ihren Lebensunterhalt und den Schulbesuch ihres Adoptivsohnes zu sichern, diese hat sich im dritten Akt den Partisanen in den Westbergen angeschlossen, wohin ihm seine Mutter und die Kinder des Wirtes folgen.

Das Stück endet mit einer Szene, in der der alte Wirt, der ruinierte Fabrikant und die 2 Mandschus ihr Leben an sich vorüberziehen lassen und Fluch und Hohn über die alte Gesellschaft und die Aussichtslosigkeit ihres Schicksals in dieser Gesellschaft ausschütten. Schließlich werfen sie – nach altem Brauch – Totengeld in die Luft, um sich selbst und die alte Gesellschaft mit zu begraben.

Nachdem ,,Das Teehaus" unter der Herrschaft der Viererbande unterdrückt und sein Autor verfolgt und in den Tod getrieben worden war, wurde es seit 1979 in Beijing weit über 100 mal mit großem Erfolg wieder aufgeführt. Die Viererbande hatte kritisiert, daß es ,,keine positiven Charaktere" zeige, sondern nur ,,Ungeheuer und Dämonen" auf der Bühne darstelle, außerdem ,,lobe es die Bourgeoisie". Wahr ist bloß, daß die Arbeiterklasse,

Teehaus werden. Die Kuomintang will über das Teehaus die Kommunistische Partei ausspionieren.

Das Mädchen, das im ersten Akt von ihrem Vater an den Eunuchen Pang verkauft worden war, verkauft im zweiten Akt ihre Arbeitskraft an den Wirt des Teehauses, um dadurch ihren Lebensunterhalt und den Schulbesuch ihres Adoptivsohnes zu sichern, diese hat sich im dritten Akt den Partisanen in den Westbergen angeschlossen, wohin ihm seine Mutter und die Kinder des Wirtes folgen.

Das Stück endet mit einer Szene, in der der alte Wirt, der ruinierte Fabrikant und die 2 Mandschus ihr Leben an sich vorüberziehen lassen und Fluch und Hohn über die alte Gesellschaft und die Aussichtslosigkeit ihres Schicksals in dieser Gesellschaft ausschütten. Schließlich werfen sie – nach altem Brauch – Totengeld in die Luft, um sich selbst und die alte Gesellschaft mit zu begraben.

Nachdem ,,Das Teehaus" unter der Herrschaft der Viererbande unterdrückt und sein Autor verfolgt und in den Tod getrieben worden war, wurde es seit 1979 in Beijing weit über 100 mal mit großem Erfolg wieder aufgeführt. Die Viererbande hatte kritisiert, daß es ,,keine positiven Charaktere" zeige, sondern nur ,,Ungeheuer und Dämonen" auf der Bühne darstelle, außerdem ,,lobe es die Bourgeoisie". Wahr ist bloß, daß die Arbeiterklasse, die Rote Armee oder die Kommunistische Partei auf der Bühne nicht in Erscheinung treten, und auch nicht die Hauptkräfte der Konterrevolution.

Es ist eine äußerst realistische und nuancierte Beschreibung und Enthüllung der Verhältnisse in China unter der Herrschaft des Imperialismus und Feudalismus, und zeigt sehr anschaulich, warum diese Verhältnisse notwendig zu einer Revolution führen mußten. Man erfährt in dem Stück ziemlich viel über die Verhältnisse in China vor der Revolution und das Leben der verschiedenen Gesellschaftsklassen unter diesen Verhätnissen. – Eine lesenswerte deutsche Fassung ist in der edition Suhrkamp (Neue Folge, Band 54) erschienen, die auch einige interessante Materialien und Bühnenbilder enthält. Wo die Gelegenheit besteht, ist ein Besuch des Stücks bestimmt lohnend.



,,In einem Teehaus treffen sich Menschen aller Schichten und Kreise, die verschiedensten Charaktere kehren dort ein. Ein großes Teehaus ist wie ein Mikrokosmos der Gesellschaft." (Lao She). v.l.n.r.: Der Teehausbesitzer und Fabrikant Quin Zhongyi, der Wirt Wang Lifa, die beiden Mandschus Chang und Song

Enzensbergers neuer Kurs: ,,Trans-Atlantik"

gek. Wenn Hans Magnus Enzensberger, Literat der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, später Herausgeber des ,,Kursbuch", jetzt ,,Trans-Atlantik" herausgibt, das ein literarisches Magazin neuen Typs sein soll; das zusammen mit Gaston Salvatore, so was wie der ständige Begleiter Dutschkes 1967/68; wenn der Verleger von ,,Trans-Atlantik" Heinz van Nouhuys heißt, der seine Sporen dadurch erwarb, daß er die biedere Familienillustrierte ,,Quick" zum blut- und spermatriefenden reaktionären Kampfblatt umfrisierte, und seither das Herrenmagazin ,,lui" herausgibt; wenn die Startauflage von ,,Trans-Atlantik" 150000 betragen soll – dann muß sich eine revolutionäre Zeitung der Arbeiterklasse wohl dafür interessieren. Schon um zu wissen, was sich weltanschaulich in den ziemlich zahlreichen Zwischenklassen tut, die zwischen ihr selbst und der Kapitalistenklasse liegen.

Acht DM kostet die Zeitschrift. Leicht jugendstiliges Lay-out, Anzeigen in erstklassigem Buntdruck (,,Chartreuse – der grüne Gesprächsstoff"), die regelmäßige Eingangskolumne mit dem Titel ,,Journal des Luxus und der Moden" verbreiten zunächst das schwere Parfüm der Welt der gehobenen Lebensgenüsse. Aber das ,,Journal des Luxus und der Moden" handelt gar nicht davon, sondern von Blödeleien über dies und jenes, dazwischen eine bittere Kurzreportage über ,,Das Comeback des Elektroschock". Nicht um eine direkte Propa-

ger, Literat der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, später Herausgeber des ,,Kursbuch", jetzt ,,Trans-Atlantik" herausgibt, das ein literarisches Magazin neuen Typs sein soll; das zusammen mit Gaston Salvatore, so was wie der ständige Begleiter Dutschkes 1967/68; wenn der Verleger von ,,Trans-Atlantik" Heinz van Nouhuys heißt, der seine Sporen dadurch erwarb, daß er die biedere Familienillustrierte ,,Quick" zum blut- und spermatriefenden reaktionären Kampfblatt umfrisierte, und seither das Herrenmagazin ,,lui" herausgibt; wenn die Startauflage von ,,Trans-Atlantik" 150000 betragen soll – dann muß sich eine revolutionäre Zeitung der Arbeiterklasse wohl dafür interessieren. Schon um zu wissen, was sich weltanschaulich in den ziemlich zahlreichen Zwischenklassen tut, die zwischen ihr selbst und der Kapitalistenklasse liegen.

Acht DM kostet die Zeitschrift. Leicht jugendstiliges Lay-out, Anzeigen in erstklassigem Buntdruck (,,Chartreuse – der grüne Gesprächsstoff"), die regelmäßige Eingangskolumne mit dem Titel ,,Journal des Luxus und der Moden" verbreiten zunächst das schwere Parfüm der Welt der gehobenen Lebensgenüsse. Aber das ,,Journal des Luxus und der Moden" handelt gar nicht davon, sondern von Blödeleien über dies und jenes, dazwischen eine bittere Kurzreportage über ,,Das Comeback des Elektroschock". Nicht um eine direkte Propa-ganda der Lebensgenüsse der Bourgeoisie geht es, die ja auch ein Hohn auf den Geldbeutel der Leser wäre, aber um das verschmitzte oder verquälte Mitschnuppern daran. Der Hader mit der kapitalistischen Warenwelt, dem Charme ihrer goldenen Spitzen, dem gemeinen Geschmack ihrer Massenprodukte, mit der Verwandlung der Menschen selbst und auch ihrer Geistesprodukte in Waren – Themen, Themen! Alles wird hier zum ,,Thema". In Literatur verwandelt, ist der Kapitalismus am Ende erträglich. So werden unabhängige Geister, ohne daß sie es vielleicht merken, doch zu Hofschriftstellern der Finanzbourgeoisie. Und Pfaffen gegenüber den Volksmassen.

Die eigentliche Spezialität von ,,Trans-Atlantik" soll die literarisch-politische Reportage werden. Es werden historische Vergleiche von Heinrich Heine bis Egon Erwin Kisch bemüht. Die unterließe man besser. Kisch war Materialist und Kommunist, seine Enthüllungen gründlich und revolutionär. Die besten Reportagen in ,,Trans-Atlantik" dagegen bewegen sich im Rahmen reichlich enger politischer Beweiszwecke. Enzensbergers ,,Notstandslibretto – Auskunft über die Verbunkerung der Bundesrepublik" kommt im Verlauf einer ganz spannenden Recherche doch nur dazu, festzustellen, daß die in den Notstandsgesetzen festgelegten Kriegsvorbereitungen tatsächlich durchgeführt worden sind. Oder Lothar Baiers ,,Die neuen Geheimnisse von Paris. Das kriminelle Potential in der französischen Politik, aufgezeigt am Mordfall de Broglie". Mit einigem energischen Kratzen am Dreck, den die altverkommene französische Finanzbourgeoisie am Stecken hat, kommt der unermüdlich lästige Autor zu einem ganz eindrucksvollen Mosaikbild dieser Klasse, die Marx einmal ,,die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft" nannte. Nur, so *richtig* trifft diese Untersuchung doch nur eine kleine, seit hundert Jahren vor sich hinstinkende Abteilung dieser Klasse, die Überreste der Rentiers gewordenen Grundbesitzer.

Die politische Zahmheit entspringt einem programmatischen Rückzug, vom ,,Kursbuch" zu ,,Trans-Atlantik". Der Name ist Programm. Enzensberger liefert den Programmartikel dazu. Seine These vom ,,Eurozen-

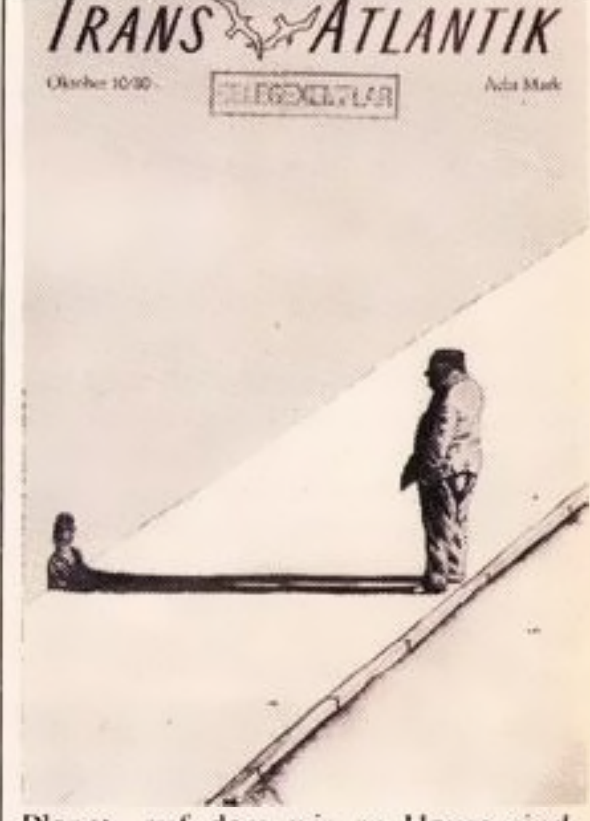
rich Heine bis Egon Erwin Kisch bemüht. Die unterließe man besser. Kisch war Materialist und Kommunist, seine Enthüllungen gründlich und revolutionär. Die besten Reportagen in ,,Trans-Atlantik" dagegen bewegen sich im Rahmen reichlich enger politischer Beweiszwecke. Enzensbergers ,,Notstandslibretto – Auskunft über die Verbunkerung der Bundesrepublik" kommt im Verlauf einer ganz spannenden Recherche doch nur dazu, festzustellen, daß die in den Notstandsgesetzen festgelegten Kriegsvorbereitungen tatsächlich durchgeführt worden sind. Oder Lothar Baiers ,,Die neuen Geheimnisse von Paris. Das kriminelle Potential in der französischen Politik, aufgezeigt am Mordfall de Broglie". Mit einigem energischen Kratzen am Dreck, den die altverkommene französische Finanzbourgeoisie am Stecken hat, kommt der unermüdlich lästige Autor zu einem ganz eindrucksvollen Mosaikbild dieser Klasse, die Marx einmal ,,die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft" nannte. Nur, so *richtig* trifft diese Untersuchung doch nur eine kleine, seit hundert Jahren vor sich hinstinkende Abteilung dieser Klasse, die Überreste der Rentiers gewordenen Grundbesitzer.

Die politische Zahmheit entspringt einem programmatischen Rückzug, vom ,,Kursbuch" zu ,,Trans-Atlantik". Der Name ist Programm. Enzensberger liefert den Programmartikel dazu. Seine These vom ,,Eurozen-trismus wider Willen": Die Modernisierungspolitik der VR China hat endgültig bewiesen, daß die Entwicklungsländer alle nur den Weg der zwangshaften Nachahmung der europäischen Kultur gehen. ,,Unsere idiotische Architektur, unsere Supermärkte, unsere Dreizimmer-Wohnungen, unsere Kosmetika, unsere Fernsehprogramme, die sich über den ganzen Erdball ausbreiten, sind nur einzelne Momente einer offenbar unwiderstehlichen Totalität ... Die *idée fixe* des Fortschritts wird von den Europäern und Nordamerikanern zunehmend in Zweifel gezogen: unangefochten herrscht sie noch in den ‚Entwicklungsländern' Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ... Drei Milliarden Automobile, 400 Millionen Tonnen Fleisch, 40 Millionen Gigawattstunden Elektrizität, 12 Milliarden Tonnen Öl pro Jahr: Das alles gibt der



Planet, auf dem wir zu Hause sind, nicht her ... Eine exotische Alternative zur industriellen Zivilisation existiert nicht mehr ... Was also bleibt, ist der Westen, der sich in alle Himmelsrichtungen ausbreitet."

Hier wären wir also: Trans-Atlantik. Oder auch New York! New York! ,,Vielleicht ist jene Mannigfaltigkeit, die unserer Zivilisation äußerlich war, das Wilde Ferne Farbige, in ihre Zentren eingewandert ... Je mehr im Weltmaßstab das Exotische eingeebnet ... wird, desto scheckiger werden die Industriegesellschaften in ihrem Inneren ... Der Wirrwarr, die Unruhe, die Unregierbarkeit ist unsere einzige



Planet, auf dem wir zu Hause sind, nicht her ... Eine exotische Alternative zur industriellen Zivilisation existiert nicht mehr ... Was also bleibt, ist der Westen, der sich in alle Himmelsrichtungen ausbreitet."

Hier wären wir also: Trans-Atlantik. Oder auch New York! New York! ,,Vielleicht ist jene Mannigfaltigkeit, die unserer Zivilisation äußerlich war, das Wilde Ferne Farbige, in ihre Zentren eingewandert ... Je mehr im Weltmaßstab das Exotische eingeebnet ... wird, desto scheckiger werden die Industriegesellschaften in ihrem Inneren ... Der Wirrwarr, die Unruhe, die Unregierbarkeit ist unsere einzige Chance. Uneinigkeit macht stark."

Viel könnte man hier einwenden. Man möchte Enzensberger mit Heines ,,Argumenten von Rinderbraten, begleitet mit Göttinger Wurstzitaten" bombardieren. Was spricht nur gegen 400 Mio. Tonnen Fleisch oder 40 Mio. Gigawatt Elektrizität? Das ist machbar, es ist notwendig, und es wird schön sein. Es wird allerdings nur durch Revolution zu erreichen sein. Die entwickelten Produktivkräfte des Westens werden dabei gerade mächtige Hebel abgeben. In ein einziges New York wird sich die Erde dadurch nicht verwandeln. Was ist die ,,Scheckigkeit" New Yorks anderes als der schreiende Gegensatz von Reichtum und Fortschritt auf der einen und sozialem Elend auf der anderen Seite?

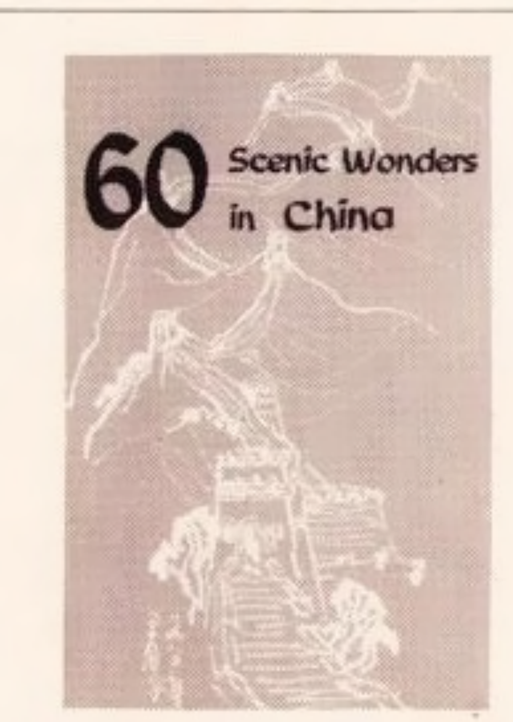
Soviel von den neuen Mittelklassen.

15 Cities in China

15 Cities in China

aus dem Inhalt:
Beijing. Alte und neue Hauptstadt. Der ehemalige Kaiserpalast
Shanghai. Ein Blick auf das städtische Leben in China
Hangzhou. Die schöne Stadt
Suzhou. Heimat der Gärten
Wuxi. Malerische Stadt am Taihu See
Nanjing. Historische Hauptstadt des Südens
Guangzhou. Südliches Tor nach China
Shantou und Chaozhou. Städte der Auslandschinesen

(Verlag ,,China Reconstructs" Magazine, Beijing / Englisch / 216 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Karten / Best. Nr. 1927 / 7,20 DM)



60 Scenic Wonders in China

,, ‚60 Scenic Wonders in China' ist ein ‚Muß' für alle englisch sprechenden Chinabesucher und für alle, die sich für Chinas landschaftliche Schönheit und seine historischen und archäologischen Reichtümer interessieren. Darin finden sie:
– Informationen, die in anderen Reiseführern nicht enthalten sind.
– Tatsachen, Legenden und Märchen, die sicher noch lange nach der Chinareise erzählt werden.
– Karten, Tabellen, Liste der Dynastien, Aufstellung von Ortsnamen

(Verlag New World Press, Beijing / Englisch / 240 Seiten / 7,20 DM)

Zu beziehen über
Buchvertrieb Hager
Vertrieb revolutionärer Literatur

Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main
oder über jeden Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung

Auslieferung von:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Frankfurt. Sendler Verlag GmbH, Frankfurt. Kommissionär für Guoji Shudian, Vertriebszentrum chinesischer Literatur, Beijing. Publishing House of Foreign Language, Pyongyang, DVR Korea.